Theodor Schubert

Grundlagen der Politik

KLAUS JAHN VERLAG

Theodor Schubert Grundlagen der Politik

Theodor Schubert

Grundlagen der Politik

Allgemeinverständlich
auch für Jugendliche

KLAUS-JAHN-VERLAG HANNOVER

Herstellung: TYPODRUCK Heinz Kärsten, Hannover

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort

Friedrich von Schiller sagte in seinem Schauspiel „Wilhelm Tell":

„Ans Vaterland, das teure schließ dich an,
„das halte fest mit deinem ganzen Herzen.
„Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

Nach 1933 wurden wir wieder daran erinnert, daß die Heimaterde der Kraftquell für unser Leben ist und bleiben muß. Schon am 15. Juni dieses Jahres wurde ein Gesetz erlassen, das den bäuerlichen Besitzstand sichern und gleichzeitig die Ernährung des deutschen Volkes gewährleisten sollte. Mit der Durchführung dieses Erbhofgesetzes wurde der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Walter Darré beauftragt; er war auch der Verfasser des Buches: „Neuadel aus Blut und Boden".

Schon vorher hatte sich der letzte Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, August Winning, für die Anerkennung des Arbeiters und damit auch des Bauern eingesetzt. Als nationaler Schriftsteller hatte er zu diesem Zweck sein Buch: „Vom Proletariat zum Arbeitertum" herausgegeben.

Heute, im Zeitalter des inzwischen fragwürdig gewordenen Wirtschaftswunders, spricht man von diesen Leistungen nicht mehr, sondern versucht sie sogar lächerlich zu machen.

In dem neu aufgelegten „Büchmann", dem bekannten Nachschlagewerk für „Geflügelte Worte", kann man lesen:

„1930 gab der spätere Reichsbauernführer seinem Buch den Titel „Neuadel aus Blut und Boden". Im dritten Reich wurde der Ausdruck so häufig verwendet, daß ihn, wer davon übersättigt war, nur noch in der ironisch abgekürzten Form „Blubo" verwendete.

Dieses eine Beispiel zeigt schon, daß es heutzutage notwendig ist, alle politischen Nachrichten, die uns durch Presse, Funk und Fernsehen geboten werden, kritisch zu prüfen. Alle diese Massenmedien sind mehr oder weniger parteipolitisch beeinflußt, auch wenn sie das Gegenteil behaupten und sich „unparteilich" oder „überparteilich" nennen.

Der griechische Philosoph Platon (427 — 347 v. Chr.) sagte schon, daß ein zusammengebrochener Staat sich bei seinem Wiederaufbau an die Jugend wenden müsse, denn nur durch sie könne ein Erfolg erzielt werden.

Als sich Rußland nach der Revolution von 1917 in einer scheinbar hoffnungslosen Lage befand, wurden die Lehren Platons — bewußt oder unbewußt — angewendet. Es wurden Schulen gebaut und Jugendverbände geschaffen, in denen die heranwachsende Jugend zu nationalem Denken und Handeln erzogen wurde.

Der Erfolg blieb nicht aus, denn schon 25 Jahre später war Rußland stärker als je zuvor. An dieser Tatsache läßt sich nichts ändern, auch wenn uns die sowjetische Staatsform keineswegs gefällt. Wir sollten aber trotzdem aus diesen Erfahrungen lernen und Platons Lehren beachten.

Unser in viele Teile aufgespaltenes und entrechtetes deutsches Vaterland kann nur dann wiedererstehen, wenn die deutsche Jugend sich für die nationale Erneuerung einsetzt und unbeirrbar ihren Weg geht.

Deshalb wurde dieses Buch insbesondere für die heranwachsende Jugend geschrieben; es wird aber auch Erwachsenen und Politikern Anregungen bieten können.

Einige Wiederholungen ließen sich nicht vermeiden, weil jedes Kapitel für sich lesbar und verständlich sein sollte.

I. EINLEITUNG

1. Die Naturgesetze

Im Jahre 1918 hatte das deutsche Volk den ersten Weltkrieg verloren, das Ende des seit 500 Jahren regierenden Hauses Hohenzollern erlebt und die Wirtschaft zusammenbrechen sehen. Doch damit nicht genug, ging auch nach Beendigung des Kampfes die Hungerblockade weiter, und gewissermaßen als Krönung des Ganzen wurde uns das Versailler Diktat aufgezwungen, in dem Deutschland die alleinige Kriegsschuld anerkennen und sich zu Reparationen von unbegrenztem Umfang verpflichten sollte. Dies bedeutete nicht weniger, als daß Deutschland für alle Zeiten entrechtet und in einer neuartigen Form der Sklaverei gehalten werden sollte, deren Ketten durch ein ausgeklügeltes Paktsystem unter den Feindmächten so fest geschmiedet waren, daß jede Auflehnung im Keim erstickt werden konnte. —

Fassungslos stand das deutsche Volk vor dieser Lage und versuchte, grüblerisch, wie es nun einmal ist, sich Rechenschaft über das Geschehene abzulegen. Es hatte eine mehr als 40jährige glückliche Friedenszeit erlebt und trotz immer wiederkehrender Revanchepläne Frankreichs einen Krieg vermeiden können. Mit den übrigen Nachbarn bestanden normale Beziehungen. Wir hatten also keinen Anlaß, uns Vorwürfe zu machen. Freilich waren wir durch die zunehmende Bevölkerungszahl genötigt, Industrieprodukte gegen Lebensmittel auszutauschen, weil unsere Landwirtschaft zur Ernährung nicht ausreichte. Wir wußten auch, daß unser zunehmender Handel den Engländern unerwünscht war. Aber das konnte doch angesichts des sehr großen Reichtums der Engländer in den Kolonien niemals zu einer ernsthaften Differenz führen! Wir hatten uns auch ganz im Gegensatz zu der Größe und Bedeutung unseres Landes und im Vergleich zu den anderen Großmächten mit einem mehr als bescheidenen Kolonialbesitz begnügt. Aber auch ein kleiner Kolonialbesitz benötigt als Schutz eine Flotte. Wir waren uns nicht darüber im Unklaren, daß dies ebenfalls den Unwillen der Engländer erregte. Aber schließlich hatten wir keinerlei Anlaß, auf unsere Daseinsrechte als Volk zu verzichten, weil England die ganze Welt für sich allein haben wollte.

Die deutsche Flotte konnte ja niemals zu einer Gefahr für England werden.

Und dann brach das Gewitter doch los — England, Frankreich und Rußland fanden sich im I. Weltkriege als Verbündete gegen Deutschland zusammen! Ihnen schlossen sich dann im weiteren Verlauf fast alle Staaten der Erde an.

Nach dem 2. Weltkriege war Deutschlands Lage noch weit schlimmer als 1918. Deutschland sollten nach dem Morgenthauplan die Lebensgrundlagen entzogen werden, und das bedeutete eine physische Vernichtung.

Abermals erhob sich die Frage: Wie konnte dies alles geschehen und welches waren die Ursachen? Ein Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung konnte keine befriedigende Erklärung geben. Deutschland hatte später als die anderen Völker Europas seine nationale Einigung verwirklichen können, und dieser natürliche Vorgang konnte nicht

der Anlaß zu einem Krieg gegen Deutschland sein. Jeder der Gegner des 1. Weltkrieges hatte freilich seine eigenen Absichten: England wollte verhindern, daß Deutschland an Stärke zunahm, Frankreich wollte seine Rachegelüste für die Niederlage 1871 endlich befriedigen, und Rußland war der Krieg willkommen, um die immer stärker werdenden inneren Spannungen nach außen abzuleiten.

Wenn über die Sinnlosigkeit der uns aufgedrungenen Kriegsschuldlüge kein Wort zu verlieren war, so blieb doch die Frage, ob dieses Unglück nicht hätte verhindert werden können. Für einen verlorenen Krieg wird zunächst immer die Wehrmacht verantwortlich gemacht und mehr oder weniger bewußt übersehen, daß sie ja nur das ausführende Organ der politischen Staatsführung ist. Die politische Führung aber ist dafür verantwortlich, daß Stärke, Bewaffnung und Versorgung der Wehrmacht für alle an sie herantretenden Aufgaben ausreichend sind. Wenn dies nicht der Fall war, dann liegt die Schuld an den Versäumnissen allein bei ihr, denn ein Krieg kann nur gewonnen werden, wenn ihm eine zielbewußte und erfolgreiche Politik vorausgegangen ist.

Politik bedeutet die Fähigkeit, vorauszusehen, was ein anderer Staat unter bestimmten Umständen tun wird; so lehrt es uns Bismarck. Sie ist eine Wissenschaft und zugleich eine Kunst. Als Wissenschaft nimmt sie eine Sonderstellung ein, denn sie verfügt nicht über feste Formeln wie die Mathematik. Sie hat mehr Ähnlichkeit mit der Kriegskunst, die bekanntlich „ein System der Aushilfen" ist. Auch die Politik kann man als ein „System der Aushilfen" bezeichnen. (Für Aushilfe ist heute die Bezeichnung „Alternative" gebräuchlich.) Kriegskunst und Staatskunst bedürfen des schöpferischen Geistes, denn sie können nicht mechanisch gehandhabt werden. Beide Wissenschaften sind eng miteinander verbunden und bestimmen wechselweise die Beziehungen der Völker untereinander. Der Krieg ist die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" und heute im Zeichen des kalten Krieges könnte man sagen, der Friede ist die Fortsetzung des Krieges in veränderter Form.

Jede Kunst will gelernt sein, wenn sie Nutzen bringen soll, und so stützen sich Staats- und Kriegskunst weitgehend auf die Lehren der Geschichte. Diese sind aber zeitgebunden und können nur als Anhalt dienen. Die Wesensgleichheit von Staatskunst und Kriegskunst läßt vermuten, daß beide Wissenschaften auf den gleichen Grundlagen beruhen.

Welches sind nun diese Grundlagen? Blicken wir um uns, so lehrt uns die Erfahrung, daß sich alles Geschehen auf der Erde und im Weltall nach ewigen, nicht von Menschen geschaffenen Gesetzen vollzieht. So war es und wir haben keinen Anlaß zu zweifeln, daß es immer so sein wird. Die Geschichte lehrt uns, daß Völker entstanden sind, einem Höhepunkt ihres Daseins zustrebten und dann vergangen sind. Daraus folgt, daß die Geschichte in ihren großen Linien nach naturgesetzlichen Gegebenheiten verlaufen ist, und daß selbst die bedeutendsten Staatsmänner und Feldherren weniger Einfluß auf die großen Ereignisse gehabt haben, als man gemeinhin annehmen könnte.

Wir wollen nun versuchen, einige Naturgesetze auf ihre Eignung als Grundlagen der Politik zu untersuchen.

2. Das Gesetz der Selbsterhaltung

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! Dieses Sprichwort umschließt die zusammengefaßte Erfahrung der ganzen Menschheit auf geschichtlichem Gebiet. Es läßt in seiner tiefen Weisheit erkennen, daß hier nicht von Menschen, sondern von einer höheren Macht Recht gesprochen wird. Leben heißt kämpfen, denn das Leben ist ein ständiger Kampf ums Dasein. Auf Schritt und Tritt begegnen wir ihm in der Natur. Kein Lebewesen ist ausgenommen, auch nicht der Mensch!

Die Natur hat den Menschen für diesen Daseinskampf recht bescheiden ausgestattet. Er besitzt keine natürlichen Waffen wie Pranken und Stoßzähne und nicht einmal Angriffe wilder Tiere konnte er abwehren, wie das Pferd mit seinen Hufen. Selbst die Schnelligkeit der Beine, durch die das Wild dem Raubtier entgehen kann, ist ihm versagt. Das Leben der ersten Menschen, die deshalb in Höhlen Zuflucht nahmen, muß recht kümmerlich gewesen sein. Und damals schon mußten sie — wenn auch zunächst unbewußt — erkennen, daß in der Welt der Lebewesen das Recht des Stärkeren bestimmend ist. Das ist eine nüchterne Tatsache, der wir nicht ausweichen können. Aber ist dieses Recht, nach dem der Wolf das Schaf fressen darf, auch gerecht? Ein Urteil darüber steht uns nicht zu, denn unser beschränkter Verstand wird niemals in den letzten Sinn des Seins eindringen können. Wir glauben aber vermuten zu können, daß dieser Kampf ums Dasein ein Ausleseprozeß ist, in dem das Minderwertige zu Gunsten des Wertvolleren ausgeschaltet werden soll. Begnügen wir uns damit, und betrachten wir die für das Menschengeschlecht erfreuliche Tatsache, daß ihm, anscheinend als Ausgleich für die fehlenden natürlichen Waffen, der Verstand verliehen wurde. Dadurch war es ihm möglich, künstliche Waffen herzustellen und mit ihnen sein Leben zu verteidigen. Mit Hilfe dieser Waffen war er nun dem Tier überlegen.

Infolge der zahlenmäßig starken Zunahme des Menschengeschlechtes und der dadurch verursachten Reibungen kam es auch zu Kämpfen der Menschen untereinander. Körperkraft und Geist mußten sich ergänzen, um überlegen zu sein. Mangelnde Körperkraft konnte durch geistige Überlegenheit ausgeglichen werden und umgekehrt. Der schwächliche David besiegte den Riesen Goliath, weil er ihn schon von weitem mit dem Stein der Schleuder traf und ihm dadurch die Möglichkeit nahm, seine körperliche Überlegenheit auszunutzen. Die Menschen haben dann Gesetze geschaffen, um innerhalb der Gemeinschaften den Kampf gegeneinander durch Rechtsprechung zu unterbinden oder doch einzuschränken. Im Leben der Völker besteht das Gesetz vom Recht des Stärkeren unentwegt weiter, weil keine überstaatliche Macht vorhanden ist, welche rechtsprechen und die Anerkennung ihres Richtspruches erzwingen könnte.

Zum Zwecke der Selbsterhaltung schlossen sich erst die Familien und Sippen zu Stämmen und dann zu Völkern zusammen, um nachbarlichen Angriffen gewachsen zu sein. Heute ist dieser Prozeß bereits soweit fortgeschritten, daß ganze Kontinente sich zusammenschließen müssen, um ein Gegengewicht gegen die Massen anderer Kontinente zu bilden. Man hat endlich erkannt, daß hierzu „Bündnisse“ unzureichend sind.

Denn sie entstehen nur von Fall zu Fall und haben erfahrungsgemäß nur eine kurze Lebensdauer. So war Italien 1914 im „Dreibund“ mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, kämpfte ab 1915 gegen Deutschland, schloß vor dem 2. Weltkrieg den Antikominternpakt mit Deutschland und Japan, und gegen Kriegsende kämpfte Italien wieder gegen Deutschland. Auch das mit Deutschland verbündete Ungarn kehrte zum Schluß die Waffen gegen Deutschland.

Das Gesetz vom Recht des Stärkeren erscheint uns vom rein menschlichen Standpunkt in manchen Fällen hart und grausam. Wir können das aber nicht ändern, denn die Naturgesetze sind unabänderlich. Wir müssen sie sogar — ob wir wollen oder nicht — als gerecht anerkennen, denn sie sind ja Entscheidungen einer höheren Macht, der alle Menschen und Völker unterworfen sind. Das verpflichtet bedrohte Völker, selbst dafür zu sorgen, daß sie militärisch und politisch stärker als ihre vermutlichen Gegner sind.

In der Zeit der Spannung, die dem Burenkrieg 1899 — 1902 vorausging, waren die Sympathien aller Völker aus naheliegenden Gründen auf Seiten der Buren. Hieraus schlossen die Buren fälschlicherweise, daß man sie auch bei einem Angriff Englands wirksam unterstützen würde. Dies war aber, wie sich herausstellte, ein schwerer politischer Irrtum seitens der Buren. Sie waren dadurch politisch im Nachteil und da sie es auch militärisch waren, verloren sie den Krieg. England als der stärkere Gegner hatte Recht behalten.

Im Kriege 1870-71 bestand für Preußen die Gefahr, daß es in einem Zweifrontenkrieg unterliegen könne. Bismarcks geniale Politik hatte aber dafür gesorgt, daß weder Rußland noch Östereich — trotz seiner Niederlage 1866 — eingriffen. Preußen-Deutschland war dadurch Frankreich politisch überlegen und da es auch auf militärischem Gebiet stärker war, fiel ihm als dem stärkeren Gegner der Sieg zu. Diese Entscheidung war gerecht und wurde von uns auch so empfunden. Ob wir wollen oder nicht, müssen wir aber auch Entscheidungen als gerecht anerkennen, wenn sie **gegen** uns fallen.

In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg versagte unsere Politik, weil sie die Gefahr des drohenden Angriffs nicht erkannte oder nicht erkennen wollte. Wir waren daher militärisch nicht vorbereitet. Vergeblich hatte Ludendorf noch 2 Armeekorps vom Reichstag gefordert. Sie wurden abgelehnt, trotzdem Deutschland damals reich war und seine Wehrkraft nur zum Teil ausgeschöpft wurde. So waren wir die Schwächeren und unterlagen. Dem 2. Weltkrieg ging eine sehr aktive, aber fehlerhafte Außenpolitik voraus. Auf diesem Gebiet waren wir also wieder die Schwächeren. Dies wurde aber durch eine ausreichende Rüstung ausgeglichen, wie sie zu Beginn des Krieges deutlich in Erscheinung trat. Es darf heute schon als Tatsache angenommen werden, daß die militärische Überlegenheit uns den Sieg ermöglicht hätte, wenn Hitler sich nicht die persönliche Führung auf diesem Gebiet angemaßt hätte, zu der ihm alle Voraussetzungen fehlten. Das war ein nationales Unglück für uns; es läßt sich vergleichen mit dem Unglück, das Napoleon I. für Frankreich bedeutete. Die Naturgesetze, so müssen wir immer wieder

erkennen, sind hart, aber unabänderlich. Daraus muß man die Lehren für die Zukunft ziehen. Deutschland ist nicht mehr in der Lage, den Abwehrkampf Europas gegen Asien allein zu führen; dazu bedarf es des Zusammenschlusses unseres ganzen Kontinents.

Abschließend bleibt festzustellen, daß es keinen größeren Fehler gibt, als einen Krieg zu verlieren. Das beste Mittel dagegen ist, ihn durch eine zielbewußte Politik zu vermeiden und, wenn dies nicht möglich ist, militärisch so stark zu sein, daß eine Niederlage vermieden werden kann.

Das politische Spiel wird durch einen Krieg nur scheinbar unterbrochen. Daher ist es wichtig, die politische Verbindung mit dem Gegner auch während des Krieges durch Vermittlung neutraler Staaten aufrecht zu erhalten. Während des Frankreichfeldzuges beging Hitler — wieder in völliger Verkennung der englischen Mentalität — den politischen Fehler, daß er den Befehl gab, die bei Dünkirchen bereits eingeschlossenen englischen Truppen über den Kanal entweichen zu lassen. Vermutlich hoffte er dadurch England für eine Beendigung des Krieges geneigt zu machen. Im Rußlandfeldzug führte seine sinnlose Politik gegen die Bevölkerung der besetzten Ostgebiete, von der die deutschen Truppen als Befreier begrüßt worden waren, zum Partisanenkrieg und die 1944 von Moskau ausgehenden Friedensbemühungen ließ er unbeachtet. *)

Das Recht des Stärkeren besteht nach wie vor, denn der ehemalige Völkerbund in Genf und die UNO in New York haben stets die Klagen des Schwächeren abgewiesen; beide Gremien haben auch Kriege nicht verhindern können.

Der USA.-Präsident Tomas Woodrow Wilsen hatte 1918 in einem 14-Punkte-Programm das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet. Infolgedessen nahm Deutschland den Waffenstillstandsvertrag von Compiegne an und legte die Waffen nieder. Die 14 Punkte Wilsons wurden jedoch von unseren Gegnern nicht anerkannt. Der Völkerbund bestand noch nicht — er wurde erst 1920 gegründet — und hätte auch sicher eine Klage des Deutsches Reiches abgewiesen. So wurde Deutschland 1919 gezwungen, das Versailler Diktat anzuerkennen und im gleichen Jahr bekam Woodrow Wilson den Friedens-Nobelpreis.

1935-36 hatte Italien entgegen dem Völkerrecht Äthiopien erobert und annektiert. Trotzdem wurde die Klage des Kaisers Haile Selassi vom Völkerbund abgewiesen, denn er war der Schwächere. 1941 konnte Haile Selassi mit Hilfe der Engländer die Italiener vertreiben und als Sieger in sein Land einziehen. Nun war er der Stärkere. Kurz nach Beginn unserer Zeitrechnung, d. h. vor rund 1900 Jahren, hatten die Israelis ihre Heimat verlassen und wurden in alle Welt verstreut, wie es ihnen Moses — etwa 1300 v. Chr. — prophezeit hatte. 1897 entstand eine zionistische Bewegung mit dem

---

*) Peter Kleist: Zwischen Hitler und Stalin

Ziel, Palästina wieder mit Juden zu besiedeln und 1917 versprach der Britische Außenminister Balfour den Juden eine „home", eine Heimstätte in Palästina. Dies war eine Zusage, die jeder Rechtsgrundlage entbehrte. Die Ansiedlung begann 1917 und wurde ab 1933 ständig zunehmend fortgesetzt.

Die in Palästina seit fast 2 Jahrtausenden ansässigen 1,3 Millionen Araber wurden in die Wüste abgedrängt oder mußten in andere arabische Länder als Flüchtlinge auswandern. Die Lage der Araber wurde immer unhaltbarer und so kam es 1967 zum Krieg, der infolge großer Waffen- und Geldlieferungen — auch aus der Bundesrepublik — von Israel gewonnen wurde. Die einwandfrei bestehenden Rechte der Araber wurden nicht anerkannt, dennn sie waren die Schwächeren.

Hierzu zwei Pressestimmen:
„Der Spiegel" (Hamburg): „Israel, der David unter den Völkern, soll leben!"
„Die Deutsche Nationalzeitung" (München): „Israelis, sühnt eure Verbrechen!"

3. Das soziale Gesetz

Manchen Arten von Lebewesen ist es von der Natur vorgezeichnet, in Gemeinschaften zu leben, so auch den Menschen. In Zeiten ruhiger Entwicklung und im Schutze eines gesicherten Rechtsstaates entsteht in manchen Köpfen der Glaube, daß man sich unabhängig von der Umwelt machen könne. Ererbter oder erworbener Reichtum verleitet zu diesem Irrtum. Zeiten der Not, wie wir sie erlebt haben und noch erleben, zeigen die Dinge wieder, wie sie in Wirklichkeit sind. Der Zusammenbruch nach dem Krieg und seine Folgen zog alle in den wirtschaftlichen und politischen Strudel hinein. Auch die vielen, die urplötzlich entdeckten, daß sie schon immer „dagegen" gewesen waren, hatten vergeblich auf mildere Behandlung durch die Siegermächte gehofft.

Es hat sich erwiesen, daß besonders bei dichter Besiedelung auf engem Raum ein gedeihliches Zusammenleben nur dann ermöglicht werden kann, wenn eine echte Gemeinschaft besteht. Leider gehen solche Erfahrungen ebenso schnell wieder verloren, wie sie gewonnen werden. Der Segen der Kultur hat also auch seine Nachteile: Er züchtete den Individualisten, der die Vorteile der Gemeinschaft durch rücksichtslose Jagd nach Geltung und Gewinn ausnutzt, während er sich den Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber nach Möglichkeit entzieht.

Man kann fast sagen, daß die Menschen sich in zwei Gruppen gliedern, in solche mit Gemeinschaftssinn und solche, denen er fehlt. Reichtum fördert den Eigennutz, während Armut den natürlichen Gemeinschaftssinn wachhält. So kann man auch beobachten, daß reiche Völker mehr Individualisten aufzuweisen haben als arme, und daß manche Völker, im ganzen gesehen, individualistisch sind. Dies führt natürlich zu Gegensätzen zwischen den Völkern, während innerhalb eines Volkes die durch den Individualismus verursachten Spannungen durch soziale Gesetze ausgeglichen werden können. Gesetze müssnn also dem verkümmerten Gemeinschaftssinn entgegenwirken und einen Ausgleich schaffen.

Bekanntlich läßt sich der Charakter eines Volkes, solange seine Rasse erhalten bleibt, nicht verändern. Überall in der Natur finden wir dieses Gesetz bestätigt. Katze und Hund leben seit Jahrtausenden als Haustiere in der Gemeinschaft der Menschen. Sie blieben trotzdem in ihrer Eigenart unverändert und haben sich nicht einmal aneinander gewöhnen können.

Die menschlichen Gemeinschaften haben sich naturgemäß auf der Grundlage gleicher Rasse gebildet und so sind zunächst rassisch einheitliche Stämme und Völker entstanden. Später, als es infolge Raummangels zu Kämpfen kam, wurde der schwächere Stamm unterworfen und rassisch aufgesogen. Die eigentliche Rassenfrage spitzte sich aber erst in ihrer heutigen Schärfe zu, als die Seefahrt zur Entdeckung neuer Weltteile führte und Kolonien entstehen ließ. Nach anfänglichen Kämpfen lebten dann sehr unterschiedliche Rassen im gleichen Raum und eine Vermischung war unvermeidlich.

4. Die Führung

Alle Lebewesen, die aus ntturgesetzlichen Gründen gezwungen sind, in Gemeinschaften zu leben, bedürfen der Führung. In der Tierwelt sorgt der unverkümmerte Instinkt für eine zweckmäßige Führerauslese. Bei der Menschheit hat aber der Verstand den Instinkt verdrängt. Es ist nur zu verständlich und auch verführerisch, daß jedes Mitglied einer Volksgemeinschaft den Wunsch hat, seine Meinung bei den zu treffenden Entscheidungen mitgewogen und auch seine persönlichen Forderungen und Wünsche berücksichtigt zu sehen. Dieser Umstand führte zu den heutigen Volksvertretungen und Parlamenten, in denen die naturgemäß vielfachen und oft gegensätzlichen Meinungen durch Mehrheitsbeschlüsse Entscheidungen auslösen, an welche die verantwortlichen Staatsmänner gebunden sind.

Bismarck schuf das deutsche Reich und Cromwell war der Wegbereiter der englischen Seemacht. Die Leistungen dieser und anderer Männer, die ihren Namen in das Buch der Geschichte eingetragen haben, werden dadurch noch vergrößert, daß sie nicht freie Hand hatten, sondern mit unzähligen Widerständen zu kämpfen hatten und sich oft erst gegen den Willen der Mehrheit durchsetzen mußten.

Nach diesen geschichtlichen Lehren müßte es also am zweckmäßigsten sein, die Mehrheit auszuschalten und dem „Besten" der Nation vertrauensvoll die Führung der Nation zu überlassen. Warnende Beispiele wie Napoleon und Hitler sprechen jedoch dagegen.

Um einen gangbaren Weg zu finden, muß man sich zunächst einmal darüber klar werden, welche Anforderungen an einen führenden Staatsmann, der seiner Aufgabe gewachsen sein soll, gestellt werden müssen.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß jeder Beruf erlernt werden muß, ehe er ausgeübt werden kann. Arzt und Rechtswahrer müssen sich nach langem Studium einer gründlichen staatlichen Prüfung unterziehen, ehe sie sich betätigen dürfen und selbst der Handwerker kann erst nach langer Lehrzeit und bestandener Meisterprüfung selbständig sein Handwerk ausüben. Ist es da nicht geradezu unverständlich, daß Staatsmänner und Politiker keines amtlichen Nachweises ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse bedürfen, um Ämter zu bekleiden, in denen sie dann über lebenswichtige Fragen des Staates und der Nation zu entscheiden haben? Wir sahen, daß Politik eine Kunst ist, aber jeder Künstler bedarf auch einer handwerklicken Grundlage und eines fachlichen Wissens, ehe er daran denken kann, seine Kunst auszuüben. Der Komponist muß die Gesetze der Tonkunst beherrschen und für den Bildhauer genügt es nicht, nur Hammer und Meißel handhaben zu können. Der Staatsmann aber gelangt meistens auf dem Wege parteipolitischer Betätigung zu seinem Amt und nur selten werden Männer zu Ministern ernannt, die in ihrem eigentlichen Fach aufgewachsen sind und dadurch über die nötige Sachkenntnis verfügen. Die Parteien sind es, die dies verhindern, weil

sie in reinem Machtstreben es durchsetzen wollen, möglichst viele führende Stellen mit ihren Anhängern zu besetzen. Wenn aber die Parteizugehörigkeit entscheidet, dann darf man sich nicht wundern, wenn außer fehlender Sachkenntnis auch die so notwendigen charakterlichen Voraussetzungen fehlen. Man darf auch nicht übersehen, daß außerdem Führereigenschaften vorhanden sein müssen; diese aber müssen angeboren sein, denn sie lassen sich nicht erlernen.

In früheren Zeiten war dies anders, denn jedes Volk hatte in seinem Adel eine naturgegebene Schicht, die Führereigenschaften besaß und umfangreich genug war, um eine zweckmäßige Auslese zu ermöglichen. Der Adel war in den ältesten Zeiten die Bezeichnung für den Kriegerstand und bestand aus den besten Männern des Volkes; sie hatten sich im Kampf zu bewähren und aus ihnen gelangten die fähigsten zur Führung. Die soldatische und charakterliche Bewährung war auch die Voraussetzung für die Übernahme anderer staatlicher Aufgaben. Allerdings waren diese früher noch nicht so vielseitig und vielfältig wie heute.

So hat der Adel lange Zeit seine Aufgaben erfüllen können, bis er aus mancherlei Gründen verfiel. In Deutschland hat er durch Verarmung und Mangel an Blutauffrischung seine frühere Leistungsfähigkeit eingebüßt, und in Frankreich hat die Revolution von 1789 ihn fast vernichtet. Der Rest ist verarmt und hat keine Bedeutung mehr. Nur England ist bemüht, den natürlichen Schwund durch Nobilitierung bewährter Männer zu ergänzen.

Unabhängig vom Adel vollzieht sich aber auch heute noch in den Heeren der meisten Länder eine Führerauslese nach sachlichen Gesichtspunkten, weil sie meist unabhängig von parteipolitischen und anderen fehlerhaften Einflüssen ist. So ist es auch erklärlich, daß in Notzeiten oft bewährte Soldaten mit der Staatsführung beauftragt wurden, weil sie parteipolitisch unabhängig und charakterlich bewährte Persönlichkeiten waren. Wir erinnern uns an Mac Mahon nach der Niederlage Frankreichs von 1871 und an Marschall Petain 1940. Bei uns wurde Hindenburg Reichspräsident. Der Einwand, daß Soldaten zu Staatsmännern nicht geeignet sind, weil sie keine politischen Erfahrungen haben, trifft nicht immer zu. Die bedauerliche Tatsache, daß nach einem verlorenen Krieg die Fehler der Politiker stets den führenden Soldaten zugeschoben werden, veranlaßt diese, sich sehr eingehend mit Politik zu beschäftigen, ohne sich jedoch politisch zu betätigen. Es ist wenig bekannt, daß die Ernennung Moltkes zum Ministerpräsidenten anstelle von Bismarck einmal ernsthaft erwogen wurde.

In Zukunft wird es notwendig sein, dafür zu sorgen, daß ein ausreichender Nachwuchs an Staatsmännern durch zweckmäßige Ausbildung und charakterliche Erziehung herangebildet wird. Dieser Nachwuchs hat sich dann im Staatsdienst zu bewähren. So können durch Auslese Führer gewonnen werden, die ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Bei alldem darf nicht übersehen werden, daß wirkliche Führereigenschaften sich nur im Verlauf von Generationen entfalten können. Es ist nicht damit getan, daß man ganz schematisch wie z. B. in der Sowjetunion jeweils die besten Schüler in die nächst-

höhere Klasse aufsteigen läßt. Auf diese Weise schafft man bestenfalls brauchbare Fachleute, aber keine Führernaturen. Hitler war kein Führer im eigentlichen Sinne des Wortes, denn ihm fehlten die notwendigen Charaktereigenschaften. Er war ein hochbegabter Redner und hatte die Fähigkeit, auf die Massen seiner Zuhörer einzuwirken. Sein Ehrgeiz konnte aber durch die äußerliche Bescheidenheit ebensowenig ausgeglichen werden wie seine krtnkhafte Herrschsucht. Hitlers Herkunft ist einigermaßen dunkel. Er kam jedenfalls nicht aus einer Umgebung, in der Führen ein gewohnter Vorgang war und wegen der damit verbundenen Verantwortung nicht den Anreiz bietet, wie kleinen Leuten, für die Führerstellen zur Befriedigung des Ehrgeizes und Machtbedürfnisses dienen. Hitler und alle seine Bonzen sind hierfür der beste Beweis. Dies ist auch die wesentlichste Ursache, weshalb er gescheitert ist.

Man vergleiche hiermit nur die aus altem, aber unverbrauchtem Adelsgeschlecht kommende Persönlichkeit Bismarcks. Ehrgeiz, Macht und Besitz konnten ihn nicht reizen. Desto stärker aber war das Verantwortungsbewußtsein vor seinem Gewissen und seinem Volk entwickelt und ebenso seine Lauterkeit, die keinen Eigennutz kannte.

Friedrich der Große war der erste Diener seines Staates, während Ludwig XIV. erklärte „Der Staat bin ich". Durch seine Prunksucht ruinierte er Staat und Volk. Dadurch bereitete er dem Zusammenbruch Frankreichs und der Revolution den Weg.

Der Staatsmann muß nach innen und nach außen frei von jeder persönlichen Bindung sein, gleichgültig, ob sie politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Art ist.

Friedrich der Große konnte noch seinen Staat ganz übersehen und bedurfte nur ausführender Organe für die Staatsverwaltung. Heute ist das Gefüge eines Staates so vielgestaltig und vielseitig, daß dies auch einem Genie nicht mehr möglich wäre. Desto dringender bedarf der führende Staatsmann zuverlässiger Gehilfen. Von ihnen muß daher außer der durch Sachkenntnis erworbenen Eignung die gleiche Uneigennützigkeit und Zuverlässigkeit gefordert werden, wie von dem führenden Staatsmann selbst.

Der heutige Zustand auf diesem Gebiet ist umso bedauerlicher, als in Deutschland das Beamtentum und das Soldatentum seit Jahrhunderten vorbildlich waren. Erst durch den steigenden Einfluß der politischen Parteien zeigten sich in der Beamtenschaft und auch in der Wehrmacht Verfallserscheinungen.

Es wird daher notwendig sein, Wehrmacht und Beamtenschaft durch geeigneten Nachwuchs wieder zu den zuverlässigsten Stützen des Staates zu machen, die sie früher waren.

Für die Wehrmacht gab es bis 1918 besondere Schulen (Kadettenkorps und Unteroffiziersschulen) für den Führernachwuchs, und Moltke hat diese Einrichtungen durch die Gründung der Kriegsakademie ergänzt. Bereits 1810 hatte Scharnhorst eine „Allgemeine Kriegsschule" geschaffen, in der später auch Moltke ausgebildet wurde. Er hinterließ auch einen Generalstab als tragende Kraft für den Fortbestand seines Werkes, in dem sein Geist lebendig blieb. Bismarck hat uns zwar seine Gedanken und Erinnerungen hinterlassen, aber leider keine dem Generalstab und der Kriegsakademie entsprechenden Schulen und Organisationen für die Staatsverwaltung.

5. Das dynamische Gesetz

Ein Blick in die Natur überzeugt uns davon, daß sie sich in ständiger Bewegung befindet. Die Flüsse kommen von den Bergen und fließen, oft in vielen Windungen, aber unaufhaltsam dem Meere zu. Pflanzen und Tiere entstehen und vergehen wie die Menschen und Völker.

Mitunter aber wird der gleichmäßige Ablauf des Geschehens durch plötzliche und unberechenbare Ereignisse unterbrochen. Vulkanausbrüche und Sturmfluten richten Verheerungen an, und auch die Geschichte der Völker verzeichnet solche Erscheinungen. Folgenschwere Kriege und Revolutionen haben unerwartet den normalen Verlauf des Geschehens unterbrochen. Solche Ereignisse sind in der Geschichte eng mit den Namen von Männern verknüpft, die in ihrem Verlauf eine bestimmende Rolle gespielt haben. Man sagt, daß Männer die Geschichte machen, aber man darf nicht glauben, daß sie nur nach ihrem eigenen Willen gehandelt haben. Stets mußten irgendwelche besonderen Umstände vorliegen, die ihnen die Bahn freimachten. Manchmal sind die Ursachen erkennbar. Napoleon verdankte seinen Aufstieg der Notwendigkeit, nach der großen Revolution die Ordnung in Frankreich wiederherzustellen. Aber was zwang ihn dann zu seinem erst in Moskau endenden Eroberungszug und was veranlaßte die Franzosen und andere Völker, ihm willig zu folgen? Was trieb Dschingis Khan, aus der Tiefe Asiens aufzubrechen und auf seinem verheerenden Zuge bis nach Europa vorzudringen?

Wir wissen es nicht und müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß der Ablauf der Geschichte, wenn wir sie im Ganzen überblicken, sich nach den unveränderlichen Gesetzen der Natur vollzieht

Viele der großen Staatsmänner haben dies erkannt und ihr Handeln danach gerichtet.

Bismarck sagte: „In der auswärtigen Politik gibt es Monate, die nicht wiederkommen. Das Vorüberrauschen der Gottheit vernehmen und einen Zipfel ihres Gewandes erfassen, das ist alles".

Auch Moltke hatte dieses Bewußtsein, wenn er sagt: „Man mag das nun Zufall, Glück, Verhängnis oder Fügung Gottes nennen, die Menschen allein machten es nicht; und so riesenhafte Errungenschaften (gemeint ist die Errichtung des deutschen Kaiserreiches) sind wesentlich das Ergebnis von Verhältnissen, die wir weder schaffen noch beherrschen".

Mussolinis Formel lautete: „Wenn ein Ereignis unvermeidlich ist, dann ist es besser, es geschieht mit unserem Willen, als ohne unseren Willen oder, was noch schlimmer ist, gegen unseren Willen".

Aus alledem ersehen wir, daß sich das Rad der Geschichte nicht aufhalten und noch weniger rückwärts drehen läßt. Völker, deren Leben den Höhepunkt überschritten hat, können auch durch den größten Staatsmann nicht wieder ihre frühere Jugend und Leistungsfähigkeit zurückerlangen. Das tragische Schicksal Mussolinis und des italienischen Volkes sind ein Beweis dafür.

So ist es auch sinnlos, wenn alternde Völker auf angebliches Recht gestützte Machtansprüche stellen, denen sie nicht mehr gewachsen sind. Die Geschichte geht über sie hinweg. Englands Weltreich besteht nur noch der äußeren Form nach, und keine noch so große Kraftanstrengung wird seine frühere Macht und Geltung wiederherstellen können.

Mussolini konnte das Imperium Romanum ebensowenig wiederherstellen, wie etwa das Reich Karls des Großen neu erstehen könnte.

Es ist eigenartig, daß nach Beendigung eines Krieges die beteiligten Völker, Sieger und Besiegte, glauben, daß nun ein endgültiger oder doch zumindest lange anhaltender Ruhezustand eintreten würde. Beim Unterlegenen ist es die erklärliche Verzweiflung, die ihm die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nimmt, und beim Sieger ist es der erklärliche Wunsch, das Gewonnene für alle Zeiten halten zu können. Es bedarf aber keines Hinweises auf geschichtliche Beispiele, daß dies nicht zutrifft. Auch die Versuche, durch überstaatliche Einrichtungen, wie Völkerbund und UNO. einen Dauerzustand herzustellen, sind gescheitert. Der Lauf der Geschichte nimmt seinen Fortgang und das Recht liegt immer bei dem Stärkeren.

Das dynamische Gesetz schließt aber gewisse auf Wirkung und Gegenwirkung beruhende Schwankungen nicht aus, ohne daß der ständige Fluß der Ereignisse dadurch aufgehalten wird, etwa wie ein Pendel, das durch Schwerkraft und Beharrungsvermögen hin und her bewegt wird. Es entstehen Spannungen, die eines Ausgleichs bedürfen. Despotismus und Diktatur treiben den Pendelschlag übermäßig nach der einen Seite und lösen dadurch eine entsprechend starke Reaktion in entgegengesetzter Richtung aus. Die Diktatur wird durch eine Revolution gebrochen, und die freigewordenen Kräfte drängen zur Führung, bis auch dieser Pendelausschlag abklingt und das Spiel von neuem beginnt. Daher ist auch noch keine Revolution von Dauer gewesen. Es wechselten nur die Macht- und Besitzverhältnisse, was unten war, ist jetzt oben und umgekehrt. Im Grunde genommen blieb alles beim alten. Auch in der Sowjetunion ist aus der Diktatur des Proletariats wieder ein Normalstaat entstanden mit einer gut lebenden Oberschicht, einer breiten Mittelschicht, und geblieben ist nur die große Masse des Proletariats. In Deutschland mußte dementsprechend auf die Diktatur Hitlers und seiner Partei eine entsprechend starke Reaktion nach der Seite des Liberalismus, der freien Wirtschaft und des Föderalismus erfolgen.

II. FORMALE POLITIK

Bismarck sagt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (Ged. u. Erinn. 12. Kapitel): „Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden". Kürzer und klarer läßt sich das Wesen der Politik nicht kennzeichnen. Bismarck fügt dann noch hinzu, daß die Befähigung zu dieser Voraussicht selten in ausreichendem Maße angeboren ist, und daraus folgt, daß außer Begabung auch positives Wissen, das erworben werden kann, unerläßlich ist. Die Kenntnisse der Eigenart anderer Völker und der Mittel, die ihnen zum Erreichen ihrer politischen Ziele zur Verfügung stehen, nennen wir die „formale" Politik. Dieses unerläßliche formale Wissen ist das Rüstzeug des Staatsmannes. Es ermöglicht ihm in der „angewandten" Politik zweckmäßige Entscheidungen zu treffen.

Zur formalen Politik gehört eine umfassende Kenntnis aller der Völker, mit denen das eigene Land politische Berührung hat. Schon die geographische Lage zum eigenen Land ist bedeutungsvoll: ist es ein unmittelbarer Nachbar, oder ist er durch andere Staaten oder Meere von uns getrennt. Welches sind seine Mittel und Möglichkeiten, mit denen er uns gegebenenfalls schaden oder nützen kann? Dazu gehören seine räumliche Größe, seine Bevölkerungszahl, seine Wehrmacht, die Rohstoffquellen und sein Reichtum. Diese Dinge, die man als das Potential eines Landes bezeichnet, sind meist bekannt oder lassen sich verhältnismäßig leicht feststellen.
Weit schwieriger aber ist es, sich ein zutreffendes Bild darüber zu verschaffen, wie sich dieses oder jenes Land im Falle einer Auseinandersetzung uns gegenüber verhalten wird.

Soll man nun die führenden Staatsmänner anderer Staaten auf ihre persönlichen Eigenschaften beobachten, um ein Bild zu gewinnen, wie sie voraussichtlich handeln werden? Gewiß, das kann nützlich sein, aber dies allein würde nicht genügen; denn die Staatsmänner sind ja wieder an die Beschlüsse ihrer Parlamente gebunden und diese wieder vertreten die Meinung ihrer Wähler. Daraus folgt, daß die öffentliche Meinung mitunter mehr Gewicht hat als die Überzeugung des Staatsmannes. Die öffentliche Meinung aber ist ein schwer faßbarer Begriff. Man ist im allgemeinen auf die Presse des Landes angewiesen, muß aber bedenken, daß diese meist parteigebunden ist und daher mehr die Meinung der Parteiführer als der Wähler widerspiegelt. Dazu kommt, daß die Parteien und ihre Presse oft ganz gegensätzliche Ansichten vertreten.

Trotzdem gibt es eine öffentliche Meinung, die man als Ausdruck des Gesamtwillens eines Volkes oder einer Nation in Rechnung stellen muß. Es ist also notwendig zu wissen, wie ein Volk in seiner Gesamtheit sich zu einer Frage stellt, denn die Erfahrung zeigt, daß keine Regierung, und auf die Dauer nicht einmal eine Diktatur gegen die Volksmeinung entscheiden kann. Als Beispiel sei nur daran erinnert, daß Napoleon III den Krieg 1870/71 nicht gewollt hat. Er war aber gezwungen, ihn zu führen, weil dts französische Volk es verlangte.

1. Die Völker und ihre Eigenart

England

Eine englische Hymne lautet ins Deutsche übertragen:

„Als England einst auf des Himmels Befehl
Aus den blauen Wogen auftauchte
Sangen Schutzengel diese Strophe:
Herrsche Britannien, beherrsche die Wogen!"

Die weiteren Verse schließen alle mit diesem Endreim. Der Engländer ist so felsenfest von seiner göttlichen Sendung überzeugt, daß er für den Wunsch anderer Völker auf ein eigenes Daseinsrecht kein Verständnis aufbringen kann.

Wenn England sich nach dem Wortlaut der Hymne zwar nur beauftragt fühlt, die See zu beherrschen, die ja rund ⅗ der Erdoberfläche einnimmt, so ist es nach englischer Denkweise nur folgerichtig, daß auch das von der See umschlossene Land dazugehört. „Die Welt muß immer englischer werden" ist ein feststehender Lehrsatz der englischen Politik. Diese von Gott auferlegte Pflicht ist die „Bürde" des weißen Mannes. Hierdurch erfährt man auch, daß der Engländer sich **„allein"** als „weißen" Mann betrachtet. Schon in Irland und jenseits des Kanals sind die europäischen Völker zwar noch nicht „farbig", aber eben doch nicht weiß. Das überbevölkerte Italien bat nach dem 1. Weltkrieg um Auswanderungsmöglichkeit nach Australien und bekam prompt die Antwort, daß dieses Land dem „weißen" Manne vorbehalten sei.

Die Engländer betrachten sich daher als das auserwählte Werkzeug des Himmels und fühlen sich zur Weltherrschaft verpflichtet. Der Engländer hat dadurch auch eine besondere Einstellung zu seinem Herrgott: dafür, daß er ihn anerkennt, erwartet und verlangt er auch entsprechende Gegenleistung. Er betont gern seine Frömmigkeit und ist im übrigen der Ansicht, daß Reichtum eine Belohnung des Himmels ist, während er in der Armut anderer eine wohlverdiente Strafe sieht, die widerspruchslos zu tragen ist. Seine äußerliche Frömmigkeit hat also einen eigenartig merkantilen Einschlag, den man auch mit Heuchelei bezeichnen kann. Sie ist eine seiner hervortretendsten Eigenschaften. Es ist daher kein Zufall, wenn man vom „perfiden Albion" spricht. Die ganze englische Geschichte ist eine fortlaufende Bestätigung hierfür und auch der Schlüssel dafür, daß England lange Zeit eine so erfolgreiche Politik betreiben konnnte.

Viele Menschen haben England besucht und dabei versucht, sich ein Urteil über die Engländer zu bilden. Allgemein wird ihre Gastlichkeit und ihre Umgänglichkeit bei näherer Bekantschaft gerühmt. Viele sehen im englischen Gentleman das Ideal männlicher Vollkommenheit. Andere Besucher wieder äußerten sich sehr abfällig.

Gustav Frenssen: „Peter Moors Fahrt nach Südwest".

„Leider haben sie sich (unsere englischen Vettern) in ihrem Wesen völlig von uns getrennt. Vierhundert Jahre Seeräubertum hat ihren Sinn hart und grausam gemacht; ebensolange Herrschaft über geringere Völker, Kolonialvölker, hat sie unerträglich hochmütig gemacht, und ebenso langes und immer wieder geglücktes Raffen und Reißen nach Geld und Gut hat ihren Sinn so versteint, daß sie sich für Auserwählte Gottes halten und keinem anderen Volke Ehre und Glück gönnen."

Solche subjektiven Urteile erfassen immer nur einen mehr oder weniger großen Teil der Bevölkerung und sind daher unwesentlich gegenüber dem Gesamtcharakter eines Volkes, der sich nur aus seiner Geschichte erkennen läßt.

Für die Geschichte Englands, seine wirtschaftliche Entwicklung und seine politischen Ziele ist der natürliche Schutz, den ihm seine Insellage bot, von entscheidender Bedeutung gewesen, obwohl England nur durch einen schmalen Meeresarm vom Festland getrennt ist.

Diese Abgeschlossenheit bot aber außerdem — und das war entscheidend für den Aufstieg Englands — die Möglichkeit, den europäischen Kontinent zu beherrschen. Da Europa allein durch die Zahl seiner Menschen England weit überlegen war, konnte dies nur durch eine zielbewußte, auf feststehenden Grundsätzen aufgebaute Politik geschehen. Aus dieser Erkenntnis entschloß sich England, seine Flotte so auszubauen, daß diese, durch ausreichende Stützpunkte gesichert, die alleinige Seeherrschaft besaß. Sie mußte in der Lage sein, den Handelsverkehr anderer Länder zu unterbinden und gleichzeitig die eigenen Zufuhren zu sichern. Dieses Ziel, zu dem die günstige Lage Englands als Riegel vor dem Kontinent die Voraussetzung bot, wurde erreicht. Gleichzeitig erwuchs ihm daraus eine beherrschende Stellung in der Handelsschiffahrt. Bereits im Jahre 1651 verkündete es die Navigationsakte, nach denen Waren nur auf englischen Schiffen nach England gebracht werden durften.

Mit der Seeherrschaft und der Vormachtstellung im Handel allein war es aber nicht getan; es mußte auch verhindert werden, daß die europäischen Völker sich zu einem Block zusammenschlossen. Die allgemeine Lage in Europa kam diesen englischen Bestrebungen leider sehr entgegen. Durch innere Kämpfe und Angriffe aus dem Osten herrschte eine ständige Unruhe. England machte es sich daher zum Grundsatz, sich allen diesen Auseinandersetzungen fernzuhalten und andererseits dafür zu sorgen, daß es zu keiner gefährlichen Machtentwicklung in Europa kommen konnte. Die Beherrschung in Europa wurde so zum Angelpunkt seiner ganzen Politik. Diese Politik wurde mit einem solchen Erfolg betrieben, daß es den europäischen Völkern nacheinander auch noch die mit Mühe und Opfern erworbenen Kolonien abnehmen konnte, ohne dadurch selbst in Gefahr zu geraten. Das Wickingerblut des englischen Volkes ließ sich nicht verleugnen; als die Seeräuberei den Bedarf nicht mehr deckte, ging es zum Kolonialraub über. Mit Ausnahme von **drei** der heutigen Staaten von Nordamerika hat England keine seiner Kolonien selbst erworben, sondern stets von anderen „übernommen".

Mit etwas anderen Worten sagt es der Engländer Liddell Hart: „Im siebzehnten Jahrhundert brachen wir die Macht Spaniens mit der Hilfe der Holländer. In der Folge bekämpfen wir die Holländer in drei Kriegen — und brachen schließlich ihre Macht in einem Bündnis mit Frankreich. Innerhalb einer Generation wurden wir in eine neue Reihe von Koalitionskriegen hineingezogen, um die drohende Macht Frankreichs zu bezwingen. Nach sechs solchen Kriegen, die sich über ein Jahrhundert erstreckten, gelang es uns, die Macht Frankreichs zu brechen — in dem entscheidendsten Siege, den wir jemals erfochten hatten. Aber unsere Hauptverbündeten, Rußland und Preußen, wurden ihrerseits in dem nun folgenden Jahrhundert zu unseren größten Gefahren — zusammen mit dem Lande, das wir so vollständig besiegt hatten.

Im Krim-Kriege versuchten wir, Rußlands Macht im Bunde mit Frankreich zu verringern. Fünf Jahre später sahen wir uns der Gefahr einer französischen Invasion Englands gegenüber. Diese Gefahr wurde zeitweilig durch die Niederlage Frankreichs gegenüber Deutschland im Jahre 1870 behoben — dem unsere Sympathien damals zugetan waren. Aber während des letzten Jahrzehnts des neunzehnten Jahrhunderts standen wir wiederum mehrmals an der Schwelle eines Krieges gegen Rußland und Frankreich vereint.

Im Versuch, diese Gefahr zu beschwören, suchten wir ohne Erfolg ein Bündnis mit Deutschland zu erreichen, und schlossen dann eine Allianz mit Japan — als Gegengewicht gegen Rußland im Fernen Osten. Dies ermutigte die Japaner, die russische Expansion dort zu bekämpfen. Inzwischen waren wir mit Frankreich zu einer Verständigung über die Abgrenzung der beiderseitigen Einflußzonen in Afrika gekommen — eine Verständigung, die sich in einer Weise weiterentwickelte, die wir nicht vorausgesehen hatten, denn Rußlands Niederlage gegen Japan schwächte das Gegengewicht, das die französisch-russische Allianz Deutschlands wachsender Macht gegenüber bildete. Und unsere Beunruhigung über diese Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte führte uns zu einer engeren Verbindung mit Frankreich". *) Diese systematisch befolgte Methode fand ihre Ergänzung in dem Grundsatz, unvermeidliche Kriege nicht selbst zu führen, sondern jeweils eine politische Konstellelation herbeizuführen, durch die andere Völker veranlaßt wurden, für englische Interessen zu kämpfen. Dabei ging England so vor, daß es stets die zweitstärkste Macht des Kontinents, seinen „Festlanddegen" begünstigte, wenn es gegen die stärkste Macht vorgehen wollte. Dazu kam allerdings auch der Umstand, daß England kaum befähigt war, allein einen Krieg auf dem Kontinent zu führen, weil ja jedes Unternehmen dieser Art eine Übersee-Expedition mit allen bekannten Schwierigkeiten bedeutet hätte. Englang entschloß sich also, seine Landmacht auf wenige Truppen zum Schutz seiner Überseebesitzungen zu beschränken und sich bei seinen Weltmachtbestrebungen lediglich auf die Flotte und seine Geschicklichkeit in der Politik zur Beherrschung Europas zu verlassen, die es

*) Liddell Hart: Weshalb lernen wir denn nicht aus der Geschichte?

als eine Politik des „Gleichgewichts der Kräfte" bezeichnete. Es wollte dadurch den Glauben erwecken, in selbstloser Weise die Ordnung in Europa aufrecht zu erhalten. Auch dieses Spiel zum eigenen Nutzen war eine Bürde des „weißen" Mannes!

Man muß zugeben, daß die englische Politik ihre tatsächlichen Absichten so zu verschleiern verstand, daß sie von den Gegnern meist erst dann erkannt wurden, wenn es zu spät war. Dazu gehörte weite Voraussicht und richtige psychologische Einschätzung der Gegner und Verbündeten.

Ein lehrreiches Beispiel ist hierfür der Verlauf des Abessinienkrieges, 1935—36, an dem England natürlich unbeteiligt war, um seine Ziele desto besser verfolgen zu können.

Abessinien hatte bis zu dem Kriege als einziges afrikanisches Volk seine Unabhängigkeit zu wahren gewußt und war auch gewillt, diese zu verteidigen. Es liegt eingeschlossen zwischen englischen Besitzungen und wäre von England schon lange gern in den sich immer mehr abrundenden afrikanischen Besitz einbezogen worden; aber der „weiße" Mann hat ja nicht die Gewohnheit, selbst zu kämpfen!

Da übernahm in Italien Mussolini die Führung. Das war an sich für England unerwünscht, denn ein starkes Italien konnte eine Gefahr für den Seeweg durch das Mittelmeer werden. Als aber Mussolini seine Ansprüche auf Abessinien anmeldete, da war er für die Ziele Englands auf dem richtigen Wege. Mißglückte dies Unternehmen wie schon 1896, als die Italiener bei Adua vernichtend geschlagen wurden, dann waren voraussichtlich Mussolinis Tage gezählt, glückte es aber, dann würde man Abessinien zu gegebener Zeit als fertige Kolonie ebenfalls übernehmen und auch diese „Bürde" tragen. Zunächst aber mußte der Anschein erweckt werden, als ob England den Krieg mit allen Mitteln verhindern wollte. Man alarmierte also den Völkerbund und erreichte auch, daß dieser einen wirtschaftlichen Boykott über Italien verhängte. England hatte aber in Rechnung gestellt, daß solche Völkerbundserklärungen wenig wirksam sind und daß außerdem Deutschland aus dem Bund bereits ausgetreten war und Italien in ausreichendem Umfang versorgen konnte. Alle Truppen- und Materialtransporte Italiens mußten den Suezkanal passieren, um Abbessinien zu erreichen. Weshalb sperrte man diesen Kanal nicht, wenn man den Krieg verhindern wollte? Dazu wäre ja England allein in der Lage gewesen und mit Hilfe des Völkerbundes wäre es überhaupt kein Problem gewesen. Eines weiteren Beweises für Englands Absichten bedarf es nicht; aber wir wissen nun auch endlich, welhalb wir uns — natürlich auch gegen Englands offizielle Meinung — unseren bescheidenen Kolonialbesitz in Afrika erwerben durften. Diese Gebiete waren für England damals wertlos. Erst als sie mit viel Mühe und Kostenaufwand erschlossen waren und anfingen, Nutzen zu bringen, da war nach dem 1. Weltkrieg für England die Zeit gekommen, sich in üblicher Weise auch diese Bürde aufzuladen. An Gründen fehlte es nie: in diesem Falle war es die angebliche Unfähigkeit Deutschlands, Kolonien zu verwalten.

Im Süden Afrikas hatten sich ausgewanderte Holländer niedergelassen und die Burenrepubliken gegründet. Das war für England solange belanglos, bis eines Tages in Südafrika Gold und Diamanten gefunden wurden. Das war für England ein ausreichender Grund, um trotz der Entrüstung der ganzen übrigen Welt zuzugreifen. Hierbei zeigte es sich auch, daß solche Handlungen nur vom „reichen" Mann ungestraft begangen werden können. So setzt sich im Leben der Völker das Recht des Stärkeren durch, auch wenn er nach menschlichen Begriffen Unrecht hat.

Den Burenkrieg mußte England ausnahmsweise selbst führen, denn wen sollte es für diesen Zweck einspannen? England, das damals nur ein einziges Armeekorps und eine Kavalleriedivison besaß, hatte sich die Aufgabe zu leicht vorgestellt und den Freiheitswillen der Buren unterschätzt. Es ist kennzeichnend, daß es dann die Frauen und Kinder in Konzentrationslager zusammentrieb, um die Buren zur Aufgabe des Kampfes zu veranlassen. In diesen Lagern, die also eine Erfindung Englands sind, kamen 26 000 Frauen und Kinder ums Leben. Dasselbe England entrüstete sich aber, als in Deutschland Konzentrationslager errichtet wurden.

Während aber derartige Einrichtungen in England vom Parlament gebilligt, beziehungsweise geduldet wurden, hatte das deutsche Volk keine Möglichkeit, hiergegen Einspruch zu erheben und kann daher nicht mit der Verantwortung belastet werden. Eine rechtmäßig gewählte Volksvertretung hätte niemals ihre Zustimmung erteilt.

Schon früher hatte England aufschlußreiche Beweise seiner völkischen Eigenart geliefert. Während der Kolonisierung Nordamerikas hatte es sich das Monopol des Sklavenhandels angeeignet und an dem Menschenhandel gut verdient. Als aber die Kolonien von England abfielen und die Vereinigten Staaten den Sklavenhandel selbst betrieben, da erhob England lauten Protest — natürlich aus rein christlich und moralischen Gründen.

Eine ähnliche Denkweise bekundete England nach dem ersten Weltkrieg, als es erheblich an Macht und Reichtum eingebüßt hatte und mit dem Gedanken umging, die kostspieligen Mittelmeerpositionen aufzugeben. Einige englische Politiker vertraten in der sogenannten „Kapschule" die Ansicht, daß es zweckmäßiger wäre, den etwas weiteren Weg nach Indien über das Kap der Guten Hoffnung in Kauf zu nehmen, um die Mittelmeerflotte für andere Zwecke frei zu machen. Für diesen Fall aber wurde ernsthaft verlangt, daß der Suezkanal wieder zugeschüttet werden müsse, denn wenn England ihn nicht mehr benötigt, dann haben die anderen Völker auch zu verzichten.

So ist auch nur folgerichtig, wenn England noch **nach** dem letzten Kriege durch Bombenwürfe versuchte, die Insel Helgoland zu zerstören.

Aufschlußreich ist auch der Opiumkrieg 1840—1842. Damals hatte sich die Regierung Chinas wegen des Mißbrauchs von Opium und seine für die Volksgesundheit verheerenden Folgen entschlossen, die Einfuhr dieses Rauschgiftes zu verbieten. Dies war

ja ihr gutes Recht und ihre Pflicht. England aber erhob Einspruch, denn es hatte in Indien große Opiumplantagen angelegt, um dieses Gift in steigendem Umfang nach China abzusetzen.

Während des 1. Weltkrieges protestierte England gegen Lieferungen von Kriegsmaterial, die Schweden nach Deutschland verschiffte. Dieser Einspruch bezog sich aber nicht auf solche Waren, die England selbst an Schweden geliefert hatte. Daraus ergab sich, daß Deutschland auf dem Umweg über Schweden von England Oel, Gummi und Stahl, an dem es Mangel litt, erhielt, weil England daran verdiente. So starben englische Soldaten den Heldentod durch Granaten, die aus englischem Stahl hergestellt waren.

Diese Angelegenheit wurde aber ruchbar und führte schließlich zu einer Anfrage im englischen Unterhaus. Dort mußte man notgedrungen die geschilderten Vorgänge bestätigen, gab aber folgende Erklärung ab: Die Warenlieferungen erflogten mit Wissen der englischen Regierung und würden gebilligt, weil Deutschland einen so hohen Überpreis in Gold dafür zahlen müsse, daß seine Kriegsanstrengungen sich bald erschöpfen würden.

In jedem Volk wird es Menschen geben, deren Moral geringer ist als die Profitgier. Hier aber wurde diese Moral vom Parlament, d. h. vom englischen Volk gebilligt. Das erscheint uns von grundsätzlicher Bedeutung, denn auch im Koreakrieg lieferte England Kriegsmaterial über Hongkong an Rotchina, obwohl auch englische Soldaten an der Koreafront kämpften.

Abschließend sei noch eine Episode erwähnt, die Admiral von Trotha, Stabschef der deutschen Flotte während der Skagerakschlacht berichtete. Vor dem ersten Weltkrieg bestanden bekanntlich zwischen deutschen und englischen Seeoffizieren gute Beziehungen. Irgdenwo im Pazifik hatten sich zwei Kreuzer in einem weltabgeschiedenen Hafen getroffen und nach dem offiziellen Austausch von Besuchen unterhielt man sich zwanglos. Einer der Engländer betonte das Primat der englischen Seeherrschaft etwas stark und löste die Frage eines deutschen Offiziers aus, ob denn auch in diesem gottverlassenen Winkel der Erde die See England allein gehöre. Darauf winkte der Engländer einen Matrosen heran, ließ ihn einen Eimer Wasser aus der See schöpfen und fragte ihn, ob das Wasser salzig schmecke. Der Matrose bejahte die Frage und damit war die Angelegenheit zugunsten Englands entschieden.

„Rule Britannia" ist und bleibt das Leitmotiv Englands und so kann es nicht überraschen, daß auch die große Werbeaktion Englands, das Festival 1951, in dem großen Eröffnungskonzert das „Rule Britannia" erklingen ließ. Rule Britannia, so hat es Gott gewollt, aber die Menschen wollen immer noch nicht begreifen, daß die Welt dazu von Gott geschaffen wurde, um von 46 Millionen Engländern beherrscht zu werden.

England ist auch als Volk alt geworden. Die Selbstverwaltung, die es in seinen Überseebesitzungen einführte, kann nicht als Zeichen seines erwachenden Wohlwollens gewertet werden. Diese überraschende Großherzigkeit erklärt sich durch die

Tatsache, daß England nicht mehr genügend Männer hat, die sich den Mühen kolonialer Betätigung aussetzen wollen. Man zieht die Arbeitslosigkeit in der Heimat der Pionierarbeit in den Tropen vor. Auch das patriarchalische Verhältnis zwischen den Besitzenden und den Arbeitern, auf das England so stolz war und als Grund für den auffallend geringen Einfluß, den der Kommunismus bisher gewinnen konnte, angegeben wurde, ist im Schwinden. Der Arbeiter war national und stand trotz seiner schlechten sozialen Lage in allen außenpolitischen Entscheidungen stets hinter der jeweiligen Regierung, weil er politisch genügend bewandert war, um zu wissen, daß er selbst mit dem Empire stand und fiel. Englands Macht und Reichtum gehört der Vergangenheit an, und dies führte auch zu einer anderen Einstellung der Arbeiterschaft. Erstmalig in Englands Geschichte kam eine Labour-Regierung ans Ruder und verstaatlichte die Grundstoff-Industrien.

In der Vergangenheit sah England sein außenpolitisches Ziel in der Ausweitung seines Weltreiches, und heute muß es sich darauf beschränken, den fortschreitenden Verfall aufzuhalten.

Frankreich

In den politisch-satyrischen Blättern ist es üblich, die verschiedenen Nationen durch typische Figuren bildlich darzustellen. Unbeeinflußt durch den Wandel der Zeiten sind es immer die gleichen Karikaturen. Es ist, als ob auch auf diese Weise bestätigt werden soll, daß der Charakter eines Volkes unveränderlich ist. So erleben wir immer wieder den Engländer als eigensüchtigen und humorlosen John Bull, den US-Amerikaner als geschäftstüchtigen Uncle Sam, den Deutschen als gutgläubigen Michel und Frankreich sonderbarerweise in der Gestalt einer Frau mit der phrygischen Jakobinermütze. Die von der großen Revolution stammende Mütze ist erklärlich, aber hat denn der Franzose in seiner Art etwas Weibliches oder gar Weibisches an sich? Ganz und gar nicht! Sein Wappensymbol, der gallische Hahn, dürfte die unzweifelhaft männlich betonten Grundeigenschaften des Franzosen viel richtiger kennzeichnen.

Und doch ist die Figur der „Marianne" für Frankreich durchaus zutreffend gewählt, denn manche Eigenschaften des französischen Volkes sind so, wie sie nur für das weibliche Geschlecht typisch sind: widerspruchsvoll und unlogisch, geltungsbedürftig und anmaßend. Eine Frau will reich und bewundert sein und findet es selbstverständlich, daß man sich ihren Wünschen unterordnet.

In Frankreich haben die Frauen in der Politik sicher eine größere Rolle gespielt als in anderen Ländern. Die Marquise de Pompadur war keine Ausnahmeerscheinung, in der Revolution von 1789 wurde die Frau als Göttin der Vernunft auf den Altar gesetzt, und die Kaiserin Eugenie sprach 1870 mit Recht von „ihrem" Krieg. Für die französischen Frau gab es vor noch nicht langer Zeit kein erstrebenswerteres Ziel, als einen „Salon" zu haben, in dem sie an ihrem „Jour" Audienz erteilte. Aufstrebende Künstler konnten nur auf dem Wege über einen „Salon" zum Erfolg gelangen und dort wurde auch Politik gemacht.

Als sich das römische Weltreich auch die Gebiete des heutigen Frankreich und Deutschland unterworfen hatte, nannte es alle nichtrömischen Völker „Barbaren". Aus Deutschland wurden die Römer wieder ganz vertrieben, während sie im südlichen Teil Frankreichs geblieben sind. So rechnet sich Frankreich auch heute noch zu den Romanen — bei passender Gelegenheit wird von der „lateinischen Schwester" Italien gesprochen — und so kam es wohl auch, daß Frankreich sich als Nachfolger des längst vergangenen Römischen Reiches betrachtete und einen völlig unbegründeten Herrschaftsanspruch auf ganz Europa geltend machte. Nach der folgenschweren Aufteilung des Reiches Karls des Großen konnte es sich in geschützter Lage zu großer Macht entwickeln, die dann unter Ludwig XIV. ihren Höhepunkt erreichte, während Deutschland unter den Folgen des 30jährigen Krieges zusammenbrach. Damals schon beteiligte sich Frankreich am Kampf gegen Deutschland und aus dieser Zeit — seit dem westfälischen Frieden — datiert seine grundsätzlich gegen Deutschland gerichtete Politik, die in dem Testament Richelieus, dem Kanzler Ludwigs XIV., seinen Niederschlag fand. Hier

war der Grundsatz festgelegt, daß Deutschland niemals zu einer Einigung kommen dürfe, und daß es auf diese Weise beherrscht werden müsse. Dies war und blieb bis heute der Angelpunkt seiner Politik zum Schaden Deutschlands, aber auch zu seinem eigenen Schaden. Im Gegensatz zu Englands weltumspannender Politik blieb Frankreichs Blick starr auf den Rhein gerichtet. Teils war es die Begehrlichkeit, dieses reiche Gebiet sich auch noch anzueignen, teils war es die Sorge vor einem deutschen Angriff. Diese durch keine reale Tatsache zu begründende Furcht entspringt dem Vergeltungsgedanken, der eine der hervortretendsten Eigenschaften des Franzosen ist. Dieses ihm angeborene Gefühl setzt er auch bei anderen Völkern und besonders bei uns Deutschen voraus. Er kann es nicht verstehen, daß wir anders geartet kein könnten. Der Revanchegedanken zeigte sich in Frankreich bei den unwahrscheinlichsten Gelegenheiten. Am bekanntesten ist der Ruf nach Revanche für Sadowa, die Schlacht bei Königgrätz. Damals hatte Preußen 1866 eine ganz einseitige Auseinandersetzung mit Österreich, an der Frankreich gänzlich unbeteiligt war. Aber seine Anmaßung war so groß, daß es hierfür Revanche forderte, die dann auch zum Kriege 1870/71 führte. Nach diesem Kriege war Deutschland maßvoll genug, nur das deutsche Elsaß-Lothringen wieder in das Reichsgebiet einzubeziehen. Aber auch dies genügte schon, um Frankreichs Rache herauszufordern. Es bedurfte der ganzen Friedfertigkeit Deutschlands und seiner Führung, bis 1914 den Frieden zu erhalten. Dann endlich hatte Frankreich genügend Verbündete zu einem neuen Angriff auf Deutschland, dem es allein nicht mehr gewachsen war. Der Mentalität Frankreichs entsprach es auch, daß es die Schuld an diesem Weltkrieg Deutschland zuzuschieben versuchte und durch Clemenceau die treibende Kraft zu dem Diktat von Versailles war. Die Geschichte hat inzwischen ein anderes Urteil gesprochen, aber der französische Historiker Jacques Bainville läßt keinen Zweifel über die tatsächlichen Gründe, die Frankreich zum 1. Weltkrieg verleiteten: Es war das immer noch von ihm befolgte Testament Richelieus. *) Dies ist auch heute noch die Einstellung Frankreichs und wird uns durch seine Politik fast täglich neu bestätigt.

Der oben erwähnte Einfluß französischer Frauen auf das öffentliche Leben beschränkt sich jedoch nur auf die oberen und begüterten Kreise der Gesellschaft. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Französin eine sehr gute Hausfrau und vorbildliche Mutter ist. Sie entspricht daher nicht dem Bilde, wie sie in französischen Romanen einer gewissen Epoche geschildert wird. Auch der französische Mann hat sehr schätzenswerte Eigenschaften. Er ist genügsam und frei von Raffgier. Noch immer ist es sein Ideal, sich nach einigen Jahrzehnten der Arbeit als Rentner auf dem Lande niederzulassen und sich bescheidenen Liebhabereien zu widmen. Unbeschadet der sehr wohltuend empfundenen höflichen Umgangsformen ist der Franzose doch grundsätzlich individualistisch eingestellt. Er haßt jeden Zwang und fordert vom Staat mehr, als dieser ihm geben kann. Der Wehrdienst ist ihm ein zwar notwendiger, aber lästiger Zwang. Am wohlsten fühlt

---

*) Jacques Bainville: Geschichte Frankreichs.

er sich im kleinen Kreise von Nachbarn und Freunden, von denen ihm Achtung entgegengebracht und seinem Geltungsdrang Rechnung getragen wird. Reisen tut er nur selten und dann meist dorthin, wo er schon bekannt ist. So kennen auch nur wenige Franzosen Deutschland, und man darf sich über ein voreingenommenes und wenig zutreffendes Urteil über uns und unser Land nicht wundern.

Der politische Blick reicht, wie schon angedeutet, kaum über den Rhein hinaus. Der Franzose ist sich des Glückes nie bewußt geworden, daß er Deutschland zum Nachbarn hat und nicht der ständigen Gefahr des Ostens unmittelbar ausgesetzt ist. Nur langsam dämmert die Erkenntnis, daß er dort nicht mehr mit Bundesgenossen gegen das so sehr gefürchtete Deutschland rechnen kann. Die Trennung von dieser alten Illusion ist ihm mehr als schmerzlich, daher der politische Eiertanz um die Wiederherstellung und Aufrüstung Deutschlands.

Innerpolitisch ringt der Franzose mit zwei Seelen in seiner Brust: Sein Gefühl für Geltung, Ruhm und den äußeren Glanz früherer Zeiten kann ihm die Republik nicht gewähren, und andererseits ist er seit der großen Revolution ein überzeugter Jakobiner, der sich seine Ideale für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht nehmen lassen will. So hat die Staatsform mehrfach zwischen Monarchie und Republik gewechselt. Erstere wird kaum wiedererstehen und letztere mit ihrem immer mehr entartenden Parlamentarismus unter ständigem Regierungswechsel bringt Frankreich politisch und wirtschaftlich immer mehr herunter und schwächt seine Stellung gegenüber den anderen Ländern. Das Mißverhältnis zwischen Wollen und Können muß sich daher zunehmend zu seinen Ungunsten auswirken.

Die Franzosen glauben von sich, das ritterlichste Volk der Welt zu sein. Das hat sie aber nicht gehindert, Menschen anderer Völker, vorwiegend aber Deutsche, in der berüchtigten Fremdenlegion zum Kampf in den Kolonien einzusetzen. Man nutzte rücksichtslos die Not fremder Menschen für eigene Zwecke aus und verpflichtete sie zu langjähriger Dienstzeit. Noch vor wenigen Jahren mußten tausende Soldaten für Frankreich in Indochina bluten, die man in alles andere als ritterlicher Weise zu diesem Dienst verpflichtet hatte. Dies ist ein sehr dunkles Kapitel in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Dazu kommt, daß 20 Jahre nach Kriegsende noch deutsche Soldaten in Zuchthäusern zurückgehalten wurden. Im offenen und von der deutschen Wehrmacht in ritterlichster Weise geführtem Kampf blieb Frankreich der Erfolg versagt. Dann aber setzte nach der anglo-amerikanischen Invasion die „Widerstandsbewegung“ ein: der Heckenschützenkrieg wie damals 1871 der Kampf der Franktireure. Als dieser unritterliche Kampf dann entsprechende deutsche Maßnahmen auslöste, war man natürlich entrüstet und übte Rache an wehrlosen Kriegsgefangenen.

Die unverkennbare Eitelkeit des Franzosen äußert sich in der Vorliebe für große Gesten; er posiert gern und hört sich gern reden. Die Abgeordneten des Parlaments legen mehr Wert auf glänzende Reden als auf politische Ergebnisse. Während diese

Eigenarten im Umgang mit dem einzelnen Franzosen keine nennenswerte Bedeutung haben, bedeutet die grenzenlose **nationale** Eitelkeit des französischen Volkes eine große Gefahr für sich selbst und auch für seine Nachbarn und führt außerdem zu einer bedenklichen Überschätzung seiner Leistungsfähigkeit.

Nach jedem Kriege wird es naturgemäß Sieger und Besiegte geben müssen. Frankreich ist aber nicht in der Lage, dieser einfachen Tatsache Rechnung zu tragen und kann sich mit einer Niederlage nicht abfinden. Eine französische Niederlage kann deshalb nur auf Verrat beruhen. Als sich hierfür 1940 trotz aller Bemühungen kein Verrat entdecken ließ, mußte wenigstens eine dem Stolz Frankreichs entsprechende Erklärung gefunden werden. In seinem Rechenschaftsbericht sagte daher Marschall Pétain: „Die Französische Armee hat nach den klassischen Regeln der Kriegskunst gekämpft; der Erfolg blieb ihr aber versagt“. Das heißt mit anderen Worten, die Deutschen sind eben zu plump, die klassischen Regeln zu beherrschen, denn sie sind ja Barbaren, deren Pflicht es ist, nach veralteten Methoden zu känpfen und sich besiegen zu lassen. Umgekehrt erregt man sich auch heute noch darüber, daß Deutschland 1918 zwar kapitulieren mußte, aber nicht besiegt war. Deutschland war eine belagerte Festung, die aus Mangel an Lebensmitteln den Kampf einstellen mußte wie vergleichsweise 1870 der General Bazaine als Verteidiger von Metz; er wurde auch nicht „besiegt“, denn er hatte ebenfalls keine Niederlage erlitten.

Da nach französischer Meinung eine eigene Niederlage nur auf Verrat beruhen kann, so ist es nur selbstverständlich, daß auch Schuldige hierfür gefunden werden müssen. Daß Frankreich hierzu den verdienstvollen Marschall Petain bestimmte, ist ebenso kennzeichnend wie beschämend. Frankreich sprach nicht dem Marschall das Urteil, sonder sich selbst. So erklärt es sich auch, daß die französischen Freiwilligen, die an der Seite Deutschlands gegen die bolschewistischen Horden gekämpft hatten, weil sie diese europäische Gefahr schon damals erkannt hatten, ebenfalls verurteilt wurden.

Aus diesen Betrachtungen läßt sich die Einstellung Frankreichs uns gegenüber erkennen; wir wissen also, was wir von dort zu erwarten haben. Wie steht es aber mit den eigenen Mitteln Frankreichs, seine bisherige Politik fortzusetzen?

Frankreich besaß bis 1789 eine sehr leistungsfähige Bevölkerung und eine in langer Überlieferung herangewachsene Führungsschicht. Über die Revolution kann man denken, wie man will. Sicher war sie naturnotwendig und daher unvermeidbar. Sie hat aber, wie alle Revolutionen, nur einen Besitzwechsel und keinen Fortschritt gebracht. Trotzdem ist man heute noch stolz auf die angeblichen Errungenschaften und verkennt, daß sie der Beginn zu Frankreichs Verfall waren.

Damals wurde seine Führerschicht vernichtet oder zur Auswanderung gezwungen. Teile des Adels, die mit Ludwig XVIII. zurückkehrten, hatten ihren Besitz verloren oder verarmten. Von diesem Schlag hat sich Frankreich nie wieder erholt. Der alte Adel hat

seine Fehler und Schwächen gehabt, aber auch unersetzliche Führereigenschaften. Neue Männer drängten sich zur Führung, ohne dazu befähigt zu sein. Das französische Volk ist leicht erregbar und folgt mehr dem Impuls als der sachlichen Überlegung. So hatte Napoleon I. ein leichtes Spiel.

Der ständige Wechsel zwischen Monarchie und Republik, ebenso wie der Parlamentarismus hat dann das Aufkommen einer neuen Führerschicht verhindert. Es hat nicht an einsichtigen Franzosen gefehlt, die diesen Zustand und seine Folgen erkannt haben. Unter anderen hat Paul Bourget diese Probleme in seinen Werken, wie L'emigré und l'Etape eingehend behandelt. Die von der Revolution ausgelöste Freizügigkeit der Bevölkerung führte auch zu einer nachteiligen Rassenvermischung zwischen den keltischen Stämmen Nordfrankreichs und den Romanen des Südens. Dazu kamen die Verluste in den großen Kriegen, die infolge des Geburtenrückganges nicht ausgeglichen werden konnten. Als Deutschland zu einem Volk von rund 80 Millionen herangewachsen war, gliederte Frankreich seine afrikanischen Kolonien als Provinzen an das Mutterland an und zählte nun plötzlich 100 Millionen französische Staatsbürger. Diese rechnerische Glanzleistung hat sich aber nicht bewährt, denn die neuen Staatsbürger melden nun ihre Forderungen an. Dadurch hat Frankreich sich selbst künstliche Rassenprobleme geschaffen, unter denen die USA schon lange kranken, ohne eine Lösung zu finden.

Die individualistische Grundeinstellung der Franzosen führte zu einer asozialen Haltung im völkischen Sinne. So erklärte sich das Verhalten Frankreichs im 30jährigen Krieg, die Unterstützung der Türken bei der Belagerung Wiens und die Raubkriege Ludwigs XIV., während andererseits alle von Deutschland ausgegangenen Bemühungen zu einer nachbarlichen Verständigung abgewiesen wurden.

Kardinal Richelieu sagte einst im Hinblick auf Deutschland: Frankreich solle seine Nachbarn stets als Feinde betrachten und deren Nachbarn als seine Freunde. Nach diesem Grundsatz wurde auch die Einkreisungspolitik gegen Deutschland betrieben, die zum ersten Weltkrieg führte.

Man soll aber nicht glauben, daß Frankreichs Mißgunst ausschließlich gegen Deutschland gerichtet ist, denn Ministerpräsident Clèmenceau, nach dessen Meinung es 20 Millionen Deutsche zuviel gab, entwickelte am 21. 1. 1919 vor den Fraktionsführern der französischen Kammer folgenden, gegen das damals noch verbündete Italien gerichteten, Plan: „Der Fehler, den Napoleon III. mit seinem Einverständnis zu der Einigung Italiens machte, war ebenso groß wie der Fehler, eine Einigung Deutschlands zu gestatten. Italiens Bevölkerung wächst in dem Maß, als sie in Frankreich abnimmt. Nach zehn Jahren wird die Einwohnerzahl Italiens etwa 50 Millionen, die Frankreichs 35 Millionen sein. Dazu kommt, daß in Italien ein Wiedererwachen nationaler Kräfte zu bemerken ist und die gegenwärtige Krise dieses Volk für die Zukunft nur stählen wird. Aus diesem zweifachen dynamischen Überschäumen folgt, daß das an Ausdehnung und Naturprodukten arme Italien einen unaufhaltsamen Ausbreitungsdrang und gleichzeitig eine erschreckende Kraft besitzt. Das Gebiet, in das sich diese verhängnisvolle Aus-

breitung ergießen würde, ist das gleiche, das derzeit Frankreich besetzt hält und nicht nur nicht ausbeuten, sondern infolge des großen Mangels an Menschenmaterial bloß mit größter Anstrengung halten kann. Es ist daher unvermeidlich, daß Italien an die Stelle Frankreichs rücken wird. sofern es Frankreich nicht gelingt, diese Entwicklung in Italien entweder zu verhindern oder zu unterbinden. Wie kann das geschehen?

Nur dadurch, daß Italien in wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten und ihm jeder Kolonialbesitz am Mittelmeer verweigert wird, der genügen könnte, die nötigen Rohmaterialien zu liefern. Dadurch, daß es gezwungen wird, den Bevölkerungsüberschuß zu verteilen, und durch einne Auswanderung nach Übersee abzugeben, wo ein Volk leichter entnationalisiert werden kann; dadurch daß man es mit einem Dorn im Fleisch zurückläßt, sowohl vom Gefühlsmäßigen wie vom Strategischen her gesehen, daß es an jeder auf Raumgewinn bedachten Mittelmeerpolitik behindert wird." *)

*) Daniele Varè: Daniele in der Löwengrube. (Paul Zsolnay Verlag Hamburg-Wien)

Rußland

Maxim Gorki sagt in einem seiner vor wenigen Jahren erschienenen Bücher: „Ein Russe, der nicht lügt, ist wie ein Hahn ohne Federn". Er meint damit nicht die Politiker, denen die Lüge als Waffe in ihrer amtlichen Tätigkeit dient, sondern das ganze Volk. Etwas muß daran schon richtig sein, daß er dies im heutigen Rußland sagen darf, ohne dabei anzustoßen.

Die Lüge ist unter allen Völkern verbreitet und tritt in sehr unterschiedlicher Form auf. Es wird aus Angst, aus Höflichkeit und aus Mitleid gelogen. Von den asiatischen Völkern, zu denen ja auch der Russe gehört, weiß man, daß sie aus angeborener Höflichkeit niemals „nein" sagen. Auch wenn es von vornherein feststeht, daß sie einen Wunsch nicht erfüllen können, werden sie doch immer „ja" sagen, um dann durch tausend Ausflüchte und Entschuldigungen die Zusage hinfällig zu machen. So ist es auch beim Russen; nur ist es bei ihm mehr die Bequemlichkeit als die Höflichkeit, die ihn zum Lügen veranlaßt.

Die Seele Asiens ist für den Europäer schwer zu ergründen und weist viele Gegensätze auf, die uns unverständlich sind. Man kann wohl die Gewohnheiten des Russen mit der Zeit kennenlernen, sehr selten aber nur die Beweggründe seines Handelns. Seine unverkennbare Gutmütigkeit kann, scheinbar unmotiviert, in maßlose Grausamkeit umschlagen und umgekehrt.

Der politisch unverdorbene Russe hat recht schätzenswerte Eigenschaften, er ist genügsam, gefällig im Umgang und weder einfältig noch faul. Allerdings war früher die Leibeigenschaft und heute die genormte Arbeitsleistung nicht dazu angetan, ihn zu besonderen Leistungen anzuspornen. Trotzdem ist er strebsam und bemüht sich um gehobene Stellungen, die ihm meist nur größere Veranwortung ohne höheren Lohn bringen, ihn aber selbst bei unverschuldeten Mißerfolgen der Gefahr der Liquidation aussetzen.

Die Liebe zur Heimat und zum gemeinsamen Vaterland ist eine der hervortretendsten Eigenschaften des Russen. So sind manche Emigranten von 1917 in voller Kenntnis dessen, was sie erwartete, wieder nach Rußland zurückgekehrt, denn sie wollten lieber in der Heimat sterben, als in der Fremde leben. Die im Exil lebenden Russen haben sich daher auch in den Zufluchtsländern nicht eingewöhnen können. Sie leben möglichst unter sich und gehen einer Gelegenheitsarbeit nach. Alle hoffen auf einen Sturz des Bolschewismus, der ihnen die Heimkehr ermöglichen soll.

Wie läßt sich aber Nationalgefühl mit einem kommunistischen, von der III. Internationale mit dem Leitspruch „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" in Einklang bringen?

Dazu muß man wissen, daß in der Sowjetunion gar kein Kommunismus besteht. Nach den **amtlichen** Verlautbarungen und auch tatsächlich befindet sich die Sowjetunion noch immer im Zustand des Sozialismus, der als Vorbereitung für die **spätere** Staatsform des reinen Kommunismus eine notwendige und unvermeidliche Zwischenstufe bildet. Man behauptet, der Kommunismus stehe als Ideal so hoch, daß er sich nicht ohne weiteres verwirklichen lasse. Im jetzigen sozialen Staat aber wird jeder nach seiner Leistung bewertet und bezahlt — nicht anders als in anderen Staaten auch. Später, nach 50 Jahren, im idealen kommunistischen Staate dagegen soll jeder seine ganze Kraf bedingungslos für die Gemeinschaft einsetzen und so viel erhalten als er hierzu benötigt. 50 Jahre besteht dieser Zwischenzustand nun schon, und aus den nach der Revolution allein übriggebliebenen Proletariern haben sich ständig anwachsende Mittel- und Oberschichten herausgehoben. Völlig leer ausgegangen ist nur die Bauernschaft.

Wann darf man den Zeitpunkt des Umschaltens auf einen Kommunismus erwarten? Diese Frage ist müßig, denn auch der Kreml dürfte hierauf keine Antwort geben können. Sie führt aber zu der Erkenntnis, daß der sogenannte Kommunismus für Rußland nur eine Wirtschaftsform — den Staatskapitalismus — bedeutet und außenpolitisch als imperialistisches Kampfmittel verwendet wird. Er dient dazu, andere Länder politisch zu spalten und zu schwächen. Deshalb empfindet der Russe für die Kommunisten anderer Länder auch nur Verachtung, weil sie ihr eigenes Land verraten. Die Kommunisten der Satellitenstaaten Rußlands haben inzwischen erfahren, wie es mit der Befreiung vom kapitalistischen Joch beschaffen ist. Sie kamen vom Regen in die Traufe.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich auch die Tatsache, daß der Kommunismus weder eine Weltanschauung noch eine besondere Staatsform ist. In Wirklichkeit wird Rußland genau so wie unter der Zarenherrschaft auch heute rein despotisch verwaltet und diese von der Partei ausgeübte Gewaltherrschaft wird nur sehr dürftig als Demokratie getarnt.

Als Lenin 1917 die Macht ergriff, standen ihm für die Gestaltung der Sowjetunion zwei Wege offen: entweder Rußland zu einem normalen bürgerlichen Staat zu entwickeln oder den seit Jahrhunderten verfolgten Imperialismus der Zaren fortzusetzen.

Für einen unabhängigen, auf sich selbst beruhenden Staat boten sich die günstigsten Möglichkeiten, denn Rußland verfügt im eigenen Lande über ausreichende Rohstoffe vom Platin bis zum Erdöl. Es hätte hiervon, ebenso wie von seiner Landwirtschaft, noch erhebliche Mengen ausführen können und wäre dadurch in der Lage gewesen, seinen natürlichen Reichtum ständig zu vermehren. Dazu kam, daß ihm von anderen Ländern keine Gefahr drohte. England, Frankreich und die USA wären nicht in der Lage, einen Angriff zu wagen, und Deutschland war durch die Fesseln des Versailler Vertrages gänzlich ausgeschaltet. Rußland hätte in wenigen Jahrzehnten ein reiches und glückliches Land sein können.

Zum Schaden des eigenen Volkes und der ganzen Welt entschied sich Lenin von Anfang an für den Imperialismus mit dem Ziel der Welteroberung und traf die dazu notwendigen Maßnahmen. Dazu war es notwendig, die gesamte Arbeitskraft des russischen Volkes in den Dienst der Rüstung zu stellen und die Landwirtschaft, der man eigenen Grund und Boden versprochen, aber nicht gegeben hatte, so zu organisieren, daß sie sich gegen diese Vergewaltigung nicht auflehnen konnte und außerdem zu höchsten Leistungen gezwungen wurde. So entstanden die Cholchosen und Sowchosen, die Gemeinde- und Staatsgüter.

Für eine Verbesserung der Lebensbedingungen blieb nichts übrig. Unter diesen Umständen wurde die jedem Arbeiter vorgeschriebene Mindestleistung nur widerwillig und schlecht ausgeführt. Daher war es notwendig, die den Parteigrundsätzen widersprechende Akkordarbeit einzuführen. Man vermied diese Bezeichnung und nannte es Stachanowsystem. Die durch den Mehrverdienst entstandene, sehr unerwünschte Kaufkraft konnte nicht befriedigt werden, weil wegen der Rüstung nur die allernotwendigsten Gegenstände des zivilen Bedarfs hergestellt wurden. Der Arbeiter war unzufrieden, weil er seine Lage mit dem Mehrverdienst nicht verbessern konnte. Aus diesem Grunde wurde die Kaufkraft mehrfach „abgeschöpft", d. h. das umlaufende und ersparte Geld wurde im Verhältnis 1:10, wie bei unserer eigenen Währungsreform zusammengelegt. Die restlichen 90 % steckte der Staat ein und die erklärliche Entrüstung wurde mit der Propagandamaschine beseitigt. „Wir müssen arbeiten und hungern, bis das große Ziel erreicht ist" hieß es bis 1945 und seitdem ist nun eine neue Platte aufgelegt: die Angriffsgefahr seitens der Westmächte.

Wie steht es nun in der Sowjetunion, und was haben wir und die übrige Welt zu erwarten?

Etwa 200 Millionen Menschen sind in den Völkern der Sowjetunion vereinigt. Diese Völker sind unverbraucht und durch die Einflüsse der Zivilisation noch nicht angekränkelt. Trotz planmäßiger Untergrabung des Familienlebens ist die Geburtenziffer hoch. Man bemüht sich mit Erfolg, die kulturelle Rückständigkeit durch entsprechende Schulbildung zu beheben; die Zahl der Analphabeten geht immer mehr zurück. Durch ständige Auslese wird geeigneter Nachwuchs für die leitenden Stellen aller Sparten des Staates herangebildet. Die außerordentlich starke Wehrmacht steht im Mittelpunkt aller staatlichen Planungen. Sie ist gut ausgebildet, vorzüglich bewaffnet und hat ihre Leistungsfähigkeit, begünstigt durch die Bedürfnislosigkeit und Härte des einzelnen Mannes, erwiesen.

Die Arbeitsweise der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion kann mit den modernen Produktionsmethoden beispielsweise der USA nicht verglichen werden. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß den USA infolge hoher Löhne und den Forderungen der Bevölkerung, die auf ihren Lebensstandard nicht verzichten will, Grenzen gesetzt sind. Derartige Probleme gibt es in der Sowjetunion nicht und deshalb können sie, wenn man ihnen Zeit läßt, die Oberhand gewinnen.

Der Russe ist Meister im Improvisieren und lernt schnell, sich mit schwierigen Lagen abzufinden. An diesen Tatsachen kann man nicht vorbeigehen und so gesehen ist die Lage Westeuropas mehr als heikel.

Dieses Bild bedarf jedoch einiger Ergänzungen, denn auch in der Sowjetunion wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Trotz ihrer erstaunlichen Leistungen auf einigen vorwiegend waffentechnischen Gebieten, auf denen sie gelegentlich sogar die Westmächte übertreffen (Düsenflugzeuge und Raumschiffe), darf nicht vergessen werden, daß sie oft mit fremdem geistigen Kapital arbeiten. Deutsche Physiker wurden nach Rußland verschleppt und mußten dort die Atombombe entwickeln. Viele bedeutende Russen stammten aus den deutschen Ostseeprovinzen. Sie hatten den Zaren treu gedient — z. B. Witte *) — und dafür Mißtrauen und Undank geerntet. Puschkin, der als größter Dichter gewertet und Goethe gleichgestellt wird, war väterlicherseits abbessinischer Abstammung. Die eigene Unproduktivität des russischen Volkes läßt sich dadurch erklären, daß sie ein Mischvolk von Slawen und Tataren sind. Vergleichsweise sei daran erinnert, daß dies auch auf die Japaner, einem Mischvolk aus Mongolen und Indonesiern zutrifft, im Gegensatz zu den reinrassigen seit jahrtausenden hochkultivierten Chinesen.

Dieser geistigen Unterlegenheit ist sich der Russe trotz seines überheblichen Auftretens als Sieger sehr bewußt, und die Führung bemüht sich mit allen Mitteln, dieses Minderwertigkeitsgefühl zu bekämpfen. Jedes halbwegs geeignete Mittel wird hierfür benutzt. Eine ganze Literatur wurde geschaffen, um den Nachweis zu erbringen, daß alle Erfindungen ausnahmslos von Rußland ausgegangen sind. Solche Propagandamethoden sind sogar erfolgreich, weil das russische Volk auch geistig von der Außenwelt völlig abgeschlossen ist.

Die brutale Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen sollte auch dazu dienen, dem russischen Soldaten nachträglich ein Gefühl kämpferischer Überlegenheit einzuimpfen. Zu diesem Zweck wurden im Anschluß an die Siegesparade in Moskau viele Tausend deutscher Kriegsgefangener in erbärmlichstem Zustand über den Roten Platz getrieben. Man hatte auch nicht versäumt, sie vorher tagelang dem Regen, der Kälte und dem Hunger auszusetzen. Den Schluß dieses Vorbeimarsches bildeten Straßenreinigungsmaschinen. Durch Filme wurde dieses bezeichnende Schauspiel dem ganzen russischen Volk vermittelt.

Die Propaganda arbeitet auch ständig daran, den Russen, der gern Kritik übt, davon zu überzeugen, daß er alle Ursache hat, zufrieden zu sein. Ein Buch mit dem Titel „Wer lebt glücklich in der Sowjetunion?" beweist haargenau, daß ausnahmslos jeder Russe ein Höchstmaß an Glück genießt. Film, Presse und Rundfunk sind so gesteuert, daß er keine Vergleichsmöglichkeiten mit der Welt außerhalb des eisernen Vorhangs hat.

---

*) Graf Witte, Ministerpräsident 1905—1906

Die Notwendigkeit, in Mitteldeutschland umfangreiche Besatzungstruppen zu stationieren, hat aber doch Folgen gehabt, die man offensichtlich nicht vorhergesehen hatte oder doch nicht verhindern konnte. Die deutsche Sowjetzone liegt zwar auch innerhalb des eisernen Vorhangs; sie bietet aber dem russischen Soldaten auch heute noch Vergleichsmöglichkeiten, die ihm zum Nachdenken anregen. Trotz der derzeitigen Lage in der Sowjetzone, die sich immer mehr dem Elend in der Sowjetunion nähert, hat er doch die Möglichkeit, sich ein Bild davon zu machen, wie man früher in Deutschland zu leben gewohnt war. Er stellt Vergleiche an und fragt sich, weshalb man in dem „siegreichen" Rußland schlechter lebt als in Deutschland.

Dieser Vorgang hat eine eigenartige geschichtliche Parallele. Im Jahre 1813 kamen nach dem Sieg über Napoleon erstmalig russische Truppen nach Frankreich und erhielten dort einen Begriff von Kultur und Menschenwürde. Dazu konnten sie die Ursachen der französischen Revolution und ihre Folgen an Ort und Stelle studieren. Dies hatte eine nachhaltige Wirkung und führte zum Dekabristenaufstand 1823. Seitdem gährte es in Rußland und erst nach vielen vergeblichen Versuchen, zuletzt 1905 nach dem russisch-japanischen Krieg, kam es zum Umsturz von 1917. Über dem Sarge Lenins ist eine Trikolore von 1789, eine Stiftung französischer Kommunisten, angebracht als Sinnbild dafür, daß die russische Revolution ihre geistige Tradition auf 1789 zurückführt.

Damals waren es nur wenige Russen, die Frankreich erlebt hatten; es waren auch nicht die Bauern, die den ersten Umsturz auslösten, sondern die Jugend des Adels und der bürgerlichen Intelligenz, die ja unter der despotischen Zarenherrschaft auch keine Freiheit besaßen.

Heute erhalten Millionen von russischen Soldaten und Verwaltungsbeamten einen sehr eindrucksvollen politischen Anschauungsunterricht in Deutschland, den man nicht mit den alten kommunistischen Propagandawalzen unwirksam machen kann.

Jede Propaganda erschöpft sich, wenn sie keine Erfolge mehr aufzuweisen hat und die Versprechungen nicht eingehalten werden. 1945 wurden in Rußland die Truppen nicht entlassen, sondern nurch neue Einberufungen ständig verstärkt, und es folgten wieder Hungerjahre statt der Verbesserung der Lebensbedingungen. Das Beutemachen in Deutschland war nur ein kurzer Rausch, der längst vergessen ist; beuteberechtigt ist nur noch der Staat, der dies auch gründlich besorgt.

Durch diese Enttäuschungen ist die sprichwörtliche Geduld des russischen Volkes und besonders die der Bauernschaft erschöpft. Im Kreml weiß man das und hat angefangen, die Kolchosebauern zu kasernieren, um Streiks und Unruhen vorzubeugen. Lockerungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet verlieren ihre Wirkung, wenn sie nur auf dem Papier stehen.

So hat nach neueren Bestimmungen jeder Russe Anrecht auf ein eigenes Haus! Wie lassen sich hierfür und für das dazugehörige Hausgerät Material und Arbeitskräfte beschaffen, ohne gleichzeitig die Rüstung einzuschränken?

Trotz alledem hat die Sowjetmacht das Ruder nach wie vor fest in der Hand. Ein Umsturz könnte nur von der Truppe ausgehen. Ein solcher Versuch ist 1937 (Tuchat-

schewski) unternommen worden und gescheitert. Den heutigen Truppenführern dürfte die Gefahr eines neuen Krieges und die Erfahrungen von Nürnberg einiges zu denken geben.

Ganz abgesehen von dem möglichen Einsatz der Atombombe, ist Rußland durch den Mangel an Verkehrsverbindungen gegen Luftangriffe mehr gefährdet als jedes andere Land. Schon im Frieden vollzieht sich die Verteilung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter nicht reibungslos. Die an sich ausreichende Bodenfläche der Landwirtschaft wird durch das unproduktive System nicht im erforderlichen Umfang nutzbar gemacht. Mißernten können daher verhängnisvoll werden.

Die sich aus diesen Mängeln ergebenden Gefahren sind bisher durch eine starke und rücksichtslose außenpolitische Haltung mit Erfolg abgewendet worden. Das durch Uneinigkeit und politische Ungeschicklichkeit verursachte Versagen der Westmächte hat hierzu reichlich beigetragen.

Im Verband der UdSSR. sind etwa 60 verschiedene Völker zusammengeschlossen und verwaltungsmäßig in 7 Bundesrepubliken zusammengefaßt. Der Verfassung nach sind alle Völkerschaften autonom. In Wirklichkeit hat aber die Russische Soz. Föderative Republik (RSFSR) die größte der 7 Bundesrepubliken die absolute Vormacht innerhalb der Union. Dies tritt äußerlich kaum in Erscheinung und es wird immer nur von der UdSSR. (CCCR.) gesprochen und fast nie von der RSFSR. Alle nicht zu ihr gehörenden Völker stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis, auch wenn sie „spontan“ und „auf eigenen Wunsch“ der Sowjetunion beigetreten sind. Wenn Moskau die Zeit für gekommen hält, kann sich dieser Vorgang in den von ihm besetzten Ländern Osteuropas wiederholen.

Während die Westmächte ständig Pressenachrichten über ihre wachsende Rüstung und Versuche mit neuen Wunderwaffen herausgeben, hüllt sich Moskau in Schweigen und der eiserne Vorhang verhindert jeden Versuch erfolgreicher Spionage. Daher ist es kaum möglich, brauchbare Angaben über das derzeitige Potential der Sowjetunion zu erhalten. Ebenso wie die Vereinigten Staaten haben auch die Sowjets deutsche Fachleute der Rüstungsindustrie als wertvollste Beute verschleppt und nutzen sie für ihre Zwecke aus. In Korea standen sich also bereits Deutsche gegen Deutsche im geistigen Kampf einander gegenüber.

Als in der UN ein Abrüstungsvorschlag mit gegenseitiger Kontrolle eingebracht wurde, erklärte der sowjetische Delegierte Malik, er habe wegen dieses Vorschlages die ganze Nacht nicht schlafen können — weil er so darüber hätte lachen müssen. Diese Bemerkung löste in dieser hohen Versammlung allgemein Entrüstung aus. Sehr zu Unrecht! Malik hatte sich nämlich ausgemalt, wie zielsicher die durch zahllose kommunistische Agenten der Sowjetischen Kontrollkommissionen, gewissermaßen radargesteuert, jede Einzelheit der USA-Wehrmacht erfaßt hätten, während die vom MWD beschatteten Amerikaner in Rußland nichts zu sehen bekommen hätten.

Der Russe ist kein Träumer; er hat dafür viel Sinn für nüchterne Wirklichkeiten und auch für Humor.

Deutschland

Oberflächlich betrachtet, scheint das deutsche Volk das unbeliebteste von allen Völkern zu sein, denn auch heute noch, viele Jahre nach Kriegsende, glaubt fast die ganze Auslandspresse sich in abfälligen und verletzenden Äußerungen über Deutschland ergehen zu müssen.

Die Geschichte dagegen bestätigt, daß das deutsche Volk zu allen Zeiten in hohem Ansehen gestanden hat. Die allgemeine Achtung steigerte sich sogar noch, als das alte deutsche Kaiserreich 1871 neu errichtet wurde. Bereits 1878 wurde es von den meisten europäischen Völkern aufgefordert, im Berliner Kongreß die Schiedsrichterrolle in der Neuordnung der politischen Verhältnisse zu übernehmen. Überall im Ausland war der Deutsche gern gesehen, auch wenn er nur über bescheidene Geldmittel verfügte.

Dies änderte sich erst im Zuge der von England betriebenen Einkreisungspolitik. Durch sein weitgespanntes Kabelnetz besaß es das Nachrichtenmonopol und konnte so die Weltmeinung gegen Deutschland beeinflussen. Dieser Einfluß steigerte sich zur Propagandahetze, als Deutschland mit Beginn des 1. Weltkrieges von der Außenwelt abgeschlossen war. Das Gleiche wiederholte sich im 2. Weltkriege und erreichte seinen Höhepunkt während der folgenden Jahre.

Von unseren damaligen Regierungen wurde dies ohne ernsthaften Widerspruch hingenommen, und so erklärt es sich, daß viele Deutsche den Glauben an sich selbst verloren haben.

Diese für uns so verhängnisvollen Vorgänge bestätigen aber andererseits die trotz aller bitteren Erfahrungen noch immer vorhandene Gutgläubigkeit des deutschen Volkes. So ließ es sich die alleinige Schuld am 1. Weltkrieg aufschwatzen und ebenso nach dem 2. Weltkrieg. Mit seiner Gutgläubigkeit ist die Gutmütigkeit eng verbunden. Auch nach dem 2. Weltkrieg erklärte es sich zu „Wiedergutmachungsleistungen“ bereit, trotzdem seine Städte sinnlos vernichtet waren und es selbst noch aus allen Wunden blutete.

Aber hat sich denn Deutschland nicht ungeheurer Verbrechen schuldig gemacht? Die Konzentrationslager sind doch eine Tatsache! Gewiß, aber man sollte doch nicht übersehen, daß derartige Einrichtungen zur Ausschaltung krimineller und politisch gefährlicher Elemente bei den meisten anderen Völkern seit Jahrhunderten bestanden haben. Meist befanden sich diese Lager in den Kolonien oder auf abgelegenen Inseln. Stets aber war es eine innerstaatliche Angelegenheit zum Schutz der Mehrheit gegen eine Minderheit. Die bedauerlichen Vernichtungslager aber fallen allein der damaligen deutschen Regierung zur Last. Das deutsche Volk hatte hierauf keinen Einfluß, ja nicht einmal Kenntnis davon. Im übrigen muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß England es war, das im Burenkrieg erstmalig Vernichtungslager einrichtete.

Man sagt, daß der Deutsche lebt um zu arbeiten, während in vielen anderen Völkern die Arbeit mehr als ein notwendiges Übel betrachtet wird. Im Zeitalter der Maschine mag sich dieser Unterschied ausgeglichen haben, aber auch heute noch zeigt sich selbst in der einfachsten handwerklichen Verrichtung ein Drang zu schöpferischer Tätigkeit und eine unverkennbare Freude am gelungenen Werk.

Der faustische Drang, allen Dingen auf den Grund zu gehen, hat sich auf allen Gebieten menschlichen Wissens und Denkens immer wieder bestätigt und zu besonderen Leistungen geführt, denen die Anerkennung nicht versagt werden konnte. Er bewährte sich besonders auch in Zeiten des Niedergangs wie nach 1806, 1918 und 1945. Gerade in solchen Perioden entstanden die Grundlagen zu neuen Aufstieg.

Man glaubt dem deutschen Volk einen Mangel an Gemeinschaftssinn vorwerfen zu können und beruft sich dabei auf seine Geschichte. Tatsächlich hat es lange gedauert, bis Deutschland seine verlorengegangene Einheit wiedererlangte. Die Schuld lag aber nicht an ihm selbst, sondern an der seit Richelieu betriebenen Politik Frankreichs und auch an den deutschen Reichsfürsten. Das alte Kaisertum in Wien hatte schon seit Jahrhunderten eine reine Hausmachtspolitik zum Schaden des Reichsgedanken betrieben. Während es die Westgrenzen ungeschützt ließ, erschöpfte es seine Kräfte in Eroberungen außerhalb des deutschen Lebensraumes. Dort lag Habsburgs Schwerpunkt im Gegensatz zu Preußen. Deshalb war Preußen berufen und auch stark genug, die Führung und Einigung der deutschen Stämme zu übernehmen.

Dem deutschen Gemeinschaftsgefühl entspricht auch seine soziale Einstellung. Deutschland war es, das die ersten sozialen Einrichtungen, wie Alters-, Kranken-, Unfallversicherungen geschaffen hat. Geselligkeit ist dem deutschen Menschen ein Bedürfnis. Daher die vielen Vereine, in denen alte Bräuche und Veranstaltungen gepflegt werden. Das Gemeinschaftsgefühl kam elementar zum Ausbruch, als es 1813 und 1933 zum Kampf um die Freiheit aufgerufen wurde. Der Freiheitsdrang wird nie erlöschen, solange es ein deutsches Volk geben wird.

Jedes Volk glaubt einen Anspruch zu haben, zunächst an sich selbst und seine vermeintlichen Rechte zu denken. Demgegenüber steht die Haltung Deutschlands, das den endgültigen Verzicht auf das deutsche Elsaß anbot, um eine dauernde Verständigung mit Frankreich zu erreichen. Wo findet sich in der Geschichte ein ähnlicher Fall von Uneigennützigkeit?

Diese Uneigennützigkeit bewies auch Preußen, als es 1871 die Last des Krieges fast allein trug und unter Verzicht auf ein Großpreußen das deutsche Reich schuf. So wurde auch das wiedergewonnene Elsaß-Lothringen nicht Preußen angegliedert, sondern als „Reichslande" verwaltet. Auch auf die Zentralgewalt verzichtete es und begnügte sich mit einem deutschen Bundesstaat.

Dieses so oft verlästerte Preußen gab 1933 nochmals einen damals wenig beachteten Beweis seiner Uneigennützigkeit, indem es sich selbst in Gaue, die dem Reich unmittelbar unterstanden, auflöste. Es betrachtete seine geschichtliche Mission, die Einigung Deutschlands, als beendet und trat zurück.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß unsere Gegner dieses nicht mehr vorhandene Preußen 1945 nochmals auflösten.

Das ehemalige Preußen umfaßte die Mehrzahl der deutschen Stämme, von denen jeder seine besondere Eigenart beibehalten hatte. Die genannten grundsätzlich deutschen Eigenschaften waren ihnen aber allen gemeinsam, auch den deutschen Stämmen, die nicht zu Preußen gehört hatten. Sie waren und sind trotz völkischer Unterschiede bis in den Kern deutsch.

Die sprichwörtliche deutsche Treue ist dem Volk oft zum Verhängnis geworden. So im 1. Weltkrieg die Nibelungentreue zu der schon im Verfall begriffenen Habsburger Monarchie und im 2. Weltkrieg seine Mannentreue zu Hitler, die es dazu verleitete, bis zum letzten bittersten Ende durchzuhalten. Aber auch diese härteste Enttäuschung kann diese Eigenschaft nicht zum Erlöschen bringen. Treu und Glauben sind dem Deutschen angeboren.

Deutsche Art ist es, ritterlich zu kämpfen. Als die kampfunfähigen Reste von Napoleons Großer Armee durch Deutschland nach Frankreich zurückfluteten, rührte sich keine Hand zur Vergeltung für die Drangsale und Plünderungen während der Franzosenzeit von 1806—1812. In Frankreich aber traten 1870 die Franktireurs, im 1. Weltkrieg die Heckenschützen und im letzten Kriege die Widerstandskämpfer auf und verübten aus dem Hinterhalt feigen Mord.

Seit dem Ende der Völkerwanderung ist das deutsche Volk infolge seiner geographischen Lage immer wieder gezwungen worden, harte und verlustreiche Kämpfe zur Verteidigung seines Lebensraumes zu führen. Im 30jährigen Krieg verlor es ¾ seiner Bevölkerung, ohne seine Lebenskraft einzubüßen. Auch nach den beiden Weltkriegen steht es noch ungebrochen da. Auf dem ihm verbliebenen engen Raum muß es jedoch verkümmern und damit fällt der Schutz gegen Osten, den die europäischen Völker bisher durch Deutschland hatten, fort. Man hat dies zwar erkannt, glaubt aber an der Deutschland gegenüber angewandten Politik der Unterdrückung festhalten zu können.

Zu den abgegriffensten Schlagworten unserer Gegner gehört auch heute noch der deutsche „Militarismus", der angeblich seinen Ursprung im „Geist von Potsdam" haben soll. Das ist ein Irrtum, denn der wirkliche Geist von Potsdam ist nicht auf dem Kasernenhof gewachsen, sondern hat seine eigentlichen Wurzeln im Beamtentum. Er entstand in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege, als Dorfschulzen und andere untere Verwaltungsbeamte sich aus eigenem Antrieb und selbstlos an die Arbeit machten, um wieder Ordnung zu schaffen. Sie verkörperten die höchste Form des Sozialismus, den Sozialismus der Tat. Diese Haltung blieb bestimmend für das Beamtentum und wurde durch Monarchen, die selbst nur „erste Diener des Staates" waren, gefördert. Es war ein natürlicher Vorgang, daß Pflichtbewußtsein, Gehorsam und Treue später auch dem Heere das Gepräge gaben.

Wir können es nicht verhindern, daß Frankreich sich bemüßigt fühlt, unentwegt von der Gefahr einer deutschen „Agression" zu sprechen und von seinen Verbündeten Sicherheiten gegen ein Wiedererwachen des deutschen „Militarismus" zu verlangen.

Als einzig wirksame Verteidigung bleibt uns der Hinweis auf unsere geschichtliche Vergangenheit, die ebenso wie bei allen anderen Nationen ein Spiegelbild der völkischen Eigenart ist.

Gegen Ende des 1. Weltkrieges wurde vom Präsidenten der USA Wilson ein 14 Punkte umfassendes Programm aufgestellt, demzufolge ein für alle Beteiligten ehrenvoller Friede abgeschlossen werden sollte. Deutschland in seiner Gutgläubigkeit verließ sich auf diese Zusage, lieferte Waffen ab und war nun der Willkür seiner Gegner ausgesetzt; es mußte sich wehrlos dem Diktat von Versailles unterwerfen.

Zu dem Betrug mit den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Wilson sagt der englische Historiker Russell Grenfell:

„Mit Genugtuung seien die empörten Proteste verzeichnet, die in England gegen diesen Bruch von Treu und Glauben erhoben wurden. So erklärte Lord Buckmaster: „Irgendeine Nation, so böse und abscheulich sie auch sein mag, auf der Grundlage bestimmter Bedingungen zur Waffenniederlegung zu veranlassen und dann, wenn sie wehrlos ist, ihr andere Bedingungen aufzuerlegen, ist ein Akt von Ehrlosigkeit, der niemals ausgetilgt werden kann." — Das britische Gewissen und der Sinn für Ehre waren damals, 1922, also noch recht lebendig.

Wenn mithin gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit den Kapitulationsbedingungen und später in dem Bemühen, es so lange wie möglich schwach zu halten, eine vorsätzliche Rechtsverdrehung angewandt wurde, so beging Hitler sicher nichts Schlimmeres, wenn er Deutschland mit Hilfe von Täuschung so schnell wie möglich stark machen wollte".

Die Gutgläubigkeit des deutschen Volkes kann nur noch durch seine Gutwilligkeit übertroffen werden, die es nach den beiden, ihm aufgezwungenen Weltkriegen bewies. In völliger Verkennung der Gesinnung seiner Gegner glaubte es durch eine „Erfüllungspolitik", nach der es bemüht war, alle von den Gegnern aufgezwungenen Lasten willig zu tragen, zu einer Verständigung zu gelangen.

Noch immer wirkt sich die Propagandahetze des Engländers Vansittard aus, der Deutschland den „Mördervogel der Welt" nennt und behauptet: „Hitler ist kein Zufall. Er ist das natürlich fortgezeugte Produkt einer Rasse, die von den frühesten Tagen der Geschichte räuberisch und kriegslüstern war."

Die Gerechtigkeit erfordert darauf hinzuweisen, daß sich auch im Lager unserer früheren Gegner immer häufiger Stimmen gefunden haben, die sich gegen derartige Verleumdungen wenden.

So hat der englische Historiker Russell Grenfell *), gestützt auf die Aussagen englischer, amerikanischer und französischer Sachverständiger, übezeugend nachgewiesen, daß die Schuld an den drei letzten großen Kriegen — 1870, 1914, 1939 — nicht bei Deutschland gelegen hat. Die berüchtigte englische Garantieerklärung an Polen, durch die dieses Land zum Krieg gegen Deutschland aufgehetzt wurde, lehnt er mit folgender Stellungnahme ab:

„Was würden wir denken, wenn die Russen Ägypten den Suezkanal „garantieren" würden, ob nun Rußland in der Lage wäre, Ägypten dazu zu verhelfen oder nicht, wie ja auch England nicht in der Lage war, Polen bei der Behauptung des Korridors zu helfen? Sollten wir sanftmütig unsere Siebensachen zusammenpacken und abziehen? Oder wenn wir das nicht täten, willig das Kainsmal des Angreifers und des „Beginners" des dritten Weltkrieges auf uns nehmen? Ich glaube doch nicht.

Immerhin sollte man dabei bedenken, daß der polnische Korridor widerrechtlich enteignetes deutsches Gebiet war, während die Suezkanalzone zu Ägypten gehört."

---

*) Russell Grenfell: Bedingungsloser Haß?

2. Die Staatsform

Die Ereignisse des letzten halben Jahrhunderts haben es mit sich gebracht, daß die ältere Generation des deutschen Volkes verschiedene Staatsformen selbst erlebt hat. Diese noch ganz zeitnahen Erfahrungen gilt es auszunutzen, um eine Staatsform zu finden, die dem deutschen Empfinden und auch der politischen Lage Deutschlands am besten entspricht. Das von Bismarck gegründete Kaiserreich lebt in der Erinnerung weiter als eine kaum noch vorstellbare Zeit des Friedens und Glückes. Aber die Monarchie scheint sich überlebt zu haben und ist auch keine Staatsform im eigentlichen Sinne, denn sie unterscheidet sich von der Republik und der Demokratie mit gewählten Staatsoberhäuptern nur dadurch, daß die Würde des Staatsoberhauptes erblich ist.

Dem Kaiserreich folgte die Demokratie von Weimar und hinterließ ein wenig gutes Andenken, als sie sehr unrühmlich zusammenbrach und durch das „Dritte Reich" abgelöst wurde.

Dann folgte wieder die Demokratie trotz der schlechten Erfahrungen, die mit ihr gemacht worden waren. Allerdings wurde sie uns von den Siegermächten aufgezwungen und dazu noch in sehr unterschiedlicher Form, wie ein Vergleich zwischen Mitteldeutschland und dem Bundesgebiet nur allzudeutlich erkennen läßt.

Solange Deutschland seine Einheit und Unabhängigkeit nicht wiedergewonnen hat, wird es sich mit diesem Zustand abfinden müssen. Wenn Deutschland aber auch in Zukunft seiner historischen Aufgabe als Vorposten und gleichzeitig als Grenzwall der westlichen Welt gegen die ständige Bedrohung aus dem Osten gewachsen sein soll, dann benötigt es hierzu auch ein festes inneres Gefüge, und die denkbar beste Staatsform ist hierfür gerade gut genug; auch dann, wenn es zu einer Vereinigung Europas kommt.

Zu allen Zeiten hat es gut und schlecht verwaltete Staaten gegeben, niemals aber einen Musterstaat, der als Vorbild dienen könnte. Dagegen haben sich viele Männer mit der Lehre vom Staat beschäftigt und eine ganze Staatswissenschaft entstehen lassen. Der Altmeister auf diesem Gebiet ist Platon. Er lebte zwar schon vor 2400 Jahren, aber seine Erkenntnisse sind heute noch ebenso gültig wie damals. Jedenfalls aber kann Platon nicht in den Verdacht kommen, Faschist oder Nationalsozialist gewesen zu sein, denn so etwas gab es damals noch nicht.

Leider war sein einziger Versuch, einen Idealstaat zu schaffen, ein Mißerfolg und fiel sogar der Lächerlichkeit anheim, denn alles, was in der Planung stecken blieb und nicht in die Tat umgesetzt werden konnte, wird seither „platonisch" genannt.

Sein hinterlassenes Werk „Der Staat" gipfelt in folgender Erkenntnis: „Wenn im Staate nicht die Philosophen Könige werden oder die sogenannten Könige und Fürsten sich nicht aufrichtig der Philosophie ergeben, wenn nicht beides eins wird, politische

Macht und Philosophie, und all die einseitigen Naturen von heute, die nur nach dem einen oder bloß nach dem anderen streben, zwangsweise ausgeschaltet werden, so ist des Elends kein Ende; des Elends im Staate und wohl auch des Elends im menschlichen Geschlecht."

Nach diesem sonderbaren Bekenntnis wird wohl mancher Leser sein Buch „Der Staat" enttäuscht beiseite legen, denn Philosophen sind ja bekanntlich einseitige, in ihre Gedanken versponnene Wissenschaftler, die für die praktischen Forderungen des Lebens wenig Verständnis haben. Es kann aber auch sein, daß man sich des Mannes in Sanssouci erinnert, der bekanntlich auch ein Philosoph war, ohne im geringsten weltfremd zu sein, und als Friedrich der Große in die Weltgeschchte eingegangen ist. Dabei sollte man den Müller von Sanssouci nicht vergessen, der seinem König mit dem Kammergericht drohen konnte, denn als Grundlage seines Staates fordert Platon die **Gerechtigkeit.**

So lohnt es sich vielleicht doch, seinen Gedanken einmal nachzugehen und zu prüfen, ob und wieweit sie für unsere Zukunft nutzbar gemacht werden können.

Platon

Platons griechische Vaterstadt Athen war zugleich ein selbständiger Staat, etwa wie unsere Hansestädte oder Venedig es gewesen sind. Griechenland war damals in kleine Staaten unterteilt, die sich gegenseitig ebenso bekämpften wie es die europäischen Staaten bisher zu ihrem Schaden getan haben. Die griechischen Kleinstaaten scheuten auch nicht davor zurück, sich gegenseitig einer asiatischen Großmacht, den Persern, zu verraten. Auch das haben wir in Europa erlebt.

Platons Staatsgedanken entstanden nicht zufällig. Die Not seiner Vaterstadt war der zwingende Anlaß zu seinem Werk und gab ihm leidenschaftlichen Antrieb. Als Platon das Mannesalter erreichte, erlitt Athen im Jahre 404 v. Chr. eine vollständige Niederlage, denn es verlor den Peleponnesischen Krieg gegen Sparta.

In dem Friedensdiktat wurden ihm nur 12 Schiffe belassen. Athen war aber auf den Handel angewiesen, um die Bevölkerung zu ernähren, da es selbst nicht genügend Nahrungsmittel erzeugen konnte. Der äußere Zusammenbruch löste auch einen inneren Umsturz aus. Die bisherige Demokratie wurde durch die Diktatur einer Gruppe von 30 Tyrannen ersetzt. Platon hätte durch verwandschaftliche Beziehungen Gelegenheit gehabt, sich an der Staatsführung zu beteiligen, doch diese Gewaltherrschaft widerstrebte ihm. Als kurze Zeit darauf die Demokratie wiederhergestellt wurde, versuchte er für seine Staatsgedanken Stimmung zu machen. Er glaubte, daß der Geist, mit dem ein Staat regiert wird, wichtiger sei als die Form; aber man lehnte seine Gedanken ab und verlachte ihn, als er nun versuchte, die Jugend in seinem Sinne zu erziehen und aus ihnen Menschen zu formen, die später einmal brauchbare Staatsmänner werden sollten.

Er baute dann seine Lehre vom Staat immer weiter aus, denn er fand, daß „alle Staaten der Gegenwart übel regiert werden" und daß die Gesetze „geradezu unheilbar" wären. Es wurde ihm klar, daß der von ihm geforderte und auf der Grundlage der Gerechtigkeit ruhende Staat nur dann verwirklicht werden könne, wenn zunächst die Staatsmänner selbst von diesem Geist der Gerechtigkeit durchdrungen wären, und das war nur möglich, wenn sie von Jugend an in diesem Sinne erzogen und für ihre Berufsaufgaben sachgemäß vorgebildet wurden.

Platon bleibt bei seinen Bemühungen um eine vorbildliche Staatsform, und er betont **ausdrücklich**, daß sich der von ihm **gedachte ideale** Staat niemals **vollkommen** verwirklichen lassen wird. Trotzdem hat er diesen in seinen Gedanken lebenden Staat sehr eingehend beschrieben, um deutlich zu zeigen, was **angestrebt** werden muß, um einen bestmöglichen Zustand zu erreichen. So bemüht sich ja auch in der Außenpolitik jeder pflichtbewußte Staatsmann um den allgemeinen Weltfrieden, ohne zu verkennen, daß dieser paradisische Zustand praktisch nicht zu verwirklichen ist.

Man mag es bedauern, daß es Platon nicht vergönnt war, seine staatsmännischen Pläne selbst zu erproben. Vielleicht aber wurde es ihm gerade hierdurch möglich, seine Erfahrungen und sein Wissen zur Weisheit ausreifen zu lassen, seine Gedanken aufzuzeichnen und der Nachtwelt zu hinterlassen.

Platons Staat

Keimzelle und zugleich das Fundament bildet die Familie. Schon in ihr zeigt sich, daß die einzelnen Mitglieder nach Alter, Geschlecht und Fähigkeiten verschieden sind. Jedem ist sein Platz und seine Aufgabe zugewiesen und so soll es auch in der größeren Gemeinschaft, dem Staat, sein. Infolge der Ungleichheit der Menschen kann nicht gleiches Recht für alle gefordert werden, wohl aber **Gerechtigkeit.** Diese Gerechtigkeit wurde in Preußen nach dem Grundsatz: „Jedem das Seine" angestrebt.

Heute muß man sich damit abfinden, in einem „Rechtsstaat", wie ihn seine geistigen Väter stolz benennen, zu leben. Es ist in der Tat ein Rechtsstaat, denn er sorgt mit seinen Machtmitteln dafür, daß die bestehenden Gesetze beachtet werden. Wenn diese Gesetze aber auf Unrecht beruhen und oft einen doppelten Boden haben, dann ist die Bezeichnung Rechtsstaat fragwürdig. Zwischen einem solchen Rechtsstaat und einem **Staat der Gerechtigkeit** besteht ein wesentlicher Unterschied.

Die natürlichen Anlagen eines einzelnen Menschen werden von seiner Umwelt geformt und nicht anders ist es bei den Völkern. Der naturgesetzlich bedingte Drang des Menschen zur Gemeinschaft wird gefördert, wenn diese durch ungeschützte Grenzen und angriffslustige Nachbarn gefährdet ist. In solcher Lage muß Gemeinnutz vor Eigennutz gehen und für Egoismus und Liberalismus bleibt kein Raum.

Platons Gedanken über die bestmögliche Staatsform bezogen sich natürlich in erster Linie auf Verhältnisse, wie sie in Athen vorlagen. Da diese aber weitgehend den Bedingungen gleichen, die auch für die staatliche Entwicklung in Preußen und Deutschland bestanden, so sind sie für uns besonders lehrreich. Im Gegensatz zu anderen Völkern, bei denen sich im Schutz natürlicher Grenzen, wie in England, Frankreich und später in den USA. Gewinnsucht unter dem Deckmantel des Liberalismus hemmungslos entfalten konnte, stand im deutschen Volk der soziale Gedanke stets im Vordergrund des politischen Denkens.

Oswald Spengler *) zeigt uns sehr deutlich die Gegensätze, die in sozialer Hinsicht zwischen uns Deutschen und unseren Nachbarn, beispielsweise in England bestehen. Hier stehen sich die Uneigennützigkeit und der Idealismus der Ordensritter dem Seeräubergeist der Wickinger gegenüber. So war es und so wird es erfahrungsgemäß bleiben.

Jedes Volk wird danach streben, eine Staatsform zu finden, die seiner Eigenart entspricht. Daraus folgt aber auch, daß man eine Staatsform nicht willkürlich von einem Volk auf ein anderes übertragen kann, falls nicht gleiche oder zumindest ähnliche Voraussetzungen vorhanden sind.

Platon nennt den von ihm erdachten Idealstaat die **Aristokratie.** Er meint damit aber nicht eine Feudalherrschaft des Adels mit einem Monarchen an der Spitze, sondern einen Staat, der durch eine wahre Aristokratie, eine Auslese der **Besten** geführt und verwaltet wird. Der Adel dies Aristokratie kann weder durch Geburt noch Reichtum, sondern nur durch Fähigkeiten und Leistungen erworben werden. Das fachliche Wissen und Können soll sehr gründlich sein; entscheidend aber ist der Charakter.

Die Gerechtigkeit als Leitgedanke für die Verwaltung eines Staates ist keine Selbstverständlichkeit, denn sie widerspricht dem auf Eigennutz gerichteten Sinn der meisten Menschen. Es ist das Recht des Stärkeren, das sich hier durchsetzen möchte. Durch Erziehung kann man die Menschen aber zu der Einsicht bringen, daß der Gerechte zwar weniger Reichtum erwerben wird, dafür aber im Bewußtsein seiner erfüllten Pflicht als Staatsbürger zufriedener und glücklicher sein wird. Aber auch durch sorgfältigste Erziehung wird es nicht möglich sein, alle Menschen eines Staates zu einer so hohen Auffassung ihrer Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft zu bringen. Unsoziale Elemente müssen durch Gesetze daran gehindert werden, die Gemeinschaft zu schädigen.

*) Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus

Der Staatsmann

Als wirksamstes Erziehungsmittel erkannte Platon die eigene vorbildliche Haltung der den Staat führenden Männer. Sie ist die Voraussetzung für die Errichtung des von ihm gedachten Staates. Die Grundsätze, die zu ihrer Erziehung und Ausbildung notwendig sind, werden daher in seinem Werk mit besonderer Sorgfalt behandelt.

Die Verantwortung für Gerechtigkeit, Ruhe und Ordnung innerhalb des Staates ist Aufgabe der Staatsmänner, zu denen auch die Beamten gehören, während die Soldaten für die Sicherheit nach außen verantwortlich sind. Beide Berufsgruppen bezeichnet er als die „Wächter" des Staates. Sie werden auch **gemeinsam** erzogen, weil dadurch spätere Reibungen zwischen politischer und militärischer Führung leichter vermieden werden. Die vom Staat geleitete Gemeinschaftserziehung setzt in jüngster Jugend ein. Ihr folgt eine langjährige Dienstzeit als Soldat, und erst nach deren Abschluß trennen sich die Laufbahnen in Staatsdienst und Wehrdienst.

Die Bedeutung der Gemeinschaftserziehung wurde besonders in Deutschland erkannt und führte zur Einrichtung von Kadettenanstalten und Unteroffizierschulen. Diese Einrichtungen beschränkten sich jedoch auf die Erziehung des Nachwuchses für die Wehrmacht. Trotz der langjährigen und guten Erfahrungen auf diesem Gebiet kam es leider nicht zur Bildung gleichartiger Anstalten für die Vorbereitung zum Staatsdienst oder gar zu der von Platon vorgeschlagenen Gemeinschaftserziehung von angehenden Staatsmännern und Soldaten.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß Platon den Wert der Tradition sehr wohl erkannt hat. Die Erfahrung hat ja auch uns gelehrt, daß selbst auf dem Gebiet des Handwerks besondere Leistungen dann erzielt werden, wenn ein bestimmtes Können durch viele Generationen in den gleichen Familien gepflegt und gesteigert wird. In vielen deutschen Familien war es Tradition, sich vorwiegend dem Beamten-, Gelehrten- oder Soldatenberuf zu widmen.

Natürlich wäre es falsch, grundsätzlich zu fordern, daß der Sohn den Beruf des Vaters ergreifen müsse, denn dadurch würde ja die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs erschwert und auch gegen den Grundsatz verstoßen werden, daß die Eignung bei der Berufswahl entscheidend sein muß.

Andererseits lehrt aber die Geschichte, daß es immer bestimmte Stände waren, aus denen geeignete Führerpersönlichkeiten hervorgingen. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts war es fast ausschließlich der Adel, der diese Aufgaben übernahm. Da er Ansehen besaß und wirtschaftlich unabhängig war, konnte er sich den staatlichen Aufgaben uneigennützig widmen. Diese Schicht war damals auch umfangreich genug, um eine sachgemäße Auslese zu gewährleisten.

Mit der französischen Revolution trat in dieser Hinsicht, zunächst in Frankreich und dann auch in den anderen Ländern ein Wandel ein. Die Macht im Staate ging allmählich auf die Parteien über, und unter der Parole: „Freie Bahn dem Tüchtigen" wurden dem

Machthunger, Ehrgeiz und der Gewinnsucht Tor und Tür geöffnet. So bilden die heutigen parlamentarisch regierten Staaten ein Bild vom Gegenteil dessen, was Platon für seinen Idealstaat gefordert hatte.

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen und den Adel der Geburt wiederherzustellen wollen, wäre ein aussichtsloses Beginnen. Dafür aber besteht die Möglichkeit, planmäßig einen Adel der Gesinnung und Leistung durch eine wohldurchdachte und staatlich gelenkte Erziehung heranzubilden.

Als wichtigste Eigenschaften der Staatsmänner verlangt Platon: Weisheit, Tapferkeit, Besonnenheit und vor allem Gerechtigkeit.

Da Weisheit auch bei größtem Fleiß und besten Anlagen erst durch Erfahrung und durch Reife des Alters gewonnen werden kann, fordert Platon, daß Staatsmänner erst mit 50 Jahren in führende Stellungen gelangen sollen. Der wirkliche Staatsmann im Sinne Platons wirkt auch durch seine Gesinnung und seine persönliche Haltung auf das ganze Volk ein. Je höher die Moral eines Volkes ist, desto weniger Gesetze werden benötigt. Allein an der Gesetzgebung läßt sich der heutige Verfallszustand der Staaten erkennen.

Durch angeborene und anerzogene Eigenschaften soll der philosophische Staatsmann „gedächtnisstark, belehrbar, hochsinnig, gesittet und mit der Wahrheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Besonnenheit verwandt und innerlich verknüpft sein".

Ein echter Staatsmann ist sich der auf ihm lastenden Verantwortung bewußt und geht ganz in der Pflichterfüllung für die Gemeinschaft auf. Er bringt ihr ein Opfer, das weder durch Ehren noch Anerkennungen aufgewogen werden kann. „Der am besten regierte Staat ist der, dessen Herrscher am wenigsten Freude am Herrschen haben und umgekehrt ist es, wenn die Herrscher entgegengesetzt gesinnt sind".

Im übrigen ist Platons Staat nach **Ständen** gegliedert, in Bauern, Handwerker, Kaufleute und die „Wächter" (der Stand der Beamten und Soldaten). Nach gleichen Gesichtspunkten hatte Mussolini zunächst auch ein Parlament auf ständischer Grundlage gebildet, dann aber dessen Befugnisse bald eingeschränkt, weil es ihn in seinen diktatorischen Plänen behinderte. Bis in die Neuzeit hinein wurden die freien deutschen Reichsstädte mit großem Erfolg auf ständischer Grundlage verwaltet. Erst mit dem Maschinenzeitalter entstanden die heutigen Parteien und der Parlamentarismus mit seinen Verfallserscheinungen.

In neuerer Zeit ist der ständische Gedanke durch den Österreicher Othmar Spann *) wieder aufgegriffen worden. Es dürfte aber nicht leicht sein, die Macht der heutigen Parteien zu beseitigen.

Immerhin deuten die sprichwörtliche Uneigennützigkeit der deutschen Beamten und Soldaten alter Schule darauf hin, daß bei uns die Voraussetzungen für eine „Aristokratie" im Sinne Platons günstig sind.

---

*) Othmar Spann: Der wahre Staat

Die Timokratie

Auch der ideale Staat, die Aristokratie, bleibt Menschenwerk, Fehler und Mängel können sich einschleichen. Innerhalb der Gemeinschaft der Wächter, den Staatsmännern und Soldaten, könnten letztere das Übergewicht erhalten. Es kommt zu Kriegen, die weniger aus Gewinnsucht als auch Herrschsucht und zur Befriedigung des nationalen Ehrgeizes geführt werden. Gleichzeitig lockert sich auch das feste Gefüge des Staates, wie es bisher in der Aristokratie bestand. Die Timokratie ist also eine Verfallsform der Aristokratie.

Die Oligarchie

Sie bedeutet die Herrschaft der „Wenigen" und das sind dann die Reichen. In heutiger Zeit wird sie meist als Plutokratie bezeichnet. Sie entsteht aus der Timokratie durch weiteres Abgleiten von den Grundlagen des idealen Staates. Zwischen Reichtum und Armut ensteht eine Kluft und diese läßt Neid und Mißgunst aufkommen, zumal die Reichen sich darin gefallen, ihren Besitz zur Schau zu stellen.

Reichtum zu besitzen erscheint allein erstrebenswert und die Tugenden verlieren immer mehr an Ansehen. Die Zulassung zu den Ämtern ist nicht mehr von der persönlichen Eignung abhängig, sondern von der Höhe des Vermögens. Für die Erhaltung des Staates fallen zwei Menschengruppen ganz aus: Die Reichen, weil sie nur von ihrem Besitz leben ohne etwas zu leisten und die Mittellosen; sie werden zu Bettlern oder Verbrechern. Für einen solchen Staat ist schon ein reiner Verteidigungskrieg lebensgefährlich, denn er hat das bewaffnete eigene Volk vielleicht mehr zu fürchten als den äußeren Feind.

Die Wandlung der Menschen und ihrer Gesinnung in dieser Stufe des Verfalls erläutert Platon an folgendem Beispiel:

„Der Sohn eifert seinem Vater zunächst nach und folgt seinen Spuren. Dann sieht er ihn aber plötzlich am Staate scheitern wie an einer Klippe, sieht, wie sein Reichtum und er selber über Bord geht, wie er, der Feldherr oder sonstige hohe Staatsbeamte, dem Gericht verfällt, von falschen Anklägern verleumdet, zum Tode oder zur Verbannung oder zum Verlust des Bürgerrechts verurteilt wird und sein ganzes Vermögen einbüßt."

Die Demokratie

Die weitere Entartung der Oligarchie führt zwangsläufig zur Demokratie, der angeblichen Volksherrschaft. Platon schildert sie wie folgt:

„Und wie ein ungesunder Körper nur eines kleinen Anstoßes von außen bedarf, um wirklich zu erkranken, wie er manchmal sogar ohne das in Hader mit sich selber gerät, so wird es auch dem Staate ergehen. Ein geringer Anlaß, die Hilfe eines anderen oligarchischen Staates, die ein Teil der Bürger herbeiruft, oder die eines demokratischen, die der andere Teil herbeiruft, wird die Krankheit, den Bürgerkrieg, zum Ausbruch

bringen. Und manchmal wird der Hader sich ganz ohne äußere Veranlassung erheben.

Siegen dann die Armen und töten einen Teil der Reichen, verbannen einen anderen, geben dem Rest gleiche Rechte im Staate und Anteil an der Regierung, so ist damit die Demokratie begründet.

Freilich, das ist die Begründung der Demokratie, gleichviel, ob es durch Waffengewalt dahin kommt oder ob die andere Partei aus Furcht das Feld räumt.

Wie ist nun ferner das Leben innerhalb der Demokratie? Welche Gestalt hat ihre Verfassung? Offenbar werden wir nachher den demokratischen Menschen als ihr Ebenbild feststellen.

Vorallem ist man frei, nicht wahr? Der Staat hat Freiheit im Handeln und Reden die Fülle. Jeder Bürger kann tun, was er will.

Kann aber jeder tun, was er will, so wird sich natürlich jeder eine Lebensgestaltung nach seinem Gutdünken schaffen.

Mannigfaltigkeit der Sinnesrichtungen wird sich also bei dieser Staatsform am meisten finden.

Sie hat das hübscheste Aussehen von allen. Wie ein buntes, in allen Farben schillerndes Kleid wird sie in allen Spielarten menschlichen Wesens schillern. So wird gar mancher sie für die herrlichste erklären, wie die Kinder und die Frauen, wenn sie etwas Buntes sehen.

Man kann auch die verschiedenen Staatsformen in ihr kennenlernen, Verehrter!

Wieso?

Sie hat, weil sie soviel Freiheit läßt, Verfassungen aller Art in sich. Wer einen Staat gründen will, wie wir es vorher getan haben, muß sogar in einen demokratischen Staat gehen und sich dort aussuchen, was ihm gefällt, als wäre er in einem Lager von Staatsformen. Hat er gewählt, so kann er damit seine Gründung vornehmen. Man lebt angenehm wie ein Gott in der Demokratie. Es zwingt dich keiner, ein obrigkeitliches Amt zu übernehmen, auch nicht wenn du die Fähigkeit dazu hast. Ebensowenig brauchst du jemand über dich herrschen zu lassen, wenn du nicht willst, brauchst nicht in den Krieg zu ziehen, wenn Krieg ist, und brauchst nicht Frieden zu schließen, wenn der Staat ihn schließt, falls dich eben nicht nach Frieden gelüstet. Ja, wenn ein Gesetz dich hindert, ein Staatsamt oder ein richterliches Amt zu bekleiden, so kannst du trotzdem Staatsmann und Richter sein, wenn es dir beliebt. Für den Augenblick ist diese Lebensart doch göttlich angenehm?

Ferner: ist die freundliche Gesinnung, die manche Verurteilte an den Tag legen, nicht etwas Feines? Du hast in solchen Staaten doch gewiß gesehen, daß Leute, die zum Tode oder zur Verbannung verurteilt waren, trotzdem dablieben, mitten unter den anderen umhergingen, als ob niemand sie sähe oder beachtete. Sie stolzieren daher wie ein Held.

Der Staat verzeiht es. Er ist nicht kleinlich. Er verachtet auch den Grundsatz, mit dem wir bei Gründung unseres Staates prahlten: wer nicht ganz besonders von der Natur bevorzugt sei, werde nie ein tüchtiger Mann werden, wenn er nicht schon in

seinen Kinderspielen der Schönheit zugewandt sei und überhaupt alles in Schönheit übe. In erhabener Weise tritt er all solche Bedenken nieder und fragt ganz und gar nicht danach, von welchem Beruf aus man Staatsmann wird und sich dem Ganzen widmet. Jeder ist ihm recht, sobald er sagt, er liebe das Volk.

Das also und was damit verbunden ist, kenzeichnet die Demokratie. Sie ist eine angenehme, herrscherlose und bunte Staatsform, die den Gleichen so gut wie den Ungleichen gleiche Rechte einräumt."

Dieses Bild der Demokratie wird von Nietzsche durch die Feststellung ergänzt, daß sie eine unfreiwillige „Vereinigung zur Züchtung von Tyrannen" sei. Gemeint sind die Parteiführer, die von ihren Wählern bedingungslose Gefolgschaft fordern und auf dem Wege über die erstrebte Mehrheit im Parlament es versuchen, die alleinige Macht im Staate zu erlangen. So geschah es 1933.

Bei einer Vielzahl von Parteien, wie wir sie heute in Frankreich und Deutschland haben, dürfte aber keine Aussicht bestehen, daß eine Partei auf die Dauer zur alleinigen Macht gelangt.

Wenn aber ein demokratischer Staat infolge seines entarteten Parlamentarismus vor dem Zusammenbruch steht, oder gar ein Bürgerkrieg zu befürchten ist, dann bleibt kein anderer Ausweg, als den „Ausnahmezustand" zu erklären und dem führenden Staatsmann zeitlich begrenzte oder auch uneingeschränkte Vollmachten zu erteilen. Dieser zunächst unvermeidliche Zustand ist oft der Beginn der Diktatur.

Die Tyrannis

So nennt Platon die Staatsform, die wir heute als Diktatur bezeichnen. Nach unseren Erfahrungen mit ihr in dem Jahrzehnt vor 1945 ist es verständlich, daß sie nun als eine Ausgeburt der Hölle betrachtet wird.

Platon beschreibt die Diktatur als die 5. und letzte Staatsform erst nach der Demokratie, so daß man sie für noch schlechter als diese halten könnte. So meinte er es aber nicht, denn er sah in ihr die einzige Möglichkeit, eine lebensunfähige Demokratie vor dem Zusammenbruch zu bewahren und sie in eine Aristokratie umzuwandeln. Er übersah nicht die Gefahr, daß ein Diktator, wenn ihm nur an der Macht gelegen war, diese nicht freiwillig wieder aus der Hand geben werde.

Es gibt aber auch eine „heilsame" Diktatur, wenn der Diktator uneigennützig handelt und nur die Gesundung seines Staates anstrebt.

Es wird nicht immer leicht sein, die innersten Beweggründe eines Diktators zu erforschen, denn mitunter erreicht ein Diktator trotz bester Absichten nicht die Rettung seines Staates, wenn er den äußeren Umständen nicht gewachsen ist. Die Meinung der Zeitgenossen ist naturgemäß meist gefühlsmäßig bedingt, während ein objektives und gerechtes Urteil erst einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß.

Nur engstirnige Voreingenommenheit wird leugnen, daß Mussolini ein befähigter und erfolgreicher Staatsmann war, dem die idealen Beweggründe seines Wollens und

Handelns nicht abgesprochen werden können. Als er dann später Italien in den 2. Weltkrieg führte und dadurch einen für sein Land sehr folgenschweren außenpolitischen Fehler beging, scheiterte er.

Hierbei sollte man nicht übersehen, daß es zum Kummer aller überzeugten Demokraten auch heilsame Diktaturen im Sinne Platons gegeben hat und Männer, die nach erreichtem Ziel freiwillig auf ihre alleinige Macht verzichtet haben.

Als eindruckvollstes Beispiel für einenn Staatsmann dieser Art kann Kemal Atatürk, der erste Staatspräsident der Türkei, gelten. Die einstmals mächtige Türkei war schon vor dem 1. Weltkrieg wirtschaftlich zerrüttet und stand nach dem verlorenen Krieg vor dem völligen Zusammenbruch. In dieser verzweifelten Lage riß Kemal die alleinige Macht an sich und schuf Ordnung. Er widersetzte sich dem der Türkei aufgezwungenen Vertrag von Sèvres und vertrieb die Griechen aus Vorderasien. Sein Auftreten war so zielbewußt, daß keiner der Siegerstaaten, insbesondere das an den Dardanellen interessierte England, etwas gegen ihn unternahm. Nach verschiedenen inneren Reformen hatte er in kurzer Zeit sein Ziel erreicht und beschloß, seine Machtbefugnisse einem Parlament zu übertragen. In diesem Parlament bildeten sich aber keine Parteien, denn das ganze Volk und damit alle Abgeordneten standen ja geschlossen hinter ihm. Trotz der Bildung des Parlaments blieb praktisch die Alleinherrschaft Kemals bestehen und so befahl er einigen Abgeordneten, eine Oppositionspartei zu bilden, mit dem Auftrag, die Vorlagen der Regierungspartei zu bekämpfen. Diese Abgeordneten nahmen den Befehl aber zu wörtlich und wurden in den Parlamentssitzungen zunächst handgreiflich, bis sie allmählich den Sinn ihres Auftrages erfaßten.

Auch die Diktatur des General Franco in Spanien kann als heilsam bezeichnet werden. Franco hatte mit Hilfe Deutschlands und Italiens die Herrschaft des Kommunismus gebrochen und es dann auch trotz verlockender Angebote vermieden, Spanien in den 2. Weltkrieg zu verwickeln. Er erwies sich hierdurch als kluger Staatsmann und zeigte, daß er frei von persönlichem Ehrgeiz war. Seine diktatorischen Vollmachten bestehen heute nicht mehr, denn die tatsächliche Macht liegt zu etwa gleichen Teilen bei der Wehrmacht, der Falange und der Geistlichkeit.

Die Auswirkungen des Obersten Nasser in Ägypten lassen sich noch nicht übersehen. Viele Anzeichen sprechen aber dafür, daß auch bei ihm uneigennützige Beweggründe die Triebfedern seines Handelns sind.

Die Sowjetunion bezeichnet sich als Demokratie und wird, wie es immer gewesen ist, tatsächlich diktatorisch verwaltet. Spaniens Staatsform wird als Diktatur bezeichnet, ohne es zu sein, und das britische Königreich gilt als Demokratie. Von der ganzen sogenannten „freien westlichen Welt“ wird die Demokratie, trotz ihrer offensichtlichen Mängel als die einzige zulässige Staatsform anerkannt. Man sollte das auf sich beruhen lassen, wenn die Menschen es nun einmal so haben wollen, denn der Name ist ja nicht entscheidend, sondern das tatsächliche innere Gefüge eines Staates. Gelingt es, einen Staat auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu verwalten, dann ist es belanglos, wie er sich nennt.

3. Landesverteidigung

Der Begriff „Landesverteidigung“ hat in den einzelnen Ländern eine unterschiedliche Bedeutung und richtet sich nach den inneren und äußeren Gegebenheiten.

Im Sparta des Altertums wurde die gesamte männliche Jugend schon im Kindesalter in staatliche Erziehung genommen und „spartanisch“ zu Härte, Bedürfnislosigkeit und Tapferkeit erzogen. Das weltbeherrschende Rom bedurfte keiner Landesverteidigung, denn es wurde von niemand bedroht. Einige Legionen aus Söldnern der unterworfenen Völker genügten, um gelegentliche Aufstände zu unterdrücken. Auch England, wärend der Zeit seiner Weltherrschaft, und die Vereinigten Staaten von Amerika konnten auf eine Landesverteidigung im eigentlichen Sinne verzichten, denn sie waren — wenigstens bis zum 1. Weltkrieg — unangreifbar.

In völligem Gegensatz hierzu war Deutschland zu allen Zeiten gezwungen, sich gegen Angriffe seiner Nachbarn zu behaupten. Seine unumgängliche notwendige Verteidigungsbereitschaft durch entsprechende Rüstung wurde und wird heute noch als „kriegslüsterner Militarismus“ bezeichnet, während in allen anderen Ländern der Wehrdienst als selbstverständliche vaterländische Pflicht angesehen wird·

Der totale Krieg ist keine Erfindung Hitlers. Er hat ihn auch nicht gewollt, denn in den Westfeldzügen zeigte der deutsche Soldat jene ritterliche Haltung, die ihn stets ausgezeichnet hatte. Kulturwerte wurden geschützt und der geschlagene Gegner erfuhr eine menschliche Behandlung. Die Sowjetrussen dagegen wendeten die totale Form der Kriegsführung an, und die deutscht Wehrmacht wurde gezwungen, den Kampf in gleicher Weise zu führen.

In den Anfängen der Menschheitsgeschichte, als zunächst Nomadenvölker um die Weidegründe miteinander kämpften, wurde der unterliegende Stamm einschließlich Frauen und Kindern, die sich ebenfalls am Kampf beteiligten, niedergemacht; der ganze Stamm wurde ausgerottet. Nachdem die Völker seßhaft geworden waren, ging man dazu über, die den Kampf überlebenden Feinde als Sklaven mitzuschleppen, um sie als billige Arbeitskräfte auszunutzen. Das wesentliche Kennzeichen der damaligen kriegerischen Auseinandersetzungen war also, daß die **Völker** es waren, die gegeneinander einen erbarmungslosen Kampf um Sein oder Nichtsein führten.

Später trat in der Zeit der sogenannten Kabinettskriege eine grundsätzliche Änderung ein: Im Mittelalter hatten die meisten Völker einen ausreichenden Lebensraum gefunden und es kam seltener zu ernsthaften Zusammenstößen. Trotzdem gab es Kriege, weil die Monarchen, etwa wie Großgrundbesitzer danach trachteten, ihre Länder und damit ihre Macht zu vergrößern. Da sie absolut regierten, konnten sie hieran nicht gehindert werden. Der Krieg war zu einem Spiel der Könige geworden. Da die Untertanen dieser Könige keinen Anlaß hatten, sich der Gewinnsucht ihrer Herrscher zu opfern, mußten andere Wege gefunden werden, um Armeen aufzustellen. Man preßte den eigenen Landeskindern möglichst hohe Steuern ab, und mit diesen Steuergeldern

wurden dann Landsknechte nebst einem Feldherrn angeworben. Das Spiel konnte beginnen. Mit der Zeit entwickelten sich auch gewisse Spielregeln, die von beiden Seiten beachtet wurden. Gefangene wurden nicht niedergemacht, sondern in die eigenen Truppen eingereiht. Sie kämpften ja nicht für ein Vaterland, sondern für den vereinbarten Sold. Gefangene Feldherren und Offiziere aber kamen in ehrenvolle Haft. Beispiele für solche Kabinettskriege sind die Raubkriege Ludwigs des XIV., deren Spuren noch heute in unseren westlichen Grenzgebieten zu erkennen sind und die Kriege des Hauses Habsburg zur Erweiterung seiner Macht. Die Menschen der eroberten Länder wurden, ob sie wollten oder nicht, gewissermaßen als lebendes Inventar mit übernommen.

Als man im 19. Jahrhundert dazu überging, stehende Heere auf nationaler Grundlage zu bilden, behielt man die alten Spielregeln des Krieges bei. Sie wurden sogar erweitert und schließlich in der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung vertraglich verankert.

Doch schon nach Abschluß des 1. Weltkrieges wurden entgegen diesen Abmachungen Kriegsgefangene lange Zeit als Zwangsarbeiter zurückgehalten. Nach dem 2. Weltkrieg aber sollte mit dem Morgenthau-Plan die Ausrottung des deutschen Volkes eingeleitet werden. Die Sowjets wandten zu dem gleichen Zweck ihre eigenen Methoden an und hielten Hunderttausende als Arbeitssklaven — teilweise über 10 Jahre — zurück, nachdem sie bereits 1 ½ Millionen Kriegsgefangene durch Hunger und Erschöpfung hatten zu Grunde gehen lassen.

Der Krieg hat nunmehr trotz großer Worte von Völkerversöhnung und „nie wieder Krieg" seine ursprüngliche Form wieder angenommen. In der Atombombe hat der totale Krieg die seinem Wesen entsprechende totale Waffe gefunden, die durch Giftgas und Bakterien von nicht minder totaler Bedeutung ergänzt werden kann. Die königlichen Spiele und ihre Spielregeln gehören der Vergangenheit an. In Zukunft werden wieder die Völker gegeneinander kämpfen und vielleicht auch ganze Kontinente.

Jeder Krieg bringt unsägliches Leid für die Besiegten und auch für die Sieger. Die Staatsmänner sollten ihre höchste Aufgabe in der Vermeidung des Krieges sehen, der nur dann gerechtfertigt ist, wenn er zur Abwehr eines Angriffs oder zur Beseitigung bestehenden Unrechts geführt wird. Der letztere Fall lag einwandfrei vor, als 1939 die deutschen Ostprovinzen befreit wurden.

Feldmarschall v. Moltke sagt in seinen Schriften: „Wenn ein Krieg gegen Rußland nicht zu vermeiden ist, dann muß man ihm zuvorkommen". Wohlverstanden bezieht sich dieser Ausspruch nur auf Rußland, weil ein russischer Angriff eine tödliche Gefahr für Deutschland bedeutet. Wie die Dinge 1941 lagen, hätte also auch Moltke den Angriff auf Rußland gefordert.

Ganz im Sinne Moltkes blieben dagegen die Kriegsdrohungen Frankreichs zwischen 1871 und 1914 unbeachtet, denn Frankreich allein bedeutete für uns keine ernsthafte Gefahr.

Die Gesetze des Krieges sind hart und fordern deshalb auch Härte vom Soldaten. Der natürliche Drang zur Selbsterhaltung muß durch den Willen zu selbstloser Hingabe überwunden werden. Deshalb steht die Erziehung zu dieser Eigenschaft im Vordergrund der soldatischen Ausbildung. Die Mittel, mit denen dies erreicht wurde, waren dem Wandel unterworfen und mußten den jeweiligen Zeitverhältnissen, der Eigenart der Menschen und dem Stand der waffentechnischen Entwicklung angepaßt werden. Beim Übergang vom Söldnertum zur Wehrpflicht trat dies besonders in Erscheinung. Auch in einer neuen deutschen Wehrmacht wird manches anders sein müssen als früher, ohne daß dabei an den Grundlagen des in Jahrhunderten entstandenen Soldatentums gerüttelt werden darf. Seit jeher und in allen Ländern galt bisher nur der bedingungslose Gehorsam. Wenn man heute mit dem Gedanken spielt, der Soldat solle einen Befehl nur dann ausführen, wenn er ihn mit seinem Gewissen vereinbaren kann, dann ist dies nur auf den Mangel an Erfahrung, Geschichtskenntnis und Wirklichkeitssinn zurückzuführen.

Sicher fehlt es in Bonn nicht an gutem Willen, eine brauchbare Form für die neue Wehrmacht zu finden. Der Soldat soll während seiner Dienstzeit volksverbunden sein und nicht abseits stehen. Man kann nur wünschen, daß dies gelingt und die neue Wehrmacht wieder so von der Achtung und dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen wird wie im kaiserlichen Deutschland und sie sich ebenso bedingungslos hinter den heutigen Staat stellt, wie sie damals hinter der Monarchie stand. Die Erfahrung sollte aber lehren, daß es besser ist, den Soldaten dem Streit der Parteien fernzuhalten, denn er muß über den Parteien stehen. Der Deutsche Soldat wird immer bemüht sein, durch seine Leistungen das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. Er bedarf aber auch des Vertrauens zum Staat und seiner politischen Führung. Vertrauen kann nur auf Gegenseitigkeit beruhen und läßt sich nicht erzwingen.

Sehr bedenklich ist die Absicht, bei der Besetzung der oberen Führerstellen den Bundestag einzuschalten, denn der bei Neuwahlen mögliche Wechsel zwischen Regierungspartei und Opposition würde eine unheilvolle Auswirkung auf den inneren Halt und die Moral der Truppe haben. Die Republik von Weimar hatte während der ganzen Dauer ihres Bestehens in dem damals sehr kleinen Reichsheer eine zuverlässige Stütze, weil dieses außerhalb der Parteipolitik stand. Das Verdienst hierfür kommt aber nicht der Republik zu, sondern einzig und allein dem General v. Seeckt.

Auch heute stehen für den Aufbau einer neuen Wehrmacht genügend bewährte alte Offiziere zur Verfügung, die für diese Aufgabe in jeder Hinsicht geeignet wären. Statt dessen wurde die ganze Verantwortung einem Gewerkschaftler übertragen.

Im Eifer der Planungsarbeit wurde übersehen, daß sich ohne vorhandenen Wehrwillen keine Wehrmacht aufstellen läßt. Der 1945 noch bis zum letzten Kampftage unerschütterte deutsche Wehrwillen wurde durch die Ächtung des deutschen Soldaten seitens der Besatzer und auch durch die Nutznießer des Zusammenbruchs nahezu gänzlich verschüttet. Dazu kam das Grundgesetz, nach dem kein Deutscher zum Wehrdienst verpflichtet werden kann.

Auch 1806 war der Wehrwille scheinbar erloschen. Dann aber fanden sich Männer, die das deutsche Volk aufrüttelten. Der Major von Schill kämpfte 1809 auf eigene Faust gegen die französische Besatzung von Magdeburg und fiel im gleichen Jahre. Fichte veröffentlichte seine flammenden Reden: „An die deutsche Nation". Ähnlich wirkten E. M. Arndt, Theodor Körner und viele andere. Der Buchhändler Palm in Nürnberg veröffentlichte eine Kampfschrift: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung". Napoleon ließ ihn erschießen.

Schon sieben Jahre nach der Niederlage von 1806 waren hierdurch die moralischen Voraussetzungen für die Aufstellung von Freikorps und für die allgemeine Wehrpflicht geschaffen.

Die heute noch geltende amtliche Auffassung über die Widerstandskämpfer, abgesehen von denen, die uneigennützig und aus innerster Überzeugung handelten, bedarf dringend einer Revision, wenn ein Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Truppe entstehen soll. Landesverrat bleibt Landesverrat. Es war ungeheuerlich, daß hohe Offiziere ihn begingen, während der Mann an der Front gläubig kämpfte und blutete. Keine noch so spitzfindige Begründung kann einen begangenen Landesverrat rechtfertigen.

So ist auch kein Wunder, daß mit jeder Tradition gebrochen werden soll, wie es auch die Sowjets zunächst bei der Aufstellung der Roten Armee taten. Sie haben aber längst die alten Überlieferungen der Zarenarmee wieder aufgenommen und während des Krieges an das Vaterlandsgefühl des Soldaten appelliert, um die Kampfmoral zu heben. Tradition wird leicht mit Zopf verwechselt. Seit Einführung der Wehrpflicht war der Wehrdienst ein **Ehrendienst geworden.** Dennoch wurde die Arreststrafe selbst **für ganz geringfügige Verfehlungen beibehalten,** obwohl sie eine Freiheitsstrafe ist und als solche entehrende Wirkung hat. Mancher Zopf wird fallen oder gekürzt werden müssen. So ist auch nicht mehr zeitgemäß, Soldaten als Ehrenposten, d. h. als lebende Dekoration, vor den Hauseingängen staatlicher Würdenträger aufzustellen. Das ist nicht Aufgabe des Soldaten und für die persönliche Sicherheit kann die Polizei weit besser sorgen, weil sie hierfür ausgebildet ist.

Die notwendigen Änderungen werden aber weniger einschneidend sein als die Reformen Scharnhorst's nach 1807. Sie waren revolutionär durch die allgemeine Wehrpflicht mit ihren vielen damals noch ungelösten Problemen und gleichzeitig sehr konservativ, indem sie die Fundamente echten Soldatentums unberührt ließen.

Die wichtigsten Voraussetzungen für ein Volk, das seine Unabhängigkeit bewahren will, sind die Wehrfähigkeit und der **Wehrwille.** Beides verkörpert sich in seiner Wehrmacht und bestimmt ihren Wert. Ihre zahlenmäßige Stärke muß so bemessen sein, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist. Dies wird in jedem Lande als Selbstverständlichkeit betrachtet, nur Deutschland gegenüber pflegt man diese Pflicht der Selbsterhaltung als Militarismus zu bezeichnen. Man bediente sich dieser Propagandalüge, weil der deutschen Wehrmacht und ihrer Führung wertmäßig keine andere gewachsen war.

Zunächst einmal ist es notwendig festzustellen, daß eine Wehrmacht gar nicht in der Lage ist, militärisch d. h. kriegstreiberisch zu sein, denn über Krieg und Frieden entscheidet ja bekanntlich die politische Führung. Zudem hatte der Soldat in vielen Staaten, darunter in Deutschland, kein Wahlrecht. Er kann also auch nicht indirekt auf politische Entscheidungen einwirken, die zum Kriege führen könnten. Der Soldat ist immer nur ausführendes Organ der politischen Führung. Demnach kann man von Militarismus nur dann sprechen, wenn ein Staatsmann die Wehrmacht für politische Machtbestrebungen mißbraucht. Das deutsche Volk bedurfte infolge seiner zentralen Lage und seiner langen ungeschützten Grenzen stets einer starken Wehrmacht. Das war eine harte Notwendigkeit, aber kein Militarismus.

Die Frage, wo und wie das dem Westen verbliebene Resteuropa verteidigt werden kann, ist sehr umstritten.

Es bedurfte nicht erst der Äußerungen des Admirals Fechteler, die von Mr. Taft dahin ergänzt wurden, daß die Sowjets schon morgen am Kanal stehen könnten, denn die 6 amerikanischen Divisionen seien nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das sind Binsenweisheiten, die man von jedem deutschen Landser, der im Osten und Westen seine Gegner kennengelernt hat, hätte erfahren können.

Kurz vorher hatte der Leiter der Deutschlandabteilung im Außenministerium der USA erklärt, Deutschland sei die wichtigste Schachfigur im heutigen Weltgeschehen. In dem abschließenden Bericht Eisenhowers nach Beendigung seiner Tätigkeit als Nato-Befehlshaber in Europa wird die gleiche Auffassung vertreten.

Besser noch als die USA. kannte Moskau den Wert deutscher Truppen. Die Anwesenheit einer UNO-Armee in Westdeutschland war dort uninteressant. Als aber die Wiederbewaffnung Deutschlands ernstlich erwogen wurde, meldete man sich prompt zum Wort und bot Verhandlungen an.

So war es auch kein Zufall, daß die Amerikaner nach Beginn des Koreakrieges vom Morgenthauplan auf den Marshallplan umschalteten und deutsche Truppen als „Verteidigungsbeitrag" forderten. Die Bonner Regierung gewann plötzlich eine unerwartete Beachtung, die sie lediglich dem Wert des deutschen Soldaten zu danken hatte.

So wurde der Soldat zum politischen Handelsobjekt herabgewürdigt und blieb auch im eigenen Lande weiter geächtet. War es da ein Wunder, daß unsere Gegner von gestern und Verbündeten von morgen es bei den Schandurteilen von Nürnberg beließen? Bonn stellte keine Forderungen dieser Art, sondern sagte bereitwilligst die Aufstellung deutscher Truppen zu, und zwar in voller Kenntnis der Tatsache, daß diese unter fremder Führung nur dazu dienen sollten, sich im Falle eines russischen Angriffes zu opfern, um den Abzug der Natotruppen zu decken!

Der Einbau von Sprengkammern in den Fluß- und Straßenbrücken beseitigte jeden Zweifel über die Art, wie Westdeutschland durch die Besatzungstruppen „verteidigt" werden soll. In der französischen Zone sind Sprengvorbereitungen besonders gründ-

lich getroffen worden, und das Hauptquartier wurde schon längst nach Paris verlegt. Ebenso die Waffen- und Munitionslager vom Rheinland nach Frankreich. Durch den Austritt Frankreichs aus der NATO ist eine neue Lage entstanden.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die politischen Führer nach verlorenen Kriegen die Schuld immer auf den Soldaten abwälzen. So war es 1806, 1918 und 1945. Naturgemäß sinkt dadurch das Ansehen des Soldaten oder geht gänzlich verloren.

Ohne die Achtung seines Volkes zu besitzen, wird der Soldat aber niemals zu bedingungslosem Einsatz bereit sein. Dies sollte beachtet werden.

Eine Wehrmacht kostet heute erheblich mehr Geld als früher. Der Steuerzahler, der diese Mittel aufbringen muß, hat aber auch ein Recht zu verlangen, daß seine Steuergelder mit größtmöglichem Nutzen angelegt werden. An ihm liegt es daher auch, mitzuentscheiden, ob eine Armee von neuen demokratischen Bürgersoldaten entstehen soll, oder eine Wehrmacht mit der gleichen Leistungsfähigkeit wie in der Vergangenheit.

Was werden die Amerikaner als Geldgeber zu dieser demokratischen Wehr sagen, nachdem sie selbst als Folge sehr trüber Erfahrungen im Koreakrieg eine ganz neue Ausbildungsvorschrift herausgaben, in der Erziehung zu äußerster Härte verlangt wird?

Die geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft hatte einen zweifelhaften Kampfwert, weil die politischen Ziele der beteiligten Länder, Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Bundesrepublik, unterschiedlich und unklar waren. Deshalb ist die EVG auch nicht in Kraft getreten. Statt dessen kam es zu einer Westeuropäischen Union, der 1948 Belgien, die Niederlande, Frankreich, Luxemburg und Großbritannien beitraten. In diese WEU wurde 1954 auch die Bundesrepublik aufgenommen.

Auf Betreiben der USA. entstand schließlich 1949 der Atlantikpakt (NATO), dem 1955 auch die Bundesrepublik beitrat. Durch den Austritt Frankreichs ist auch dieser Pakt fragwürdig geworden und durch den Krieg in Vietnam sind weitere Komplikationen entstanden, die vielleicht zu einem Abzug der in Europa stationierten Truppen führen können.

Die Voraussetzungen für eine ernsthaft zu nehmende Europäische Wehrmacht sind erst dann gegeben, wenn die besetzten Ostgebiete befreit und eine politische Einheit erreicht ist.

Dann wird man sich auch daran erinnern, daß im kaiserlichen Deutschland neben der preußischen Armee auch sächsische, württembergische und bayerische Verbände, unabhängig voneinander und nur durch gemeinsamen Oberbefehl miteinander verbunden, bestanden haben. Bayern hatte sogar einen eigenen Generalstab.

Deutschland kann nur von Deutschen verteidigt werden; seine Bundesgenossen während der beiden Weltkriege waren meist mehr Ballast als Hilfe. Sie fielen ab, sobald sie sich keinen eigenen Nutzen von der Fortsetzung des Kampfes versprachen oder schlugen sich auf die Feindseite und richteten die Waffen gegen ihre bisherigen Verbündeten.

E liegt kein Anlaß zu der Annahme vor, daß dies in zukünftigen Bündniskriegen, z. B. im Rahmen der Nato, anders sein wird.

4. Parteien und Wahlen

Es hat immer Menschen gegeben, bei denen das Streben nach Gewinn und Macht stärker ausgeprägt ist als der Sinn für die Notwendigkeit des Wohlergehens der ganzen Volksgemeinschaft, während andere, ihrem natürlichen Empfinden folgend, der Meinung sind, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehen muß.

Vielfach ist die jeweilige soziale Einstellung schon durch den Beruf bedingt oder zumindest stark beeinflußt. So muß beispielsweise ein Geschäftsmann auf seinen Vorteil bedacht sein, wenn er Schaden vermeiden will.

Ähnlich ist es auch mit den politischen Parteien, in denen sich Menschen gleicher Meinungen und Interessen zusammenfinden. Auch hier scheiden sich die Geister in solche mit betontem Eigennutz und andere mit betont sozialer Einstellung.

Schon die Namen der verschiedenen Parteien deuten die grundsätzliche Einstellung an, wobei zunächst offen bleiben soll, ob die Namen sich immer mit den tatsächlichen politischen Zielen decken.

Auf Gemeinnutz — wenigstens dem Namen nach — weisen folgende Beziehungen hin:

deutsch, national, sozial, christlich,

während der Eigennutz durch andere Begriffe gekennzeichnet ist, wie

liberal, demokratisch, frei, unabhängig.

Viele Parteien haben Doppelnamen, wie die heute nicht mehr bestehende deutschnationale oder die von Friedrich Naumann 1896 gegründete national-soziale Partei. In diesen beiden Fällen ist der Gemeinschaftssinn durch Verdoppelung der Begriffe besonders betont, während andere Verbindungen wie National-liberal, christlich-demokratisch und sozial-demokratisch Widersprüche in sich darstellen und zumindest Zweifel über die tatsächlichen Ziele derartiger Parteien aufkommen lassen müssen.

Oft ist es nur dem erfahrenen Politiker möglich, die wahren Ziele einer Partei zu erkennen. Denn sie stehen meist in krassem Gegensatz zu dem klangvollen Namen. Sicher ist nur, daß jede Partei möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinigen sucht, um durch eine dementsprechende große Zahl von Abgeordneten im Parlament vertreten zu sein mit dem Ziel, eine größtmögliche und wenn erreichbar entweder allein oder im Bunde mit anderen Parteien die alleinige Macht auszuüben. Nur in dieser Zielsetzung sind sich alle Parteien einig.

Wenn dann Neuwahlen herannahen, werden von den Parteien Feldzugspläne ausgearbeitet, um alle verfügbaren Kampfmittel, als da sind: Aufrufe, Bildplakate der Parteiführer, Redner für Wahlversammlungen, Presse, Rundfunk und Fernsehen, bestmöglichst einzusetzen. Während es mit den Mitteln der Technik keine Schwierigkeit bereitet, die führenden Köpfe auf Buntdruckplakaten auffallend jugendlich, vertrauenswürdig und bieder darzustellen, müssen die Redner vor dem Fernsehsender durch Schminke

hergerichtet und auf zahlreichen Proben von einem erfahrenen Regisseur vorbereitet werden. Mancher gute Redner eignet sich weder für den Bildschirm noch als Rundfunksprecher und wird dann doch auf Wahlversammlungen eingesetzt. Diese wiederum müssen entsprechend „aufgezogen" werden, damit der Redner nicht vor leeren Bänken steht, und außerdem muß für polizeilichen oder anderweitigen Schutz gesorgt werden, wenn Störungen durch politische Gegner zu erwarten sind.

Dies alles aber kostet Geld und nochmals Geld! Daher müssen zunächst einmal die Parteikassen gefüllt sein, bevor der Kampf beginnen kann. Ein Wahlerfolg hängt daher entscheidend von dem verfügbaren Geldmitteln ab und dieser Umstand zeigt schon, daß die Ergebnisse von Wahlen, die in dieser Form durchgeführt werden, nicht der freien Meinung der Wähler entsprechen können. Wenn man weiterhin bedenkt, daß die unzureichenden Mitgliedsbeiträge der Parteigenossen durch Geldmittel aus Quellen, über die nicht gern gesprochen wird, ergänzt werden müssen, dann mag man auch bezweifeln, ob die auf diese Weise gewählten Abgeordneten tatsächlich befugt sind, „im Namen des Volkes" Gesetze zu erlassen.

Die Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien sind so abgefaßt, daß möglichst viele Wähler sich angesprochen fühlen. Jede Partei versichert, daß sie allein sich für das Wohlergehen des ganzen Volkes und für jede Berufs- und Interessengruppe einsetzen wird.

Bei dieser scheinbar einheitlichen Zielsetzung der verschiedenen Parteien müßte es überraschen, daß überhaupt von einem Wahl**kampf** gesprochen wird. Die Erfahrung bestätigt aber immer wieder, daß es sich um einen Kampf um die Macht handelt, bei dem in Bayern z. B. in landesüblicher Art zünftig gerauft wird, und daß es auch in anderen Gegenden unseres Vaterlandes dazu kommt, den politischen Gegner handgreiflich von der eigenen Meinung zu überzeugen.

Bei den Präsidentenwahlen in den USA 1952 wurde allgemein erwartet, und auch die Institute für Meinungsforschung glaubten festgestellt zu haben, daß Stevenson gewählt werden würde, weil er im Gegensatz zu Eisenhower als erfahrener Politiker und Staatsmann bekannt war. Man hatte aber nicht berücksichtigt, daß bei dieser Wahl erstmalig der Fernsehfunk als Propagandamittel Verwendung fand. Dieser Umstand war jedoch entscheidend, denn die Hälfte der Wähler waren Frauen, und ihnen gefiel auf dem Bildschirm der strahlend lächelnde, ordengeschmückte General besser als der schlichte Senator Stevenson. Frauen verlangen, daß ein Mann gut aussieht und fragen weniger danach, was er sagt oder kann.

Nach den heute geltenden Wahlgesetzen ist der Wähler darauf angewiesen, für eine **Partei bzw. deren Liste, nicht aber eine** ihm bekannte Persönlichkeit zu stimmen. Erst nach der Wahl erfährt er, welche Männer gewählt und welche Minister aus ihren Reihen ernannt wurden. Aber nun ist der kurz zuvor noch so umworbene Wähler ausgeschaltet, und er kann sich nur noch durch Presse, Rundfunk und Fernsehen ein Bild davon machen, ob seine Männer ihre Wahlversprechen einhalten oder nicht.

Bei manchen Parlamentssitzungen werden nur erfahrene Fachleute dem Gang der Verhandlungen folgen können, aber jeder, der etwas Menschenkenntnis besitzt, wird sich ein Urteil darüber bilden können, ob Abgeordnete und Minister vorbehaltlos der Sache dienen, oder ob es auch andere Beweggründe sind, die ihr Handeln bestimmen. Nach dem Grundgesetz ist jeder Abgeordnete verpflichtet, nur seinem **Gewissen** zu folgen, aber in Wirklichkeit werden sie von den Parteiführern beeinflußt und nur selten wird gegen deren Entscheidung gestimmt.

Noch enttäuschter ist der Wähler über das Bild, das sich ihm nur allzu häufig bei den Debatten bietet. Wenn es hierbei zu unsachlichen und in der Form peinlichen Auseinandersetzungen kommt, die der Würde des Hauses nicht entsprechen, dann fragt er sich beklommen, ob hier wirklich die „Besten" der Nation gewählt wurden.

Da erlebt man es z. B., daß sehr ernsthafte, aber unbequeme Anträge der Opposition von der Regierungspartei scherzhaft und mit scheinbar urwüchsigem Humor abgetan werden. In Wirklichkeit hat das mit Humor nichts zu tun, denn es handelt sich dabei nur um einen alten parlamentarischen Kunstgriff, um den Gegner lächerlich zu machen. Derartige „geistreiche" Bemerkungen werden vorher sorgfältig ausgearbeitet und liegen dann griffbereit in der Aktentasche.

Abgeordnete haben es nicht leicht. Abgesehen von der sehr umfangreichen Arbeit im Plenum, und in den Ausschüssen müssen sie unzählige Briefe, die eine Flut von Wünschen, Anträgen, Vorschlägen und sogar Drohungen enthalten, beantworten, wenn sie ihre Wähler nicht verärgern und bei der nächsten Wahl von ihnen im Stich gelassen werden wollen. Ihrem Fraktionsvorsitzenden müssen sie eifrig zur Hand gehen und brav in seinem Kielwasser segeln, damit sie später wieder als Kandidaten aufgestellt werden. Auch Besucher müssen abgefertigt werden und das sind außer einzelnen Wählern vorwiegend Vertreter großer, kleiner und auch kleinster Interessenverbände. Angefangen mit den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden usw. sind dies — politisch gesehen — oligarchische, d. h. von Wenigen (den sogenannten Funktionären) beherrschte größere oder kleinere Machtgruppen, die dem demokratischen Parlament und seiner Regierung ihren Willen aufzwingen wollen. Ihre Macht ist nicht zu unterschätzen, denn nach dem Grundgesetz ist ihnen das Streikrecht zugesichert. Dieses Streikrecht ist praktisch nur durch die Gewerkschaften anwendbar und sie haben es schon mehrfach angewendet. Bei einem Generalstreik könnten die rund 6 Millionen Gewerkschaftler der ganzen Bevölkerung ihren Willen aufzwingen. Das ist für Bonn eine sehr ernste Angelegenheit, und daraus ergibt sich die ebenso ernste Frage: Liegt die tatsächliche Macht beim demokratischen Bundestag, in dem die politischen Parteien vertreten sind, oder bei den Funktionären der oligarchisch geführten Verbände? Schon heute werden die meisten Gesetzesvorschläge bzw. Änderungen von außen an den Bundestag herangetragen und dort mit mehr oder weniger Erfolg durchgesetzt, obwohl die gesetzgebende Staatsgewalt (Legislative) ihm allein zusteht. Kann man unter diesen Umständen davon überzeugt sein, daß Gesetze tatsächlich „im Namen des Volkes" und unparteiisch zum Besten des ganzen Volkes erlassen werden?

Mißvergnügt, enttäuscht und oftmals angewidert betrachtet der Staatsbürger diesen seinen Staat und hat auch wenig Verständnis für den Rat, doch endlich in diesen Staat „hineinzuwachsen". In einem schlecht zugeschnittenen Anzug kann man nicht hineinwachsen; vernünftiger ist es, den Anzug durch sachgemäße Änderung passend zu machen. Mit anderen Worten: Der Staat hat sich nach den Menschen zu richten und nicht die Menschen nach ihm.

Man kann sich auch nicht damit trösten, daß es in anderen Ländern und zu allen Zeiten seit Platon nicht anders zuging, wenn Parteien in einem Parlament um die Macht ringen und die Allgemeinheit darunter zu leiden hat. Selbst Bismarck konnte sich im damaligen Reichstag nicht immer durchsetzen, und dieser Reichstag brachte es fertig, eine dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstag zugedachte Glückwunschadresse abzulehnen. Durch diesen beschämenden Vorgang wurde wieder einmal erwiesen, daß die Entscheidung einer Volksvertretung sehr oft in völligem Gegensatz zur Meinung des Volkes steht.

Selbstverständlich läßt sich der entartete Parlamentarismus nicht gewaltsam ändern, denn das würde zur Diktatur führen.

Ansätze zu einer entwicklungsmäßigen, schrittweisen Beseitigung der heutigen Mißstände lassen sich aber auf der untersten Ebene der Wahlvorgänge, und zwar bei den Gemeindewahlen, erkennen.

In kleinen Gemeinden kennt jeder den anderen, oft schon von der gemeinsamen Schulzeit her. Man ist dadurch über den Persönlichkeitswert, die Fähigkeiten, die Uneigennützigkeit und Hilfsbereitschaft seiner Mitmenschen genau unterrichtet. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß bei einer Gemeindewahl in Württemberg-Hohenzollern 93 % aller Kandidaten, unabhängig von Parteilisten, durch sogenannte freie Listen oder ganz ohne Liste gewählt wurden. Auch in Bayern wird zunehmend die „Persönlichkeitswahl" der parteigebundenen bisherigen „Listenwahl" vorgezogen. Man will wissen, wen man wählt, und auf diese Weise kommen Männer in den Gemeinderat, die so handeln, wie es die Witwe eines Gemeindevorstehers in Ostpreußen tat: Sie ließ ihr Hab und Gut zurück und nahm dafür die ganzen Gemeindeakten mit. Sie ahnte vorerst nicht, welchen Dienst sie den Überlebenden der Gemeinde erwies, als diese später auf Grund der geretteten Unterlagen ihre Ansprüche als Ostvertriebene geltend machen konnten.

Die listenfreie „Persönlichkeitswahl" läßt sich auch bei Kreistagswahlen anwenden, wenn man die auf diese Weise gewählten Gemeindevertreter zu Wahlmännern für den Kreistag bestimmt, denn auch innerhalb eines Kreises kennt man sich recht gut. Es werden sich auch Mittel und Wege finden lassen, um die Persönlichkeitswahl in den Landtagen und im vorläufigen Bundestag anzuwenden.

Fraglich ist nur, ob die machtgewohnten Parteien sich kampflos damit abfinden werden.

5. Bündnisse und Verträge

Sie werden von zwei oder mehreren Staaten geschlossen, um gemeinsame Interessen zu regeln. Allgemein kann gesagt werden, daß sie nur solange eingehalten werden, als dies den Vertragspartnern nützlich erscheint.

Es gab auch erzwungene Verträge, wie das Versailler Diktat nach dem 1. Weltkrieg; wir mußten es unterschreiben, weil uns anderenfalls die Lebensmittelzufuhren weiterhin gesperrt worden wären. Bekannt ist die Liga der Konventionen des Roten Kreuzes von 1864, der 1919 schon 102 Länder angehörten. Ihr Zweck war es, das Los der im Kriege verwundeten, erkrankten oder in Gefangenschaft geratenen Soldaten zu erleichtern. Ärzte, Sanitäter, Krankenwagen und auch die Lazarette mußten durch ein rotes Kreuz auf weißem Grunde gekennzeichnet sein. Infolge der zunehmenden Härte des Kampfes im letzten Kriege wurden die Konventionen vielfach nicht mehr eingehalten.

Die Haager Landkriegsordnung sollte das Verhalten der Soldaten im Kriege regeln. Sie mußten durch ihre Uniform erkennbar sein und ihre Waffen offen tragen. Frankreich hat diese Bestimmungen im Verlauf der drei letzten Kriege nicht eingehalten. 1870 wurden die in Zivilkleidung aus dem Hinterhalt kämpfenden Franzosen Franktireurs (Freischützen) genannt, im 1. Weltkrieg Heckenschützen und im 2. Weltkrieg Maquis.

Fürst Bismarck schloß 1887 mit Rußland einen Rückversicherungsvertrag, der beide Staaten verpflichtete, in einem zukünftigen Krieg neutral zubleiben. Dieser Vertrag wurde 1890 durch seinen Nachfolger, Graf Caprivi, nicht erneuert. Aber auch wenn er verlängert worden wäre, hätte ihn Rußland nicht eingehalten, denn dort hatte sich unter Führung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch eine Kriegspartei gebildet. Es sollten die innerpolitischen Spannungen, die durch die Matrosenrevolte auf dem Panzerkreuzer Potemkin erkennbar wurden und 1917 in der Oktoberrevolution zum Ausbruch kamen, durch einen Krieg nach außen abgelenkt werden.

Dazu kam ein Deutschenhaß, weil infolge Versagens des russischen Adels vielfach Baltendeutsche in führende Stellungen kamen. So wurde 1905 der baltendeutsche Graf Witte Ministerpräsident. Auch der russische General Paul v. Rennenkampf, der 1914 in der Tannenbergschlacht die russische Nordarmee führte, war deutscher Abstammung.

Bismarck hatte 1882 den Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien als Verteidigungsbündnis abgeschlossen. Italien trat 1915 von diesem Vertrag zurück, während die Habsburger Monarchie gegen Ende des 1. Weltkrieges einen Sonderfrieden mit unseren gemeinsamen Gegnern abzuschließen versuchte. Kaiser Karl bediente sich hierbei seines Schwagers, des Prinzen Sixtus von Bourbon.

Besonders aufschlußreich ist der ständige Wechsel der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien. Wie schon gesagt, kündigte Italien den Dreibundvertrag und erklärte uns, ohne daß ein Anlaß gegeben war, den Krieg, denn es rechnete

mit einer Niederlage Deutschlands und wollte nach dem Kriege zu den Siegermächten gehören und Reparationen erlangen.

Als 1934 der österreichische Bundeskanzler Dollfuß, angeblich durch Nationalsozialisten, ermordet wurde, ließ Mussolini 2 Divisionen an der deutschen Grenze aufmarschieren und behauptete in seinen Hetzreden, daß die Römer schon ein Kulturvolk waren, als die Germanen noch auf Bäumen hockten. Wenige Jahre später, 1937, war er bei einem Deutschlandbesuch von dem Aufbau der deutschen Industrie so beeindruckt, daß er mit Hitler ein Bündnis schloß: die „Achse Rom — Berlin". Obwohl Hitler ihn dringend gebeten hatte, im 2. Weltkrieg neutral zu bleiben, marschierte er in Griechenland ein, um dieses Land seinem „Imperium Romanum" einzuverleiben. Seine Truppen versagten und mußten durch deutsche Truppen verstärkt werden. Hierdurch verzögerte sich der Beginn des Rußlandfeldzuges, so daß er nicht mehr vor Einbruch des Winters beendet werden konnte. Durch Italiens unerwünschten Eintritt in den Krieg entstand auch ein weiterer Kriegsschauplatz in Nordafrika, für den deutsche Truppen abgezweigt werden mußten. Gegen Ende des Krieges versicherten König Emanuel und Mussolini ständig, daß sie ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen würden. Nach dem Sturz Mussolinis, 1943, erklärte Italien trotzdem Deutschland den Krieg. Der Schriftsteller Peter Tompkins stellte fest:

„Das Haus Savoyen (das italienische Königshaus) hat noch nie einen Krieg an der Seite desjenigen beendet, mit dem es ihn begann — es sei denn, der Krieg dauerte lange genug, um die Fronten zweimal zu wechseln".

1941 trat Japan der „Achse Rom—Berlin" bei. Dann aber schloß es mit Rußland einen Nichtangriffspakt, der es Stalin ermöglichte, seine an der japanischen Front belassenen Truppen gegen Deutschland einzusetzen.

Noch enmal zurück zum 1. Weltkrieg und dem Dreibund: Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin am 28. 6. 1914 in Serajewo, marschierte Österreich in Bosnien ein. Jetzt hätte das Deutsche Reich von seinen Dreibundverpflichtungen zurücktreten müssen, denn die Habsburger Monarchie, in derem Völkergemisch es nur 10 % Deutsche (die Österreicher) gab, war schon im Zustand des Verfalls. In falsch verstandener „Nibelungentreue" kam die deutsche Regierung unter dem Kanzler v. Bethmann-Hollweg ihren Dreibundverpflichtungen nach und löste dadurch die Kriegserklärung Rußlands aus. Wir hatten nun den Zweifrontenkrieg, den Bismarck vermeiden wollte. Durch die Kriegserklärung Italiens 1915 wurde er zum Dreifrontenkrieg. Die Einkreisung Deutschlands war auf Betreiben Englands schon mit Frankreich und Rußlands lange vor dem Krieg vereinbart worden. An diese „Entente Cordiale", wie sie genannt wurde, wollte man in Deutschland nicht glauben, denn bei der Hochzeit der Prinzessin Viktoria-Luise 1913 in Berlin hatten sich die drei Monarchen Wilhelm II., König Georg V. und Zar Nikolaus II. noch freundschaftlichst umarmt.

Auf Veranlassung Englands wurde 1920 der Völkerbund gegründet, der den Frieden erhalten sollte. In Wirklichkeit war er ein Machtinstrument Englands und, wie ein Politiker ihn treffend nannte, ein „Affentheater", denn in diesem Bund hatte jeder Staat

das Vetorecht. Außerdem konnte sich stets der Stärkere durchsetzen. Als Mussolini 1935/1936 Abessinien, heute Äthopien genannt, eroberte, wurde die Klage des Kaisers Haile Selassi vom Völkerbund abgewiesen, denn er war der Schwächere.

Deutschland wurde 1926 als Mitglied aufgenommen, trat aber nach der Machtergreifung durch Hitler wieder aus. 1946 löste sich der Völkerbund auf, doch sein prunkvoller Palast steht heute noch, wird aber nur noch selten zu Versammlungen benutzt.

Auch heute bestehen zahlreiche Bündnisse und Verträge, deren Bedeutung unterschiedlich und zum Teil auch fragwürdig ist.

Obwohl der Krieg vor mehr als 20 Jahren beendet wurde, haben wir noch keinen Friedensvertrag mit unseren damaligen Gegnern abschließen können. Trotzdem wurden wir in die Nato (den Nordatlantikpakt) auf Drängen der USA aufgenommen. Konrad Adenauer war damit einverstanden und errichtete — entgegen dem Grundgestz — die Bundeswehr, ohne Gegenleistungen der USA. Die Nato ist inzwischen fragwürdig geworden, weil Frankreich aus ihr austrat, und England sowie die USA. angefangen haben, Truppen aus der Bundesrepublik abzuziehen.

In die UNO (Organisation der Vereinigten Nationen) wurde die Bundesrepublik bisher nicht aufgenommen, wir können daher nicht unser Recht auf Selbstbestimmung, das jedem Negerstaat zugebilligt wird, durchsetzen.

Die Notwendigkeit der von Bismarck 1871 vollzogenen Reichsgründung wird heute bezweifelt, obwohl die nationale Einigung ein selbstverständliches Recht jedes Volkes ist. Auch in Italien hatte der Staatsmann Graf v. Cavour 1861 die Einigung seines Landes durchsetzen können.

Die vom Wirtschaftswunder beeindruckten Bundesbürger haben dagegen nur noch teilweise ein Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands. Manche wollen sogar die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze anerkennen. Auch auf das deutsche Sudetenland soll verzichtet werden, weil das Münchener Abkommen 1938 von Hitler unterzeichnet wurde. Dagegen wird das von Hitler mit dem Vatikan abgeschlossene Konkordat vom 20. 7. 1933 anerkannt.

Die bisher von Rußland straff geleiteten Ostblockstaaten, zu denen, außer den osteuropäischen Ländern, auch Mitteldeutschland, die sogenannte DDR (deutsche demokratische Rupublik) gehört, haben angefangen, sich der sowjetischen Bevormundung zu entziehen. Nur der sowjethörige Walter Ulbricht kämpft weiter für die Teilung Deutschlands.

Durch den Bruderkuß, den Dr. Adenauer von General de Gaulle bekam, dürfen wir uns nicht verblüffen lassen, denn der General hat die Oder-Neiße-Linie anerkannt und wünscht als Nachbar nur ein schwaches Deutschland.

Auch von dem verstorbenen Präsidenten John F. Kennedy haben wir uns täuschen lassen, als er sagte „Ich bin ein Berliner", denn er duldete den Bau der Mauer, die Deutsche von Deutschen trennt.

6. Die Neutralen

Manche Länder des europäischen Kontinents proklamierten ihre Neutralität, weil sie glaubten, hierdurch politische Differenzen und insbesondere Kriege vermeiden zu können. Sie übersahen jedoch, daß mit der Neutralität auch Pflichten verbunden waren, die nicht immer eingehalten werden konnten. Meist waren es kleinere Länder, die in schwierige Lagen kamen, weil sie ihre Neutralität nicht verteidigen konnten.

Hierzu einige Beispiele:

Luxemburg

Dieses Großherzogtum mit deutscher Bevölkerung (1965: 321 000) wurde 1815 deutscher Bundesstaat, machte sich aber 1866 selbständig. Vor dem 2. Weltkrieg errichtete Luxemburg einen Rundfunksender mit großer Reichweite und mißbrauchte ihn zu der von England gesteuerten Hetze gegen das Deutsche Reich. Als dann 1940 deutsche Truppen zum Aufmarsch gegen Frankreich durch dieses kleine Land zogen, entrüsteten sich die Luxemburger sehr, konnten aber mit ihren 100 Soldaten keinen Widerstand leisten und ihre Neutralität nicht verteidigen. Es ist aufschlußreich, daß sich das heutige, immer noch deutsche Luxemburg, amtlich „Grand-Duche de Luxembourg" nennt.

Die Niederlande

Die Bevölkerung ist deutscher Abstammung (Friesen und Franken) und errang nach wechselvoller Geschichte 1648 durch Wilhelm von Oranien seine Freiheit. Gleichzeitig trat dieses Land aus dem Verband des Deutschen Reiches aus und erklärte seine Neutralität, die ihm im Westfälischem Frieden zu Münster 1648 bestätigt wurde.

Die Niederländer glaubten sich durch ihre vielen Flußläufe, Kanäle und Deiche genügend gesichert, um kriegerische Verwicklungen zu vermeiden. Im 1. Weltkrieg blieben die Niederlande neutral, im letzten Krieg konnten sie jedoch ihre Neutralität nicht verteidigen, als deutsche Truppen den Einmarsch erzwangen und anschließend das Land besetzten.

Belgien

9,22 Millionen Einwohner, je zur Hälfte französisch sprechende Wallonen und Flamen, deutscher Abstammung. Von 1815 — 1830 als Königreich der Vereinigten Niederlande mit Holland vereinigt, anschließend unabhängiger Staat und Königreich unter Leopold I. aus dem Hause Sachsen-Coburg.

Im 1. Weltkrieg wurde Belgien durch deutsche Truppen besetzt, hatte von 1920 — 1936 ein Bündnis mit Frankreich und nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1940 kapitulierte die belgische Armee nach kurzem Widerstand. Auch in diesem Falle konnte die Neutralität nicht verteidigt werden. König Leopold III. mußte deshalb abdanken.

Schweden

Dieses Land blieb in beiden Weltkriegen neutral und belieferte uns mit Eisenerz, das für die deutsche Kriegsführung lebenswichtig war. Schweden verlangte die Bezahlung in Gold und wurde dadurch sehr reich. Gegen Ende des zweiten Krieges konnte eine auf dem Seewege von Riga nach Stettin befindliche Division diesen Hafen nicht erreichen und mußte in Schweden landen. Sie wurde, entsprechend dem Völkerrecht, entwaffnet und interniert. Nach dem Kriege verlangte die Sowjetunion die Auslieferung der deutschen Soldaten, und Schweden entsprach, entgegen dem Völkerrecht, dieser Forderung, um sich nicht russischen Repressalien auszusetzen. Viele deutsche Soldaten zogen den Selbstmord der russischen Gefangenschaft vor, doch unter russischem Druck wurden dann weitere Selbstmorde gewaltsam verhindert. Schweden konnte und wollte seine Neutralität nicht verteidigen.

Norwegen

Von dem eisfreien norwegischen Hafen Narvik konnte auch im Winter ein großer Teil unserer Erzlieferungen innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer, entlang der Küste nach Deutschland verfrachtet werden. Voraussetzung war, daß England diese neutrale Zone respektierte. Obwohl hierfür keine Sicherheit bestand, hatte die deutsche Marineleitung unter Admiral Raeder keine Vorbereitungen für den Fall einer britischen Landung in Norwegen getroffen. Dies war erstaunlich, denn seit den Zeiten Moltkes war es für den Generalstab eine Selbstverständlichkeit, jede nur denkbare Lage zu prüfen und entsprechende Maßnahmen vorzubereiten.

Admiral Raeder jedoch dachte anders und erst als sichere Nachrichten über eine von England beabsichtigte Landung vorlagen, entschloß er sich, Hitler hierüber zu berichten. Raeder äußerte seine Besorgnis über diese Lage, schlug aber vor, weiter passiv zu bleiben.

Nachdem das Troßschiff „Altmark" von dem britischen Zerstörer „Cossack" aufgebracht worden war und die anwesenden norwegischen Torpedoboote dies geduldet hatten, ordnete er die Besetzung Norwegens als einen Akt der Notwehr an.

Es stellte sich heraus, daß wir der geplanten britischen Landung in Norwegen nur um einen Tag zuvorgekommen waren. Die Norweger wehrten sich tapfer, doch ohne Erfolg. Auch sie hatten ihre Neutralität nicht wahren können.

Anderrseits bestand kein Zweifel darüber, daß eine britische Landung geduldet und vielleicht sogar begrüßt worden wäre, denn England war noch immer eine Weltmacht, obwohl sein Weltreich bereits vom Verfall bedroht war.

Die Schweiz

Auch dieses Land hatte sich, wie die Niederlande, 1648 vom Verbande des Deutschen Reiches gelöst, weil es sich durch die Natur seines Hochgebirgslandes ausreichend gesichert glaubte. Die Einwohnerzahl beträgt heute 5,8 Millionen, von denen 72 % Deutsche, 20 % Franzosen und 5,9 % Italiener sind. Deshalb hat die Schweiz drei

amtliche Namen: Schweizer Eidgenossenschaft, Confédération Suisse und Confederazione Svizzera. Nationalheld ist der sagenhafte Wilhelm Tell, der um 1300 den Fronvogt Geßler aus dem Hinterhalt erschoß. Im Gegensatz zu ihm hatte später Andreas Hofer sein Land Tirol in offenem Kampfe gegen Napoleon verteidigt.

Das Sicherheitsgefühl der Schweiz wurde erschüttert, als 1939 die Gefahr eines 2. Weltkrieges nicht mehr zu übersehen war. In aller Eile wurden neue Waffen eingeführt, die Dienstzeit verlängert und durch die Bundesversammlung, nach schweizer Brauch, ein General gewählt. Es war dies der schon 65jährige General Henri Guisan, der vom Bundesrat nur sehr allgemeine Weisungen bekam: Er sollte die Unabhängigkeit des Landes behaupten, gleichzeitig aber auch die Neutralität wahren. Guisan ordnete die Mobilmachung an und bezog Grenzschutzstellungen mit dem Schwerpunkt im Norden und Nordwesten. Als nach dem deutschen Frankreichfeldzug die Lage der Schweiz ernster wurde, versammelte der General alle seine Kommandanten auf der „Rütliwiese“ und nannte dies Ereignis einen Markstein in der schweizer Geschichte. Im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit erließ er zahlreiche Armeebefehle, in denen er Tapferkeit und Mut zum Durchhalten verlangte. Außerdem ließ er ein „Reduit“, gemeint war eine Kernbefestigung, vorbereiten, die seinen Truppen eine letzte Zuflucht bieten sollte; doch dazu kam es nicht.

Als nach beendetem Frankreichfeldzug deutsche Truppen an der schweizer Grenze Ruhequartiere bezogen hatten, benutzten einige Soldaten diese Zeit der Muße zu kleinen Ausflügen auf schweizer Gebiet; sie wurden weder durch den Zoll noch durch den schweizer Grenzschutz behindert, obwohl sie unbewaffnet waren.

Zu einer Besetzung der Schweiz kam es nicht, denn Deutschland hatte andere Sorgen.

In seiner Abschiedsrede nach dem Ende des Krieges bediente sich General Guisan zahlreicher französischer Redewendungen, wie „citoyens-soldats“ und „l'esprit de caserne“ (Kasernengeist), und bedauerte auch, daß seine Truppe keine „Feuertaufe“ erhalten habe. Auffallend ist, daß die Soldaten der Schweiz nach deutschem Muster bekleidet sind, während der General und die Offiziere französische Uniformen trugen.

Die strikte Neutralität der Schweiz muß bezweifelt werden, wenn man sich daran erinnert, daß Lenin Asyl geboten wurde, um seine Revolution in Rußland vorzubereiten. Die Schweiz nahm auch bereitwillig sogenanntes Fluchtkapital auf, als Deutschland eine Devisensperre angeordnet hatte.

Österreich

Zur Zeit Kaiser Karls des Großen war das heutige Österreich die Ostmark des Deutschen Reiches und später das Kernland der Habsburger Monarchie. Nach dem 1. Weltkrieg wünschte Österreich den Anschluß an das Deutsche Reich, doch im Friedensvertrag von St. Germain (1919) wurde dieser Antrag abgewiesen. Nach dem Einzug deutscher Truppen am 13. 3. 1938 wurde die Rückkehr zum Reich leidenschaftlich begrüßt, abgesehen vom damaligen österreichischen Kanzler Schuschnigg und seinen politischen Freunden.

Nach 1945 wurde Österreich wieder vom Deutschen Reich getrennt, und wieder gegen den Wunsch seiner Bevölkerung. Bundeskanzler Raab erreichte den Abzug der alliierten Truppen, mußte sich aber im Staatsvertrag von 1955 zu „immerwährender Neutralität" und zum Anschlußverbot an Deutschland verpflichten.

Manche österreichische Politiker sind päpstlicher als der Papst und behaupten sogar, die Österreicher wären keine Deutschen.

Diese Betrachtungen führen zwangsläufig zu dem Schluß, daß kleine neutrale Länder sich an größere anschließen sollten. Besser noch wäre eine Vereinigung aller europäischen Länder zu einer „Europa-Union". Die 300 Millionen sind durchaus in der Lage, ihren Kontinent selbst zu verteidigen und könnten wahrscheinlich auch einen Atomkrieg vermeiden.

III. Angewandte Politik

Man sagt, die Geschichte werde vom Sieger geschrieben und fast möchte es uns so scheinen, weil uns auch nach dem 2. Weltkrieg alle Schuld zugeschoben wurde. Da aber Siegersein kein Dauerzustand ist, kann seine Geschichtsschreibung auch nur zeitliche Bedeutung haben. Erst die Weltgeschichte, die das Weltgericht ist, spricht zu gegebene Zeit ihr unbestechliches Urteil.

Die Propagandalügen vom deutschen Militarismus und seinen angeblichen Welteroberungsplänen haben keine ängeren Beine als die Kriegsschuldlüge von Versailles.

Pyrrhus hatte einst gegen Rom einen Sieg errungen, der sich im Endeffekt als Niederlage herausstellte. Englands Siegerfanfaren von 1945 sind längst Trauerweisen gefolgt. Indien, die Quelle von Englands Reichtum, ging verloren, andere Besitzungen folgten und nun hat der „große alte Mann" auch dem Verzicht auf das persische Öl und der Räumung des Suezkanals zugestimmt. Der scheinbar unverwüstliche Churchill zeigte noch in Yalta das fröhliche Grinsen eines Schulbuben nach gelungenem Streich. Bei den Verhandlungen mit Eisenhower sah man nur noch einen bekümmerten Greis, der seine letzten Kräfte dafür einsetzte, den dritten Weltkrieg zu verhindern. Er wußte, daß seine Tage gezählt waren und beendete die Niederschrift seiner Erinnerungen. Vielleicht stellte er sich dabei auch einmal vor, wie das Englische Weltreich heute noch aussehen könnte, wenn es das deutsche Friedensangebot nach dem Polenfeldzug angenommen hätte.

Frankreich glaubte das Ende des kolonialen Zeitalters ignorieren zu können und führte einen ebenso kostspieligen wie sinnlosen Krieg in Indochina, vorwiegend mit amerikanischem Geld und fremden Blut. Den endlich zustandegekommenen Waffenstillstand, der nur eine vollständige, wenn auch in Raten erfolgende Kapitulation bedeutet, verbuchte es wie üblich als großen Erfolg.

Man sollte geschichtliche Vorgänge weder durch die rosenrote Brille des Optimismus noch durch die dunklen Gläser der Verärgerung betrachten, sondern sich bemühen, einen objektiven d. h. übernationalen Standpunkt einzunehmen.

So soll in den nachfolgenden Betrachtungen am Ablauf der ereignisreichen letzten fünfzig Jahre geprüft werden, ob und inwieweit er den naturgesetzlichen Grundlagen und auch den Erkenntnissen der formalen Politik entspricht.

1. Die Welt um 1900

Um die Zeit der letzten Jahrhundertwende sah es auf dieser Erde nicht schlecht aus. Im großen und ganzen waren die Menschen mit sich und der Welt zufrieden. Abgesehen von inneren sozialen Spannungen und gelegentlichen Kriegen, die weitab von der westlichen Welt — Europa und Amerika — geführt wurden, herrschte Frieden und auch die Zukunft schien zu Besorgnissen keinen Anlaß zu geben. Die größeren Völker hatten sich zu nationalen Staaten vereinigen können, zuletzt auch Italien und Deutschland. In den Grenzgebieten gab es nationale Minderheiten, die mehr oder weniger

leidenschaftlich um die Erhaltung ihres Volkstums zu kämpfen hatten; aber damit hatte man sich abgefunden. Für Deutschland hatte Bismarck schon erklärt, daß es saturiert, daß heißt befriedigt sei und keine weiteren Forderungen zu stellen habe. Es hatte sogar einige Kolonien erworben und begann mit deren Erschließung.

Die Völker hatten aber nicht nur ihre nationale Einigung erreicht, sondern waren sich auch gegenseitig näher gekommen. Infolge der schnellen Entwicklung der Verkehrsmittel konnten außer den Geschäftsleuten auch andere Menschen auf Reisen gehen und sich die Welt ansehen. Man fing an, sich über die eigenen Grenzen hinaus verstehen und schätzen zu lernen. Hieran waren vorwiegend die besser gestellten Kreise beteiligt, aber diese waren recht groß, da ja die industrielle Entwicklung des letzten Jahrhunderts zu Reichtum in allen hieran beteiligten Ländern geführt hatte. Wenn es doch einmal zu einem Kriege kommen sollte, so meinte man in diesen internationalen Gesellschaftskreisen, dann mögen das die Soldaten unter sich abmachen. Uns geht das nichts an, denn wir haben rein wirtschaftliche Interessen, und Kapital ist in gemeinsamen Unternehmungen investiert.

Aber auch die breiten Massen der Arbeiter in den verschiedenen Ländern hatten durch den Marxismus internationale Beziehungen aufgenommen und eines ihrer Ziele ging dahin, jeden Krieg durch Dienstverweigerung zu verhindern. Was wollte man mehr, um rosig in die Zukunft zu sehen?

Heute wissen wir aus sehr bitteren Erfahrungen, was man sich damals schon auf Grund nüchterner Überlegungen hätte sagen müssen: Der Weltfriede wird immer an der Unzuverlässigkeit der Menschen und Völker scheitern und die Naturgesetze sind unabänderlich. Das alte Sprichwort — es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt — hatte noch immer seine Gültigkeit. Denkbar wäre ein Weltfriede nur dann, wenn ein Staat so überragende Machtmittel in der Hand hätte, daß er alle Streitigkeiten der übrigen Völker mit Gewalt hätte verhindern können. Aber auch dieser Staat würde — ebenso wie Rom — keinen ewigen Bestand haben.

Damals vor rund 50 Jahren besaß England scheinbar diese Macht, denn es hatte die Herrschaft über einen großen Teil der Erde an sich gerissen. Dieses mächtige Empire schien auch gegen jede innere und äußere Gefahr gesichert zu sein. Durch seine Insallage war es unangreifbar, und durch seine übermächtige Flotte war auch sein Überseebesitz gesichtert. So schien es, und doch war Englands Empire das einzige Reich, in dem ernste Sorgen herrschten. Das klingt unwahrscheinlich, und doch war so.

Um dies zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die englische Flotte an jeder Stelle des Erdballes Stützpunkte besaß, von denen sie versorgt werden konnte. Zur Zeit der Segelschiffe war das sehr einfach; man brauchte eigentlich nur Lebensmittel und Wasser zu ergänzen, und gegebenenfalls auch die Munition. Reparaturen an hölzernen Schiffen waren auch mit geringen Mitteln durchführbar. Fiel gelegentlich ein Stützpunkt durch Feindeinwirkung aus, dann war das ohne Bedeutung, denn die geringen Bedürfnisse der damaligen Marine waren fast überall zu befriedigen.

Mit Einführung stählerner und mit Maschinenantrieb versehener Schiffe änderte sich dieser Zustand grundlegend. Durch Verwendung von Kohle und später Öl war die Reichweite der Kriegsschiffe gegenüber den alten Segelschiffen beschränkt. Die Stützpunkte gewannen an Bedeutung, denn sie mußten außer großen Treibstoffvorräten auch umfangreiche Werftanlagen zur Instandhaltung der immer komplizierter werdenden Ausrüstung und Bewaffnung der Schiffe erhalten. Der Treibstoff einer Flotte reichte oft nur bis zum nächsten Stützpunkt. Fiel der aus, dann konnte die geplante Aktion nicht weitergeführt werden. Bewaffnung und Besatzung der Stützpunkte mußten also verstärkt werden.

Der Hauptverbindungsweg Englands zu seinen Besitzungen im fernen Osten führte seit der Fertigstellung des Suezkanals durch das Mittelmeer. Um diese Verbindung sicher benutzen zu können, mußte es Europa beherrschen. Die Beherrschung Europas war also die Voraussetzung für die Sicherheit des Weltreiches. Mna hatte sich daran gewöhnt, daß England diese Beherrschung Europas durch seine angeblichen Bemühungen um das „Gleichgewicht" in Europa tarnte. Dieses „Gleichgewicht" schien nach englischer Auffassung nicht mehr vorhanden zu sein, seit Deutschland sich zu einer Großmacht entwickelt hatte. So behauptete man es wenigstens jenseits des Kanals. In Wirklichkeit wußte man dort aber sehr gennau, daß selbst eine der englischen ebenbürtige deutsche Flotte niemals eine wirkliche Gefahr werden konnte, weil sie in der Nordsee, dem sogenannten nassen Dreieck, eingeschlossen war und vor allem, weil sie keine Stützpunkte besaß. Die deutschen Küsten waren also durch die englische Flotte leicht zu blockieren, und allein hierdurch konnte Deutschland niedergezwungen werden. denn es war ja auf die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Übersee angewiesen. Immerhin aber war ein starkes Deutschland unerwünscht, denn es hätte ja irgendwie auch eine Einigung Europas herbeiführen können. Das aber durfte England niemals dulden.

Die einzige wirkliche Gefahr für Englands Besitzungen war das zaristische Rußland, seitdem es unter Peter dem Großen seinen Drang nach eisfreien Häfen zu erkennen gegeben hatte. Es erstrebte den Zugang zum Mittelmeer und zum Indischen Ozean. So war Rußland eine unmittelbare Gefahr für Indien und bedrohte auch den Weg dorthin durch seinen Anspruch auf die Dardanellen. Rußland war also seit 200 Jahren der einzige gefährliche Gegner Englands. Zudem konnte dieses Land von England nicht angegriffen werden. Die englische Flotte konnte gegen Rußland nichts unternehmen, denn zu blockieren war es nicht, und zu einem Landkrieg gegen Rußland fehlten in England alle Voraussetzungen.

So wird es verständlich, daß England immer Wege gesucht und leider auch gefunden hat, um andere Völker für seine Rechnung gegen Rußland kämpfen zu lassen, um es dadurch niederzuhalten und von Indien bzw. den Dardanellen abzudrängen.

Als Rußland im Krimkrieg (1853—1856) einen Vorstoß auf die Dardanellen unternahm, gelang es England, dem verbündeten Frankreich, das dort gar keine eigenen Interessen zu vertreten hatte, die Hauptlast dieses Kampfes zuzuschieben. Auch Österreich und Sardinien wurden veranlaßt, sich zu beteiligen. Rußland erreichte sein Ziel nicht, denn es verlor den Krieg. Die Bedrohung für England blieb aber bestehen, denn Rußland konnte ja wegen der ungeheuren Größe seines Gebietes und der Unerschöpflichkeit seiner Menschenmassen niemals ganz ausgeschaltet werden. Am wenigsten durch England selbst, das im Mutterland nur ein Armeekorps und eine Kavalleriedivision besaß und dessen Flotte trotz ihrer Stärke gegen Rußland unwirksam war.

Immer wieder mußten von Engand neue Wege gesucht werden, um Rußland so oft wie möglich einen wirksamen Schlag zu versetzen und damit dessen eigenen Angriffsabsichten zuvorzukommen. Naturgemäß mußte bei solchen Erwägungen der Blick Englands auf das seit 1870 geeinte Deutschland und seine leistungsfähige Armee stoßen. Im Jahre 1901, als es durch den Burenkrieg selbst stark gebunden war, bechloß es in diesem Sinne zu handeln. Die englischen Staatsmänner waren einfältig genug zu glauben, daß Deutschland, wenn es von der stärksten und angesehensten Macht der Erde die Erlaubnis erhielt, Rußland anzugreifen, sich so geehrt fühlen würde, sofort den Kampf zu beginnen. Der Form halber hatte England auch einen Bündnisvertrag angeboten, obwohl es nach alter Gewohnheit weder gewillt noch wegen des Burenkrieges in der Lage war, Deutschland bei einem Angriff auf Rußland zu unterstützen.

Bekanntlich lehnte Kaiser Wilhelm II. dieses Angebot entrüstet ab *). Wie sollte er auch einen solchen Krieg, für den nicht der geringste Anlaß vorlag, vor dem deutschen Volke und seinem eigenen Gewissen verantworten?

In diesem Zusammenhang dürfte es zweckmäßig sein, daran zu erinnern, daß fast zu gleicher Zeit Wilhelm II. von Frankreich und Rußland aufgefordert wurde, sich an einem Überfall auf Englands Seeverbindungen zu beteiligen. Dies hätte für England, das immer noch gegen die Buren im Kampfe stand, verhängnisvoll werden können. Auch in diesem Fall lehnte der Kaiser ab und unterrichtete England sofort von diesem geplanten Anschlag. Den Dank Englands dafür erntete er dann durch die von England gesteuerte Einkreisung Deutschlands, die zum 1. Weltkrieg führte **).

Beide Ereignisse aber werfen ein Licht auf die tatsächliche Einstellung des als kriegslüstern verleumdeten deutschen Kaisers und auch Beispiele für die Leichtfertigkeit, mit der damals — man lebte ja noch in der Zeit der Kabinettskriege — solche Kriege angezettelt wurden.

---

*) Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten S. 88 und 89.

**) Wilhelm II. S. 72.

Da Deutschland sich einem Krieg gegen Rußland versagte, kam man auf den Gedanken, Japan einzuspannen. Dieses Land, das sich innerhalb von 50 Jahren zu einer Großmacht entwickelt hatte, war überbevölkert und mußte daher versuchen, seinen Lebensraum zu erweitern. Infolge von Versprechungen, die von England nachher nicht eingehalten wurden, ließ sich Japan zum Kampf gegen Rußland bewegen. Die russische Flotte wurde vernichtet und auch die russische Armee erlitt schwere Niederlagen. Eine Folge hiervon waren die schweren inneren Erschütterungen des Jahres 1905 mit der Meuterei der Schwarzmeer-Flotte. Von diesen inneren Spannungen fürchtete England, daß sie — wie das schon oft in der Geschichte vorgekommen war — sich nach außen hin entladen könnten. Sicher aber nicht im Fernen Osten, wo Rußland sich soeben die Finger verbrannt hatte, sondern eher in der traditionellen Richtung auf die Dardanellen. Diese immer wieder auftauchenden Bestrebungen gingen schon auf Peter den Großen zurück und waren auch verständlich, denn dieses Land mit seiner großen Ausdehnung besaß keinen eisfreien Hafen. Port Arthur und Wladiwostok an der Ostküste Asiens lagen zu weit ab, um praktische Bedeutung zu gewinnen.

In den Bemühungen, Rußland erneut in einen Krieg zu ziehen, richtete sich Englands Blick wieder auf Deutschland. Wie aber sollte man es zum Kampf zwingen, da sich der Kaiser hierzu nicht bewegen ließ?

Die englischen Staatsmänner fanden eine echt englische Lösung. Auf dem Umweg über die deutsche Einkreisung entfesselten sie den 1. Weltkrieg. Rußland war aus den schon genannten Gründen leicht zur Teilnahme zu bewegen, und Frankreich glaubte in einer so starken Koalition, wie der „Entente cordiale" mühelos seine alten Rachegelüste befriedigen zu können. Zunächst liefen die Dinge nicht nach Englands Wunsch. Man hatte dort wohl gehofft, Deutschland würde sich zunächst Rußland als seinem stärksten Gegner zuwenden. Statt dessen kam es zu dem auch für England sehr verlustreichen Stellungskrieg im Westen, und erst im Oktober 1917 endete der Kampf gegen Rußland mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches. Durch die Revolution und ihre Folgen schien Rußland wieder auf den Stand eines reinen Agrarlandes zurückgeworfen und dadurch für alle Zeiten ungefährlich geworden zu sein. So glaubte man in London nun auch unbedenklich Deutschland mit Hilfe der USA als Machtfaktor beseitigen zu können.

Darüber hinaus konnte man wegen der hohen eigenen Verluste und der Einbuße an Weltgeltung im Verein mit Frankreich seinen Haßgefühlen freien Lauf lassen. Lloyd George wollte den deutschen Kaiser in einem eisernen Käfig durch die Straßen Londons fahren lassen und dann aufhängen. Die „Hunnen" sollten zur „Wiedergutmachung" so lange gepreßt werden, „bis man die Knochen krachen höre". In diesem Haßausbruch traf er sich ganz mit den Empfindungen des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Die echt englische Äußerung Lloyd Georges klang schon ganz anders als die 14 Punkte Wilsons vor den Waffenstillstandsverhandlungen 1918. Schon vorher hatte man versichert, der Krieg würde nur gegen den Kaiser und nicht gegen das deutsche Volk geführt. Der Rat Hindenburgs war für ihn ausschlaggebend, auf den Thron zu verzichten und nach Holland zu gehen. Dann hieß es, wir sollten nur erst einmal die Waffen niederlegen. Dann gäbe es einen gerechten Frieden. Unsere Gegner kannten die deutsche Gutgläubigkeit und hatten sie in Rechnung gestellt, um zum Ziele zu gelangen. Das gleiche Spiel wiederholte sich im 2. Weltkrieg. Der Kreml versicherte, die deutschen Soldaten sollten nur den Kampf einstellen, dann würden sie sogleich in die Heimat entlassen! Im übrigen ist dieser Kunstgriff uralt. Julius Caesar versicherte den Galliern auch, nur gegen ihren Führer Vercingetorix zu kämpfen. Er ließ ihn 54 v. Chr. hinrichten und unterwarf dann Gallien völlig dem römischen Weltreich.

Dementsprechend war auch das Diktat von Versailles abgefaßt. Seine Krönung aber war die unsern Vertretern abgezwungene Erklärung der alleinigen Schuld am Kriege. Wenige Jahre darauf hat kein Historiker von Bedeutung diese üble Geschichtsfälschung anerkennen wollen. Trotzdem änderte sich nichts. Das deutsche Volk sollte auf Generationen hinaus Fronarbeit leisten und lebenswichtige Gebiete wurden ihm entrissen. Elsaß-Lothringen wurde uns ohne Abstimmung von Frankreich geraubt und das Saargebiet für 15 Jahre enteignet mit der Absicht, es bis dahin für eine Abstimmung zugunsten Frankreichs gefügig zu machen. Im Osten fielen lebenswichtige Agrar- und Industriegebiete an Polen. Ostpreußen wurde vom Reich getrennt und Danzig ebenfalls. Auch das Ruhrgebiet wollte sich Frankreich durch Gewalt aneignen, doch dies wurde von England verhindert. Eine wirtschaftliche Monopolstellung Frankreichs war ihm unerwünscht.

Um ganz sicher zu gehen, bildete man um das entwaffnete und zerstückelte Deutschland als Sicherheitsgürtel noch die „kleine Entente" (Tschechei, Jugoslawien, Rumänien). Der Haltung Polens war man sicher. So glaubten die Siegerstaaten für alle Zeiten eine Endlösung gefunden zu haben.

Es ist notwendig, sich diese bekannten Ereignisse immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen; denn ihr Verlauf bestätigt uns die grundsätzlichen Charaktereigenschaften der beteiligten Völker und auch ihre grundlegende politische Einstellung gegenüber dem deutschen Volk. Dieses hatte keinem seiner Gegner auch nur den geringsten Anlaß zu einem Kriege gegeben. Frankreich aber verfolgte nach wie vor die Politik Richelieus, d. h. die Zerstückelung Deutschland, und England wollte seine Herrschaft über Europa und damit über Deutschland nicht aufgeben. Dieses aber hatte nur den Fehler begangen, aus seiner eigenen friedlichen Einstellung heraus die Absichten der Gegner zu unterschätzen und sich nicht ausreichend für den zu erwartenden Angriff zu rüsten. Es besaß keinen Staatsmann, der die Denkweise unserer Gegner nüchtern in Rechnung stellte und dementsprechend handelte. Man wollte einen Krieg unter allen Umständen vermeiden und ließ die Dinge treiben, bis die Gegner ihre Bündnisse geschlossen hatten und uns überlegen waren.

Den gleichen Fehler hat sogar Bismarck begangen, als 1866 nach dem Siege bei Königgrätz feststand, daß Frankreich einen Krieg gegen Preußen haben wollte (Rache für Sadowa). Frankreich war damals noch nicht für einen Krieg gerüstet. 1870 aber hatte es bereits das dem deutschen Zündnadelgewehr mit seiner Schußweite von nur 600 m überlegene Chassepotgewehr, das 1000 m weit reichte und provozierte den Krieg. Die Folge für Deutschland waren hohe blutige Verluste und ein langer Krieg, in dem seine materielle Unterlegenheit nur durch die Kriegskunst Moltkes ausgeglichen werden konnte. Ähnlich stand es vor dem 1. Weltkrieg. Der für uns richtige Zeitpunkt wäre 1906 gewesen, als Rußland die Niederlage gegenüber Japan noch nicht überwunden hatte. Da man sich scheute, der erkannten Einkreisung zuvorzukommen, versäum-man den geeigneten Zeitpunkt, rüstete sich auch nicht einmal für die kommende Auseinandersetzung und erlitt infolgedessen einen ungeheuren Zusammenbruch.

Gleich nach dem 2. Weltkrieg, als die Westmächte die wahren Absichten der Sowjetunion endlich erkannten, war der richtige Zeitpunkt da, diesen Plänen zuvorzukommen. Die Sowjetunion war vom Kriege erschöpft und hatte die Hungersnot im Lande, während die Westmächte mit ihren ungeschwächten Land- und Luftstreitkräften auf dem Kontinent versammelt waren. Die Anwesenheit dieser Streitmacht in Verbindung mit der weltpolitischen Machtposition, die sich die USA damals erworben hatten, hätte genügt, die Sowjets kampflos nach Hause zu schicken. Im Gegensatz hierzu hatte Hitler 1941 den richtigen Augenblick für den Angriff gegen Rußland — ganz im Sinne der Lehre Moltkes — wahrgenommen. Er kam dem erkannten Angriff zuvor.

Doch wir wollen dem Ablauf der Ereignisse nicht vorgreifen. Wie es bei kurzsichtigen Staatsmännern immer der Fall ist, hatte man in England und Frankreich nach dem Versailler Diktat gelaubt, Deutschland für alle Zukunft ausgeschaltet zu haben. Man hielt auch ein späteres Wiedererstarken der aus dem Zarenreich entstandenen Sowjetunion für ausgeschlossen, denn dort handelte es sich ja angeblich um ganz primitive Völker, die nach Vernichtung ihrer führenden Oberschicht niemals gefährlich werden konnten. Das krasse Gegenteil trat ein. Die russische Gefahr für England wuchs mit jedem Tage. Was nun? Deutschland, den bisherigen Schutzwall, hatte man entwaffnet. Wen sollte man nun gegen Rußland einspannen? Man konnte sich doch nicht die politische Blöße geben und Deutschland seine Freiheit auf allen Gebieten zurückgeben! Das hieße ja den „geheiligten Vertrag" von Versailles annullieren. Man ließ also in echt englischer Art alles gehen wie es ging. Nur Ende der zwanziger Jahre ließ man Deutschland, das inzwischen den Vertrag von Rapollo mit der Sowjetunion geschlossen hatte, englischerseits wissen, man würde einer Vermehrung des Reichsheeres von 100 000 auf 300 000 Mann keine Schwierigkeiten entgegenstellen, wenn Deutschland seine geheimen Verbindungen mit Rußland aufgeben würde. Bekanntlich hatte Deutschland seit 1924 Ausbildungslager für Flieger und Panzertruppen in Rußland. (Bezeichnenderweise waren

die Flugzeugmotoren für diese Unternehmungen von England geliefert worden.) Dies alles spielte sich natürlich hinter den Kulissen ab, und Deutschland erhielt auf diese Weise zuerst einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse der soeben entstandenen Sowjetunion.

Noch war in England die Größe der von Rußland drohenden Gefahr nicht erkannt. Aber man begann doch wieder Ausschau nach einem „Festlanddegen" zu halten, der auf Englands Wink hin die Russen abstoppen sollte. Frankreich, das sich so oft schon hatte einspannen lassen, schied aus, denn es hatte den Abstieg seiner Wehrkraft schon im letzten Kriege erkennen lassen und konnte daher den 200 Millionen Sowjetmenschen niemals gewachsen sein. Und wie hätte man die Franzosen zu einer Wiederholung des napoleonischen Zuges von 1812 bewegen sollen? Japan hatte seine Erfahrungen vom russisch-japanischen Krieg sicher nicht vergessen, und die USA sahen auch nicht so aus, als ob sie für England Kastanien aus dem Feuer holen würden. Es blieb also wieder nur Deutschland hierfür übrig. Aber auch die schon erwähnte Verstärkung des Reichsheeres, die ja unterblieb, hätte nicht annähernd genügt, um ein Gegengewicht gegen Rußland zu bilden. Da am Versailler Diktat nicht zu rütteln war, entschloß man sich, es langsam abzubauen. Anfänge hierfür waren schon im Locarno-Pakt zu erkennen, wenn sie auch mehr durch wirtschaftliche Erwägungen bestimmt waren. Den Anstoß zu einer moralischen Rehabilitierung Deutschlands gab Lloyd George mit der Bemerkung: „Alle beteiligten Völker sind in den Weltkrieg **hineingeschlittert**". Damit war die Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands zwar praktisch erledigt, aber im Sinne der Wünsche Englands noch nicht erreicht. Außerdem blieb es ein unlösbares Problem, wie man Frankreich, das sich trotz der Kampfunfähigkeit Deutschlands die kostspielige Maginotlinie gebaut hatte, für eine Aufrüstung Deutschlands gewinnen sollte.

2. 1933

Um die englischen Sorgen zu beheben, bedurfte es eines Wunders und dies ereignete sich im Jahre 1933. In Deutschland kam ein Mann zur Macht, der sich über alle Bindungen des Versailler Diktats hinwegsetzte, das deutsche Reich wieder stark und unabhängig machte und schließlich das Werk Bismarcks vollendete, in dem er den Anschluß Österreichs und des Sudetengebietes erreichte. Vorher waren schon das Saar- und das Memelgebiet wieder eingegliedert worden. Zur Sicherung dieses nunmehr in seinem Lebensraum vereinigten deutschen Reiches schuf er eine starke Wehrmacht. Sie sollte dazu dienen — möglichst ohne Kampf — auch die geraubten Ostgebiete wieder zu befreien.

Die Ereignisse überstürzten sich. Die Wehrfreiheit wurde verkündet und bald darauf das ungeschützte Gebiet westlich des Rheins, die sogenannte entmilitarierte Zone wieder besetzt. Wie zu erwarten, krähte der gallische Gockel gewaltig auf. Er wurde aber von England, das sich ob solcher Eigenmächtigkeit Deutschlands ebenfalls, wenn auch nur scheinbar, entrüstete, von gewaltsamen Gegenmaßnahmen zurückgehalten. Diese Haltung Englands ist zu auffallend, um mißverstanden zu werden. Damals hatte die Aufrüstung eben erst begonnen und über den Rhein waren nur sehr schwache Kräfte geschickt worden. Mit Leichtigkeit hätte Frankreichs in ständiger Kriegsbereitschaft befindliche „armée de couverture" die Lage wiederherstellen können. England sorgte aber dafür, daß Hitler bei dieser Gelegenheit und auch später beim Anschluß Österreichs an das Reich nicht gehindert wurde, denn er konnte ja für die ihm zugedachte Aufgabe — den Kampf gegen Rußland — garnicht stark genug sein. Nach dem Kampf würde das deutsche Volk genau wie 1918 so geschwächt sein, daß man es ohne eigene Opfer wieder unterwerfen könnte.

Dieses Spiel durchschaute Hitler **nicht!** Er glaubte vielmehr, daß man ihm, dem „starken Mann", keinen Widerstand leisten könne. Außendem hoffte er, wie damals Wilhelm II., wenn auch aus anderen Gründen auf eine Verständigung mit England.

So schienen die Dinge für England erfolgreich weiter zu gehen, bis ganz Böhmen und Mähren besetzt und zum deutschen Protektorat erklärt wurden. Dies war für England allerdings alles andere als erwünscht. Man hatte sich die Tschechei als eine Art Flugzeugträger gedacht, von dem aus man Berlin gegebenenfalls leicht vernichtend hätte angreifen können. Der Flugbereich der damaligen Flugzeuge war noch zu beschränkt, als daß man dies von Frankreich oder gar von England aus hätte erreichen können. Die Mittel, die man der Tschechei für Waffen und Grenzbefestigungen in der Art der Maginotlinie hatte zukommen lassen, waren verloren.

Der englische Plan und seine Verwirklichung trat nun in ein entscheidendes Stadium. Es war für England nicht schwer, zu erkennen, daß Hitler sich nun auch um die Beseitigung der letzten Fesseln von Versailles bemühen würde, d. h. um die Befreiuung der ge-

raubten Ostgebiete. Hier sollte nun der Konflikt entstehen, der zu dem von England gewünschten Kriege zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion führen sollte. Churchill selbst plauderte es aus, als er am 3. September 1939 im Unterhaus verkündete: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg". Man hatte auch die Großmannssucht der polnischen Führerschicht richtig enigeschätzt und wußte, daß Polen die deutschen Gebiete niemals freiwillig zurückgeben würde. Eine deutsche Machtergreifung nach Osten, die es womöglich blockadefest gemacht hätte, widersprach ja auch der grundsätzlichen politischen Einstellung in England wie auch in Frankreich. So hetzte man Polen zum Widerstand und zur Mißhandlung der deutschen Bevölkerung auf. Die deutschen Schulen wurden geschlossen und alle deutschen Vereine aufgelöst. Die Deutschen in Polen waren vogelfrei. Bei der Maiparade in Warschau brüllten die Zuschauer: „nach Berlin, nach Danzig". Auch als 1300 Deutsche in Polen ermordet wurden, bemühte sich Hitler weiter um eine friedliche Verständigung mit Polen. Der deutsche Botschafter in Warschau, v. Moltke, hielt es im Gegensatz zu Hitlers Ratgebern eine friedliche Lösung des Konflikt für unmöglich, selbst wenn Polen bei anderen Staaten keine Unterstützung fände.

Wer heute glaubt, die deutschen Ostgebiete wären uns wie reife Früchte eines Tages von selbst wieder zugefallen, dem ist nicht zu helfen!

England schloß dann mit Polen den berüchtigten Garantievertrag. Bezeichnend für England aber ist es, daß es diesem als Opfer ausersehenen Land nicht einmal eine Anleihe zur Verstärkung seiner Rüstung bewilligte. Man hatte Polen von vornherein abgeschrieben; es sollte nur dazu dienen, einen Zusammenstoß zwischen Deutschland und der Sowjetunion herbeizuführen.

Dieser Vorgang ist so ungeheuerlich, daß er selbst in England nicht unbeachtet bleiben konnte. Der bekannte englische Historiker L. B. Namier sagt in seinem Werk „Diplomatisches Vorspiel 1938-39": „Als Britannien die Garantie an Polen anbot, handelte es leichtsinnig, aber ebenso handelte Polen leichtsinnig, als es die Garantie annahm — beide scheinen in ihr eher einen Zug im diplomatischen Spiel, als eine Verpflichtung gesehen zu haben, die nach allen Seiten erwogen und überdacht und in militärischen Abmachungen ihren letzten Ausdruck finden mußte".

Dazu kam, daß England weder den Willen noch die Möglichkeit hatte, seinen Verpflichtungen gegenüber Polen nachzukommen; ganz abgesehen davon, daß es wohl andere für sich kämpfen läßt, aber sich nicht selbst für ein anderes Volk einzusetzen pflegt. So hatte Hitler nicht mit einer Kriegserklärung Englands und seines Vasallen Frankreich rechnen können, zumal er kurz vorher den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen und Rückendeckung nach Osten erreicht hatte.

Kurz nach Beginn des deutschen Feldzuges in Polen griff auch die Sowjetunion gegen Polen in den Kampf ein. Entsprechend der Garantieerklärung hätte England nun auch der Sowjetunion den Krieg erklären müssen. Indem es dies unterließ, hatte es seine Karten aufgedeckt und gleichzeitig die Maske des Beschützers kleiner Völker fallen lassen müssen. Der zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossene Nichtangriffspakt hatte England das Konzept zu seinem so sorgfältig ausgeklügelten Plan zunächst verdorben. Es hatte erwartet, daß es im Verlauf des von ihm angezettelten Polenfeldzuges unweigerlich zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Sowjetunion kommen würde. Man erwartete, daß die gegensätzlichen Weltanschauungen diese Auseinandersetzung begünstigen würden. Dann sollte das Spiel etwa nach dem Plan des 1. Weltkrieges weitergehen und man glaubte, daß Deutschland im Osten durch die Sowjetübermacht so stark gebunden sein würde, daß die englischen und französischen Truppen kampflos die Ostentscheidung am Rhein abwarten könnten.

Es kam bekanntlich anders, denn Stalin hatte seine eigenen Pläne und hatte die zu Paktverhandlungen nach Moskau gekommenen Engländer unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt. Ähnlich wie England gedachte er sich möglichst wenig, am besten gar nicht am Kampf zu beteiligen, denn nach der Generallinie der sowjetischen Politik sollten sich die kapitalistischen Länder gegenseitig zermürben, um dann eine leichte Beute des Bolschewismus zu werden. Er fürchtete aber, daß Deutschland, das vor wenigen Jahren nur über 100 000 Mann ohne schwere Waffen und Flugzeuge verfügte, noch nicht genügend aufgerüstet hatte, um einen längeren Kampf gegen Polen, Frankreich, England — später vielleicht auch die USA — durchzustehen. Darauf aber kam es an: der Kampf innerhalb der europäischen Völker sollte lange dauern und zu ihrem Ausbluten führen. Zu diesem Zweck glaubte er das nationalsozialistische Deutschland unterstützen zu müssen und tat es auch.

Der Plan eines Freundschaftspaktes zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem kommunistischen Rußland war von Stalin ausgegangen, weil er wußte, daß Hitler nur mit dieser Rückendeckung den Kampf um die Befreiung der ostdeutschen Gebiete beginnen würde.

Als Stalin dann den Pakt persönlich unterzeichnet hatte, gab er den deutschen Delegierten nicht das sonst übliche steife Staatsbankett, sondern ließ im Verhandlungsraum Speisen und Getränke wie zu einem Familienfest auftragen und bediente seine Gäste persönlich. In angeregtester Stimmung löste ein Trinkspruch den anderen ab.

Wollte er durch diese betont herzliche Form den letzten Argwohn Hitlers beseitigen oder war es ein Ausruck spontaner Freude darüber, daß er ohne eigene Beteiligung die Voraussetzungen für einen europäischen Krieg geschaffen hatte?

Im weiteren Verlauf des Krieges zeigte es sich dann, daß Rußland und auch die Westmächte sich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands völlig verrechnet hatten. Die Deutschen besetzten nach kurzen schnellen Schlägen fast ganz Europa und dies veranlaßte die Sowjetunion, sich auch zum Kampf zu rüsten. Man hat lange die Behauptung aufrecht zu erhalten versucht, daß Deutschland die „ganz unvorbereitete und fast wehrlose Sowjetunion meuchlings überfallen" habe. Dies wird allein schon dadurch widerlegt, daß bereits zwei Monate nach Beginn des Rußlandfeldzuges den 150 deutschen Divisionen 360 mobile sowjetische Divisionen gegenüberstanden. Man war deutscherseits nur dem beabsichtigten Angriff zuvorgekommen, und das war nach allen Regeln der Kriegskunst notwendig und damit auch berechtigt. Es wäre unter den gegebenen Umständen unverantwortlich gewesen, den russischen Angriff abzuwarten. Die weiteren Aussichten waren für uns sehr erfolgversprechend, zumal die USA inzwischen durch Japan gebunden waren.

Die Gründe, weshalb wir trotzdem und trotz aller unvergleichlichen Leistungen unserer Truppen den Krieg verloren haben, bedürfen einer sorgfältigen Untersuchung, denn die Behauptung, dieser uns aufgezwungene Krieg wäre von Anfang an verloren gewesen, besitzt keine Beweiskraft — auch wenn sie noch so oft wiederholt wird.

3. Das Verhängnis

Im November 1918 hatte man das deutsche Volk in richtiger Erkenntnis seiner Gutgläubigkeit durch die bekannten 14 Punkte Wilsons veranlaßt, die Waffen abzuliefern, noch bevor ein Friedensvertrag abgeschlossen war. Man hatte auch den Kaiser, gegen den ja angeblich allein der Kampf geführt wurde, zur Abdankung veranlaßt, und man glaubte in Deutschland nun den Weg zu einem gerechten Frieden gefunden zu haben. Darüber hinaus aber hatte man die Monarchien in allen deutschen Ländern gestürzt. Weshalb eigentlich? Seit Jahrhunderten hatte sich die monarchische Staatsform in vielen Ländern und auch in Deutschland bewährt. Die Sozialisten unter Ebert-Scheidemann bemächtigten sich der Staatsgewalt, ohne daß sie daran gehindert wurden. Dieser Umsturz entsprach sicher nicht den Wünschen des deutschen Volkes, denn die offensichtliche Ernüchterung nach dieser sogenannten „Revolution" war besonders in den ersten Tagen nach diesem Ereignis erkennbar, als die gewohnte Ordnung plötzlnich dem Chaos gewichen war. Aber niemand fand sich zum Eingreifen bereit, trotzdem einige Bataillone der noch intakten Frontverbände genügt hätten, diesen ganzen Spuk hinwegzufegen. Statt dessen kam das Schießverbot und hierdurch bekamen nach den Sozialdemokraten bald auch die Kommunisten freie Hand.

Im Großen Hauptquartier nahm niemand den Kaiser beim Portepée, d. h. bei seiner Ehre, um ihn an seine Pflicht als Soldat und als Hohenzoller zu erinnern, wie es einst Bismarck bei seinem König getan hatte, als er abdanken wollte. Kein Courbière proklamierte sich zum König von Berlin, als es keinen König von Preußen mehr gab.

Der Kaiser hatte keinen Nachfolger als Staatsoberhaupt bestimmt, und der alte, in hohem Ansehen beim deutschen Volke stehende Feldmarschall v. Hindenburg beschränkte sich darauf, die Fronttruppen in die Heimat zu führen. Dort liefen sie auseinander und er selbst legte sein Amt nieder. Auch als die bolschewistische Gefahr aus dem Osten drohte, raffte sich keiner der hierzu berufenen Heerführer zu einem Entschluß auf. Die neuen Machthaber waren vollauf damit beschäftigt, ihre Parteigenossen an der Staatskrippe zu etablieren und junge Offiziere waren es, die auf eigene Verantwortung Freikorps bildeten und eine Front gegen den Bolschewismus errichteten. Es wurde ihnen übel gelohnt.
Dieses Versagen der berufenen Führerschicht auf allen Gebieten der Staatsführung erinnert an ähnliche Vorgänge im Jahre 1806. Auffallend war aber, daß die gleichen Männer, die damals versagten, sich in ihrer Mehrzahl 1813 durchaus bewährten.

Man kann hieraus wohl die Lehre ziehen, daß die obersten Staatsmänner und Soldaten selbst einer festen Führung durch das Staatsoberhaupt bedürfen, um hre Fähigkeiten voll entfalten zu können. 1806 fehlte sie und 1813 war sie wieder vorhanden. Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau hatten sie wieder hergestellt. 1918 fehlte sie ebenfalls und ist während der ganzen Zeit der Weimarer Republik nicht wiederhergestellt worden, im Gegensatz zu der Zeit nach 1806.

In den Jahren zwischen 1918 und 1933 kamen nacheinander alle größeren Parteien an die Macht, aber keiner gelang es, den Verfall des Staates und seiner Wirtschaft aufzuhalten.

Es ist nun sehr bitter, feststellen zu müssen, daß sich während dieser ganzen Zeit in den ehemals führenden Kreisen Deutschlands, die über Erfahrung, Wissen und Tradition verfügten, niemand fand, der den Versuch machte, die Kräfte des deutschen Volkes zusammenzufassen und die Fesseln von Versailles zu beseitigen. Die wenigen Zugeständnisse, die in dieser Zeit seitens der Diktatmächte erfolgten, wurden von den damaligen Außenministern als große Erfolge gebucht. Sehr zu Unrecht, denn die Feindmächte hatten begriffen, daß es besser ist, eine Kuh zu melken und ihr auch etwas Futter zu belassen, anstatt sie zu schlachten.

Nach der Schockwirkung in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch erwachte im deutschen Volke allmählich das Gefühl für die Untragbarkeit dauernder Knechtschaft, denn es war in seinem Kern gesund und es wäre ja auch gegen die Natur gewesen, wenn es sich in seinem Bedürfnis nach Freiheit gewandelt hätte. Aber niemand aus den hierfür berufenen Kreisen fand den Mut und die Tatkraft, sich durchzusetzen.

Dies muß immer wieder mit Bedauern festgestellt werden, denn nur so ist es zu verstehen, daß schließlich ein Mann die Führung an sich riß, ohne die hierfür wichtigste Voraussetzung mitzubringen: einen untadeligen Charakter. Diese Eigenschaft aber fehlte ihm und deshalb war es recht anmaßend, sich als „Führer" zu bezeichnen. Dagegen beherrschte er die Kunst der Massenbeeinflussung in außergewöhnlich hohem Maße und so allein erklären sich seine parteipolitischen Erfolge, die zu seiner Ernennung zum Reichskanzler führten.

Dann aber bekundete er auch überraschende Fähigkeiten auf innerpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Seine außergewöhnlichen Erfolge überraschten Deutschland und die ganze Welt. Unter diesen Umständen ging das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit willig mit. Die Arbeitslosigkeit und sogar der Klassenkampf waren beseitigt. Deutschland hatte fast über Nacht seine alte Geltung wiedergewonnen und war glücklich, wieder hoffnungsvoll in die Zukunft blicken zu können.

Hitler hatte absolute Vollmacht für 4 Jahre gefordert und auch erhalten. Nach den Erfolgen, die er bald aufzuweisen hatte, kann man es verstehen, daß er nun auch gegen diejenigen Elemente rücksichtslos vorging, die glaubten, Opposition treiben zu können. Sie hatten nicht verstanden oder wollten nicht begreifen, daß der Entschluß, die Ketten des Versailles Diktats zu brechen und die deutschen Menschen in den geraubten Ostgebieten von der polnischen Zwangsherrschaft zu befreien, nur dann durchführbar war, wenn das ganze deutsche Volk sich einmütig für dieses Ziel einsetzte. Es war ein ungeheures Unternehmen und bedurfte der bedingungslosen Einsatzbereitschaft des ganzen Volkes. Seemännisch ausgedrückt war es ein „Alle-Mann-Manöver". Wer in solcher Lage sich der Pflicht entzieht oder gar meutert, muß die Folgen tragen. Man sah dies unter den gegebenen Umständen ein und nahm daher den 30. Juni 1934 mit seinen

üblen Begleiterscheinungen noch in Kauf, ebenso die infame Art, wie unliebsame Persönlichkeiten wie v. Blomberg und der ehrenhafte Frhr. v. Fritsch ausgeschaltet wurden.

In dieser Zeit entstanden die Anfänge einer Untergrundbewegung, deren Mitglieder sich später als „Widerstandskämpfer" bezeichneten. Es ist auffallend, daß diese sich vorwiegend aus Mitgliedern der früher führenden Schicht und besonders auch des Adels zusammensetzte. Wie ist das zu erklären? Im Gegensatz zu den Kommunisten waren sie unbehelligt geblieben und nahmen auch an dem allgemeinen Aufstieg teil. Diese Frage und ihre Lösung ist von entscheidender Bedeutung, wenn wir begreifen wollen, wie nach den großen Erfolgen zu Beginn des 2. Weltkrieges doch eine vollkommene Niederlage unser Schicksal wurde.

Wir wollen ja aus der Geschichte lernen, und daher ist ein eigenes Urteil notwendig, das unbeeinflußt durch die Tagesmeinungen der Presse und den Äußerungen parteigebundener Zeitgenossen ist.

Hitler war also auf ganz legale Weise zur Macht gelangt, hatte die schon erwähnten großen Erfolge gehabt und — das darf nicht übersehen werden — sich sehr ernsthaft um eine Verständigung mit Frankreich und England bemüht. Er hatte Frankreich seinen Verzicht auf das deutsche Elsaß angeboten und England sogar den Schutz seines Empires zugesagt.

Wie ist es nun zu erklären, daß er trotzdem von der ganzen bisher in Deutschland führenden Schicht und insbesondere von der älteren Generation abgelehnt wurde?

In Deutschland war man durch Jahrhunderte gewohnt, Männer in der Führung zu sehen, die über Bildung, Kultur und Ansehen verfügten. Man verlangte von ihnen „Format". Dies alles fehlte Hitler! Er kam aus „kleinen Verhältnissen", sein Vorleben war fragwürdig, und er war nicht einmal deutscher Staatsangehöriger. Er war und blieb ein „kleiner Mann", den Hindenburg den „böhmischen Gefreiten" nannte. Dazu kam ein wenig ansprechendes Äußeres und bei seinen Reden eine unangenehme kreischende Stimme und krampfhafte Bewegungen. Hätte er es im Kriege wenigstens bis zum Offizier gebracht, dann wäre die Abneigung gegen ihn wahrscheinlich nicht so schroff gewesen. So aber blieb sie bestehen und in gewissen Kreisen steigerte sie sich noch.

Diese Ablehnung löste bei Hitler natürlich ebenfalls Abneigung aus. Er hatte aber auch, wenigstens in den ersten Jahren, gewisse Hemmungen gegenüber den Beamten und Soldaten alter Schule. Als „kleiner Mann" fühlte er sich unsicher und zog ihnen den Verkehr mit seinen alten Parteigenossen vor. Führende Stellen wurden immer häufiger mit „alten Kämpfern" seiner Partei besetzt.

Besonders scharf war der Gegensatz zwischen ihm und den Führern der Wehrmacht. Er steigerte sich zum Mißtrauen, als er die Wehrfreiheit, die Besetzung des Rheinlandes, die Angliederung Österreichs und des Protektorats Böhmen-Mähren gegen den Rat seiner militärischen Ratgeber erfolgreich durchsetzte. Hitler war mit Recht davon überzeugt, daß England und Frankreich der Rückgabe der deutschen Ostgebiete nie-

mals freiwillig zustimmen würden, weil Deutschland dadurch seine Ernährungsgebiete und gleichzeitig seine Unabhängigkeit wiedererlangt hätte. Im Jahre 1939 besaß er einen, wie der Krieg bewiesen hat, ausreichenden Rüstungsvorsprung gegenüber Frankreich und England. Nutzte er ihn nicht aus, dann waren die Ostgebiete und in absehbarer Zeit auch Ostpreußen endgültig verloren. Es gelang ihm nicht, die damaligen Wehrmachtführer von der Notwendigkeit seines Entschlusses zu überzeugen.

Damals schon begannen sich Kreise zu bilden, die Hoch- und Landesverrat als vaterländische Pflicht bezeichneten. Auch nach den über alle Erwartungen erfolgreichen Feldzügen in Polen, Norwegen und Frankreich trieben sie ihr Spiel weiter.

Durch die Geheime Staatspolizei war Hitler sehr genau darüber unterrichtet. Eine Säuberungsaktion, wie sie Stalin 1938 in Rußland durchführte, war aber mitten im Kriege nahezu unmöglich und hätte schwerwiegende Folgen gehabt. So beschränkte sich Hitler auf die Überwachung der Widerstandsbewegung, bis ihn der 20. Juli 1944 zum Handeln zwang. Die gleiche Gestapo hinderte aber auch die deutschen Heerführer daran, **gemeinsam** gegen seine Fehler in der Kriegführung und besonders gegen seine verfehlte Politik in den besetzten Ostgebieten Einspruch zu erheben.

Es soll hier nicht die Schuldfrage erörtert werden, denn über diese Vorgänge wird die Geschichte das Urteil sprechen. Es ist aber notwendig, sich darüber klar zu werden, daß dieser Gegensatz zwischen dem Staatsoberhaupt und den führenden Persönlichkeiten ein Verhängnis war und zu einer Katastrophe führte, die unter normalen Umständen hätte vermieden werden können.

Wo waren diese „Widerstandskämpfer", als Deutschland vor 1933 dem Abgrund zusteuerte? Den Versailler Machthabern beugten sie sich willig, die Führung des Proleten Hitler schien diesen Aristokraten aber unerträglich. Viele von ihnen glaubten, nach dem Zusammenbruch von unseren Gegnern mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Sie irrten sich völlig. „Winselnde Schatten" wurden sie genannt *).

Es ist heute eine feststehende Tatsache, die durch alle Veröffentlichungen aus berufener Feder bestätigt wird, daß auch der Rußlandfeldzug und damit der ganze Krieg zu einem für uns erfolgreichen Abschluß gekommen wäre, wenn Hitler nicht in seinem immer stärker wachsenden Mißtrauen die militärische Führung, zu der er weder befugt noch befähigt war, an sich gerissen hätte. Nun mißbrauchte er seine Macht und führte selbst den Zusammenbruch herbei. Das Rad des Schicksals war nicht mehr aufzuhalten, auch dann nicht, wenn Hitler am 20. Juli 1944 ausgeschaltet worden wäre; denn dann hätte sich das deutsche Volk in einem Bürgerkrieg selbst vernichtet.

Nachträglich finden sich „Experten", die schon immer gewußt hatten, daß wir den Krieg verlieren würden. Sie übersehen dabei, daß es wahrscheinlich keine Kriege geben würde, wenn sich Sieg und Niederlage im voraus bestimmen ließen.

---

*) H. R. Trevor Ropei: Hitlers letzte Tage

Beschämend sind auch die Vorwürfe, die man den deutschen Heerführern glaubt machen zu müssen. Man sagt, sie hätten sich Hitler widersetzen müssen. Diese Kritiker übersehen nur, daß keiner von ihnen mangels Unterrichtung die Gesamtlage übersehen konnte und daß ein eigenmächtiges Handeln von ihren eigenen Truppen, die bis zum letzten Tage an Hitler glaubten, verhindert worden wäre.

Ebenso wie nach dem 1. Weltkrieg wird nun wieder den Soldaten die Schuld an der Niederlage zugeschoben und ebenso wie damals wurde versucht, den nicht wegzuleugnenden Landesverrat als „Legende" abzutun. Den Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front führten im 1. Weltkrieg die von den Marxisten aufgehetzten Rüstungsarbeiter, und diesmal waren es die „Widerstandskämpfer".

Damals wie heute versucht man ihre „Verdienste" populär zu machen. Auf die Dauer wird sich das deutsche Volk nicht täuschen lassen, denn ein Dolchstoß bleibt ein Dolchstoß, auch wenn er keine unmittelbare tödliche Wirkung hatte.

Wer hätte in Frankreich voraussehen können, daß Napoleon I. nach glänzenden und mit Begeisterung aufgenommenen Erfolgen das französische Volk dann zum „Schemel seiner Macht" erniedrigte? Damals in Frankreich und jetzt bei uns waltete ein Verhängnis. Manche Vergleiche drängen sich auf, aber auch die Folgen waren sehr unterschiedlich, denn nach dem Befreiungskrieg wurde Napoleon allein zur Rechenschaft gezogen und das französische Volk, das seinen Eroberungszügen begeistert zugestimmt hatte, erhielt einen ehrenvollen Frieden.

Deutschland dagegen, das nur seine in Polen unterdrückten Volksgenossen befreien wollte, wurde geächtet und sollte nach dem Morgenthau-Plan ausgerottet werden. Hitler hatte sich seiner Verantwortung durch Selbstmord entzogen, und so entschloß man sich zu dem Racheakt von Nürnberg. Am Richtertisch saßen auch die Sowjetrussen und deshalb wurde von Katyn nicht gesprochen. Deutschland wurde zum „Kriegsbrandstifter" erklärt.

Zu den folgenschweren Fehlentscheidungen des „Feldherrn" Hitler kamen verhängnisvolle Fehler auf politischem Gebiet. Schon zu Beginn des Krieges erklärte er sich als „Garant" des Endsieges und verleitete leichtgläubige und böswillige Menschen dazu, sich unter Nichtachtung ihrer vaterländischen Pflichten das Leben so bequem wie möglich zu machen. Während ein Teil des deutschen Volkes heldenhaft kämpfte oder schwer arbeitete, brachte sich eine nicht zu unterschätzende Anzahl Andersdenkender bei den sich immer mehr aufblähenden Dienststellen der Partei und der Verwaltung in Sicherheit. Auch im Bereich der Wehrmacht gab es ungeahnte Möglichkeiten zu friedlichem Unterschlupf.

In den eroberten Ostgebieten wurden die deutschen Truppen als Befreier empfangen, aber die von Hitler gebilligte unheilvolle Tätigkeit der Koch und Genossen ließ die Stimmung bald umschlagen und schuf die Voraussetzungen für den Partisanenkrieg, der entscheidend zu unserer Niederlage beitrug.

4. Wer hat die Schuld am Kriege?

Als Napoleon I. die Reise nach St. Helena antrat, folgte ihm der Fluch seines ganzen Volkes. Das Gleiche geschah, als Hitler sein Dasein beendete. „Hosianna" und „Kreuzige ihn" haben immer dicht beieinander gelegen.

40 Jahre nach Napoleons Tod wurden seine sterblichen Reste unter größtem Pomp und Anteilnahme des ganzen französischen Volkes nach Paris überführt und im Invalidendom beigesetzt. Eine ähnliche Rehabilitierung ist auch nach einer späteren und dann sachlichen Geschichtsbetrachtung für Hitler **nicht** zu erwarten.

Wohl aber wird sich die angebliche Schuld Deutschlands an diesem Kriege nicht aufrecht erhalten lassen. Jeder einsichtige Historiker weiß ja schon lange, daß seine Ursachen einzig und allein in dem starren Festhalten am Diktat von Versailles zu suchen sind! Deutschland wollte nur seine Ostgebiete zurückhaben und verzichtete sogar auf die Rückgabe des deutschen Elsaß und auf die geraubten Kolonien. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn hatte Deutschland sein Ziel erreicht und bot die Verständigung mit England und Frankreich an. Wir kennen bereits die Gründe, die England veranlaßten, einen von Deutschland nicht gewünschten Krieg fortzusetzen. In beiden Ländern wußte man auch, daß Deutschland keine Angriffsabsichten hatte. Mit allen Mitteln der Propaganda mußte nun die besonders in Frankreich fehlende Kriegsbegeisterung geschaffen werden, um den von England angezettelten Krieg populär zu machen. Man behauptete einfach, Deutschland wollte die Weltherrschaft erringen. Man übersah, daß Deutschland gar keine Flotte besaß und daß man mit Flugzeugen allein keine Länder erobern kann. Nach dem Frankreichfeldzug zeigte sich dann auch, daß Hitler nicht die geringsten Vorbereitungen zu einer Eroberung Englands getroffen hatte. Gegen jede Vernunft ließ er dann auch noch die bereits eingeschlossenen englischen Truppen über den Kanal entkommen. Konnte er noch deutlicher seinen Friedenswillen bekunden?

Manche Anzeichen sprechen dafür, daß England schon damals vom Kreml, dem eine schnelle Beendigung des Krieges in Europa nicht in das Konzept paßte, einen Wink erhielt und in seiner sonst unverständlichen Haltung bestärkt wurde. Marschall Rokossowski *) sagt hierzu: „Als einziger wirklicher Machtfaktor stand (nach dem Frankreichfeldzug) nur noch Großbritannien außerhalb der deutschen Koalition. Aber in diesem Punkt war unsere Politik auf der Hut, und es gelang ihr, einer deutsch-britischen Zusammenarbeit vorzubeugen." Das ist immerhin deutlich. Der englische Historiker L. B. Namier vertritt trotzdem die Auffassung, daß Deutschland beide Weltkriege mit dem Ziel der Weltherrschaft entfesselt hätte und am 21. 9. 1943 bekundete Churchill im britischen Unterhaus folgende, ihm damals zweckmäßig erscheinende Geschichtsauffassung:

„Zweimal in unserer Lebenszeit und dreimal, wenn ich unsere Väter mitrechne, haben die Deutschen die Welt in ihre Ausdehnungs- und Angriffskriege gestürzt. Sie vereinigen in sich auf die tödlichste Art die Eigenschaften des Kriegers und des Skla-

---

*) Kalinoff: Sowjetmarschälle haben das Wort.

ven. Sie schätzen die Freiheit nicht und hassen ihren Anblick bei anderen. Wann immer sie stark werden, suchen sie ihre Beute, und mit eiserner Zucht gehorchen sie jedem, der sie zu ihr führt. Ich bin überzeugt, daß die Völker Englands, Amerikas und Rußlands, die zweimal in einem Vierteljahrhundert wegen des teutonischen Herrschaftsdranges unermeßliche Verwüstung, Gefahr und Blutvergießen erlitten haben, diesmal dafür sorgen werden, daß es Preußen oder ganz Deutschland nicht mehr möglich sein wird, über sie mit aufgestauter Rachsucht und langgehegten Plänen herzufallen."

Der gleiche Churchill fordert 1954 die Wiederbewaffnung Deutschlands, denn England wünscht — wie in beiden Weltkriegen — nun zum dritten Mal wieder deutsche Truppen gegen Rußland kämpfen zu lassen. Diesmal allerdings nur noch zur Verteidigung des englischen Mutterlandes.

Schon 1945 bestand die Absicht, wieder einmal deutsche Truppen für britische Zwecke gegen Rußland kämpfen zu lassen.

Sir Winston Churchill persönlich blieb es vorbehalten, uns dies zu bestätigen. Kurz vor seinem 80. Geburtstag plauderte er aus, daß er nach der Eroberung Berlins durch die Russen befürchtet habe, letztere werden diese Gelegenheit benutzen und weiter nach Westen vorstoßen. In diesem Falle hätte also der 3. Weltkrieg unmittelbar nach der deutschen Niederlage begonnen und für diesen Fall — so sagte Churchill — habe er dem Feldmarschall Montgomery befohlen, die deutschen Kriegsgefangenen sofort wieder zu bewaffnen und die erbeuteten Waffen zu diesem Zweck sorgfältig zu lagern. Montgomery bestätigte diesen Vorgang ausdrücklich.

Der deutschen Führung und insbesondere den in Nürnberg Verurteilten hat man es zum Vorwurf gemacht, daß sie, anstatt Hitler zu beseitigen, bis zum bitteren Ende gekämpft hatten. Ihnen wird nicht zugebilligt, gelaubt zu haben, daß die Alliierten am Ende des Krieges doch noch zur Erkenntnis ihrer verfehlten Politik gegenüber Moskau kommen konnten und daß ein Frontwechsel im Bereich der Möglichkeit lag. Durch die Plaudereien Churchills wird die Haltung der deutschen Führung nach Hitlers Tod nachträglich gerechtfertigt.

In diesem Zusammenhang ist es auch lehrreich, unvoreingenommene und nicht von der Hetzpropaganda getrübte Meinungen über Hitler zu hören:

Der bekannte englische General Fuller *) faßt sein Urteil in folgendem Satz zusammen: „Hitlers Ziel war sowohl vernünftig als auch möglich."

Lord Henderson **) sagt: „Es wäre sinnlos, die großen Errungenschaften des Mannes, der der deutschen Nation ihr Selbstvertrauen und ihre disziplinierte Ordnung zurückgegeben hat, zu verneinen. Die tyrannischen Methoden, die in Deutschland selber angewandt wurden, um dieses Resultat zu erzielen, waren verabscheuungswürdig, aber sie waren **eine Angelegenheit Deutschlands.** Manche von Herrn Hitlers

---

* General Fuller: Der II. Weltkrieg.

** Dulles: Verschwörung in Deutschland.

Reformen, obgleich sie jegliche persönliche Freiheit des Denkens, des Wortes und der Tat beiseite schoben, waren äußerst fortschrittlich und demokratisch. Die „Kraft-durch-Freude"-Bewegung, die sportliche Ertüchtigung der Nation und vor allem die Organisation der Arbeitsdienstlager, eine Idee, die, wie mir Hitler einmal sagte, aus Bulgarien stamme, sind typische Beispiele einer wohlwollenden Diktatur. Man darf auch nicht übersehen, daß der Nationalsozialismus mit seinen Schlagworten eine echte Anziehungskraft auf die Jugend hatte. Viele der nationalsozialistschen Einrichtungen werden in einer neueren und besseren Welt Bestand haben, in einer Welt, in der Deutschlands erstaunliche Organisationsgabe, seine großen Beiträge zur Wissenschaft und Literatur und die höheren Ziele der Kultur und Menschlichkeit wieder eine führende Rolle spielen werden." Lord Henderson war der letzte englische Botschafter in Berlin.

Der Engländer Liddell Hart *) sagt: „Hitlers Aussichten waren berechtigter, als der schließliche Ausgang des Krieges es vermuten läßt." Er meint auch: „Es möchte scheinen, daß Hitlers so viel verspottete „Intuition" der Wahrheit näher kam, als die Berechnungen der fähigsten Berufssoldaten."

Die oben erwähnte Rede Churchills ist nur ein Beispiel dafür, wie während und nach dem Kriege gegen Deutschland gehetzt wurde und noch gehetzt wird. Mehr, als bisher geschehen, müßten wir jede Gelegenheit benutzen, um diese Verleumdungen zurückzuweisen, zumal sich auch im Lager unserer früheren Gegner immer mehr aufrechte Männer um eine sachliche Berichtigung des durch die Hetzpropaganda verfälschten Geschichtsbildes bemühen.

Churchill war während der Unterhausrede vom 21. 9. 1943 offensichtlich von seinen Geschichtskenntnissen im Stich gelassen worden, denn er bezichtigt uns sogar der Schuld am Kriege von 1870. Bekanntlich hat Napoleon III. damals selbst erklärt: „Ich gebe zu, daß wir die Angreifer waren". Der unübertroffene Deutschenhasser und Hauptverantwortliche für das Diktat von Versailles, Clemenceau, bestätigte Napoleons Aussage mit den Worten: „1870 erklärte Napoleon III. in einem Augenblick des Wahnsinns Deutschland den Krieg. Kein guter Franzose hat je gezögert, zuzugestehen, daß das Unrecht an jenem Tage auf unserer Seite war." Die damals größte englische Zeitung, die „Times", schrieb am 16. Juli 1870:

„Das größte nationale Verbrechen, das wir seit den Tagen des ersten französischen Kaiserreiches mit Schmerz in diesen Spalten zu verzeichnen hatten, ist begangen worden. Der Krieg ist erklärt worden — ein ungerechter, aber vorsätzlicher Krieg.. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist — das ist jetzt nur allzu klar — das Werk Frankreichs, eines Mannes in Frankreich. Es ist das Ergebnis persönlichen Herrschaft. Es kann keinen Zweifel darüber geben, welche Seite die Sympathien der Welt gewinnen wird. Was für Angriffe auch immer Preußen bei früheren

---

* Liddell Hart: Jetzt dürfen wir reden.

Gelegenheiten unternommen haben mag, diesmal wird es die volle moralische Unterstützung auf seiner Seite haben, die denen nur selten verweigert wird, die die Waffen zur Selbstverteidigung ergreifen."

Als nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ein Krieg zwischen der Habsburger Monarchie und Rußland auszubrechen drohte, bemühte sich bekanntlich der deutsche Kaiser beim russischen Zaren um eine friedliche Regelung des Streitfalles und erreichte auch, daß der Zar die schon befohlene Mobilmachung der russischen Armee wieder rückgängig machte. Unmitelbar darauf setzte sich aber die russische Kriegspartei wieder durch und die Mobilmachung ging weiter. Deutschland hatte allen Grund, einen gleichzeitigen Krieg gegen Rußland und Frankreich zu vermeiden, denn die eigene Armee war zahlenmäßig denen der Gegner weit unterlegen.

Der englische Historiker Russell Grenfell *) hat die Vorgeschichte des 1. Weltkrieges untersucht und die völlige Schuldlosigkeit Deutschlands nachgewiesen. Er bezieht sich auch auf englische, französische und amerikanische Aussagen und schreibt wörtlich:

„Der preußische Militarismus war in den letzten vierzig oder fünfzig Jahren das Ziel vieler gehässiger Angiffe, daher wird die Entdeckung wie eine Sensation wirken, daß der deutsche Generalstab auf dem Höhepunkt der Krise am 29. Juli 1914 in seiner für die Regierung bestimmten Denkschrift bewunderungswert ausgeglichene, weitsichtige und staatsmännische Eigenschaften bewies. „Rußland hat verkündet", so sagten die deutschen Generäle, „daß es gegen Österreich mobilisieren werde, falls Österreich in Serbien einmarschiert. Österreich wird deshalb gegen Rußland zu mobilisieren haben. Der Zusammenstoß zwischen diesen beiden Staaten wird damit unvermeidlich geworden sein. Dies aber ist für Deutschland der casus foederis. Deutschland muß also gleichfalls mobilisieren. Dann wird Rußland seine übrigen Streitkräfte mobilisieren und sagen: „Ich bin von Deutschland angegriffen". Damit wird das französisch-russische Bündnis, das so oft als reiner Verteidigungspakt gepriesen wurde, der nur als Gegengewicht gegen Angriffspläne Deutschlands geschaffen worden sei, in Aktion treten und das gegenseitige Gemetzel der zivilierten Nationen Europas wird beginnen . . . So müssen und so werden sich die Dinge entwickeln, wenn nicht, so möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der auf Jahrzehnte hinaus die Kultur fast ganz Europas vernichten wird."

Ist es möglich, nachdem man dies gelesen hat, im deutschen Generalstab noch weiterhin nichts anderes zu sehen als hochgestiefelte, im Stechschritt marschierende Säbelraßler oder als eine verbrecherische Organisation, zu der die Anklage in Nürnberg ihn zu stempeln suchte? Ich jedenfalls kenne keinen anderen Generalstab jener Zeit, der einen solchen Widerwillen gegen den Krieg zeigte, wie er diese Denkschrift durchdringt. Sir Henry Wilsons Tagebücher stellen ihn dar, wie er abwechselnd sich die Lippen leckt bei der Aussicht auf Krieg, oder sich das Haar rauft beim Gedanken, England könne dem Kriege vielleicht fernbleiben."

---

* Russell Grenfell: Bedingungsloser Haß?

Grenfell zitiert einen Engländer, einen Amerikaner und schließlich einen Franzosen: „M. Morhardt hat über Poincarés Reise nach Rußland im Juli 1914 auf dem Höhepunkt der Serajewoer Krise folgendes zu sagen: „Die Tatsache allein, daß zu dieser Zeit eine solche Reise unternommen wurde, bedeutete einen Kriegsplan . . . Wenn Raymond Poincaré Frieden wünschte, so würde ein Brief nach St. Petersburg genügt haben. Wenn Rußland gewarnt worden wäre, daß Frankreich entschlossen war, sich nicht vor der Welt die Sache der Mörder von Sarajewo zu eigen zu machen, so wäre die ganze Sache beigelegt worden. Der Friede wäre erhalten geblieben. Wenn Poincaré nicht nach St. Petersburg gegangen wäre, um dort, wie Botschafter Maurice Paléologue uns berichtet hat, wilde Kreuzzugspredigten für den Krieg zu halten, so würde der feige Nikolaus II. es niemals gewagt haben, die Initiative zu einem Angriff zu ergreifen."

Die Lüge von der deutschen Schuld am 1. Weltkriege ist kläglich zusammengebrochen, und in den seit 1945 vergangenen Jahren hat sich auch die Wahrheit über unsere angebliche Schuld am 2. Weltkrieg immer mehr durchgesetzt.

Geben wir auch in dieser für uns so wichtigen Frage einigen anerkannten Historikern in den früheren Feindländern das Wort:

Der Engländer Liddell Hart *) meint hinsichtlich der englischen Garantieerklärung an Polen:

„Es ist unmoralisch, Versprechen zu geben, die man dann in der Praxis nicht erfüllen kann — in dem Sinne, wie der Empfänger es erwartet. Auf dieser Grundlage stellte ich im Jahre 1939 die der polnischen Garantie innewohnende Moral und ihre Durchführbarkeit in Frage.. Hätten die Polen die militärische Unfähigkeit Englands und Frankreichs erkannt, sie vor der Niederlage zu erretten und vor dem, was eine solche Niederlage individuell und kollektiv für sie bedeuten würde, dann ist es unwahrscheinlich, daß sie solch eigensinnigen Widerstand geltend gemacht hätten gegen Deutschlands ursprünglich bescheidene Ansprüche — auf Danzig und einen Durchgang durch den Korridor. Da es für mich klar war, daß sie im Falle eines Konflikts diese Punkte und noch viel mehr dazu verlieren mußten, schien es mir unsererseits falsch, Versprechen abzugeben, die falschen Hoffnungen Nahrung verschaffen mußten."

„Die bösen Folgen dieser unechten Garantie hörten nicht mit dem Zusammenbruch Polens auf. Denn dieser bedeutete, daß nun England und Frankreich zu einer offensiven Unternehmung verpflichtet waren, für deren Durchführung sie keine praktischen Aussichten besaßen. Ihr Bewußtsein ihrer Unfähigkeit, den „Westwall" zu forcieren, führte sie sogar noch dazu, davon zu träumen und zu sprechen, „den Krieg offen zu gestalten", und einen Weg gegen die Flanken Deutschland, durch irgend ein neutrales Land, zu finden. Je mehr wir von dem sprachen, was wir vielleicht in dieser Richtung tun mochten, umso sicherer sorgten wir dafür, daß Hitler uns zuvorkommen würde."

„Die Verantwortung für das daraus folgende Elend, das die Völker Dänemarks, Norwegens, Hollands, Belgiens, Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands überfiel,

*) Liddell Hart: Warum lernen wir denn nicht aus der Geschichte?

lastet schwer auf uns — weil wir den Sinn für militärische Realitäten verloren hatten."

„Ein Charakteristikum Hitlers war sein großer Sinn für Vorsicht — niemals eine Unternehmung durchzuführen, bevor er guten Grund zur Annahme hatte, daß sie erfolgreich sein würde."

Auch Russell Grenfell hat einiges hierzu zu sagen:

„Auf dem Gebiet der internationalen Politik rechtfertigt eine Lüge die andere. Die Masse der englischen Kritiker aber, die sich mit wütendem Eifer dagegen wandten, daß Hitler die Lüge als strategische Waffe benützte, hatten wahrscheinlich nie etwas von dem Betrug mit den Vierzehn Punkten oder der Klausel über dei allgemeine Abrüstung im Versailler Vertrag gehört. Ihre Empörung war also verständlich, wenn auch fehl am Platze."

Er erwähnt dann, daß Hitler gegen den Widerstand seiner Generale die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte und hält es für reine Heuchelei, wenn der Anspruch Deutschlands auf den Korridor ein verbrecherischer Angriff gewesen sei. Zu der englischen Garantieerklärung an Polen meint er schlicht:

„Was würden wir denken, wenn die Russen Ägypten den Besitz der Suezkanalzone „garantieren" würden, ob nun Rußland in der Lage wäre, Ägypten dazu zu verhelfen oder nicht, wie England ja auch nicht in der Lage war, Polen bei der Behauptung des Korridors zu helfen? Sollten wir sanftmütig unsere Siebensachen zusammenpacken und abziehen? Oder, wenn wir das nicht täten, willig das Kainsmal des Angreifers und des „Beginners" des dritten Weltkrieges auf uns nehmen? Ich glaube doch nicht."

Und zur französischen Politik urteilt er:

„Die Welt hat seit 1919 viel über die deutschen Invasionen Frankreichs gehört, aber über die französischen Invasionen Deutschlands so gut wie nichts. Dabei bildete Deutschland zwei Jahrhunderte lang das Schlachtfeld Europas. Die französischen Armeen zogen in den Kriegen des 18. Jahrhunderts über Deutschland und Oesterreich hin und her, während Frankreichs Boden unversehrt blieb. Und es war wieder deutsches und österreichisches Gebiet, auf dem Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine vielgefeierten Siege errang.

Die Franzosen haben diese früheren Epochen der Glorie nicht vergessen; die Zahl der Denkmäler und Straßennamen in Paris und anderswo die Wagram, Austerlitz und Jena und Friedland verherrlichen, ist Legion. Aber sie möchten, daß die übrige Welt nicht mehr daran denkt und sich stattdessen einprägt, ein geeintes Deutschland stelle heute eine schreckliche Bedrohung Frankreichs dar, derzufolge Frankreich sich beständig anzustrengen habe, Deutschland zu zerstückeln und zu schwächen."

„Anscheinend soll aus diesem Grunde Englands und anderer Länder Jugend bereit sein, erneut zum Opfergang für Frankreichs Ruhe anzutreten.

Das ist natürlich vollkommener Unsinn. Frankreich hat kein „Recht" auf irgendeine Sicherheit. Kein Land hat ein solches Recht. Wir alle leben in einer gefährlichen Welt, und wenn eine Nation Sicherheit wünscht, so muß sie selbst nach ihrem Vermögen dafür sorgen oder, wenn sie allein nicht dazu in der Lage ist, in einer passenden Verbindung mit anderen. Aber die Last liegt für jeden von uns auf uns selbst, so wenig

die Kaste der Halbgebildeten, die in den wuchernden internationalen Körperschaften das Wort führt, diese Tatsache zuzugeben sich bequemt. Wenn die übrige Welt je zum Schutz Frankreichs vor Deutschland verpflichtet ist, so nicht weniger zum Schutz Deutschlands vor Frankreich, so daß als logisches Ergebnis eines solchen internationalen Schutzes ein internationaler Bürgerkrieg herauskäme."

Grenfell stellt dann fest, daß Preußen von 1815 — 1863 an **keinem** Krieg beteiligt war, während die übrigen europäischen Länder im gleichen Zeitraum zahlreiche Kriege führten, de er in einer Liste zusammenstellt und sagt dann:

„Wir finden also, daß in den ersten 48 Jahren nach der Schlacht von Waterloo die Engländer in sechs Kriege, einen kolonialen Eroberungszug und in die Unterdrückung eines größeren Aufstandes verwickelt sind, die Franzosen in vier Kriege und zwei koloniale Eroberungen, Rußland in fünf Kriege, abgesehen von seiner Ausdehnung in Asien und der Unterdrückung der Aufstände in Polen (1830 und 1863) und anderswo, Oesterreich in zwei Kriege und in die Unterdrückung mehrerer Revolten unter den veschiedenartigen Völkerschaften seines Reiches."

Der 1864 von Preußen und Oesterreich geführte Krieg diente der Befreiuung der beiden deutschen Herzogtümer von dänischer Herrschaft und war daher moralisch gerechtfertigt. Dänemark wäre angesichts seiner Unterlegenheit zu einer friedlichen Regelung bereit gewesen, wenn es damals schon den Wert eines englischen Garantiescheines gekannt hätte. Ein solcher war von England in Aussicht gestellt und von Dänemark gleich für bare Münze genommen worden. Da der Kampf ein schnelles Ende nahm, hatte England keine Gelegenheit einzugreifen und wohl auch nicht die Absicht.

Die schon nach 6 Wochen beendete Auseinandersetzung im Jahre 1866 regelte die Machtverhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen zu dessen Gunsten und war eine innerdeutsche Angelegenheit, von der kein anderes Volk betroffen wurde.

Seit über 50 Jahren haben England und seit fast 100 Jahren Frankreich durch Zwecklügen gehässigster Art es erreicht, daß die Weltöffentlichkeit fast ausnahmslos Deutschland für den Alleinschuldigen an dem Unglück betrachtet, das die ganze Welt heimgesucht hat. Die wenigen ehrlichen Stimmen haben kein Gewicht und so wird es auch bleiben, wenn wir weiter schweigend dulden, daß Frankreich heute noch von der Gefahr des „wiedererwachenden deutschen Militarismus" spricht.

Bitter ist es, feststellen zu müssen, daß sogar im Bundestag von maßgeblicher Seite die Bemerkung fiel, „der deutsche Militarismus ist tot". Hier wurde amtlich behauptet, daß es einen deutschen Militarismus gegeben hat.

Noch bitterer ist es, daß sich gegen diese den geschichtlichen Tatsachen hohnsprechende Bemerkung kein Widerspruch — weder im Bundestag noch in der Presse — erhob.

Wir sind also 22 Jahre nach Kriegsende immer noch darauf angewiesen, Historiker der ehemaligen Feindländer zu bemühen, wenn es um unser Recht und die Berichtigung eines uns zudiktierten gefälschten Geschichtsbildes geht.

5. Das Jahr 1917

Über dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse, die zur Klärung des Geschichtsbildes unerläßlich sind, sollen die großen Entwicklungslinien und ihre grundsätzliche Bedeutung für das Schicksal der Völker nicht aus dem Auge verloren werden.

Das Jahr 1917 — obgleich es in keinem Geschichtskalender besonders hervorgehoben wird — war ein entscheidender Wendepunkt, der gesetzmäßig den Ablauf der seitdem verflossenen Zeit bestimmt hat und auch noch weiterhin bestimmen wird.

In diesem Jahr 1917 wurde in den USA die „Monroedoktrin", das heißt der Grundsatz, daß sich die Staaten in ihrer ganzen Politik ausschließlich auf den eigenen Kontinent beschränken wollten (heute Isolationismus genannt) aufgegeben und im gleichen Jahr gelangte in Rußland nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches Lenin zur Macht und mit ihm der Bolschewismus.

Beide Ereignisse schienen nicht von außergewöhnlicher Bedeutung zu sein, denn oft schon war ein Kurswechsel in der Außenpolitik eines Landes eingetreten und eine Revolution war auch keine Neuerscheinung in der Geschichte. Hier aber wurde in Moskau und Washington gleichzeitig der Entschluß gefaßt, die absolute Weltherrschaft zu erringen. Dies war der Anfang der Auseinandersetzung zwischen West und Ost, deren noch ausstehende Entscheidung heute die ganze Welt in Atem hält.

An dieser entscheidenden Tatsache gemessen, können beide Weltkriege, insbesondere der Zweite, nur als ein Zwischenspiel im gesetzmäßigen Ablauf der Ereignisse gesehen werden. Sie hätten im Einzelnen einen anderen Verlauf nehmen können und hätten grundsätzlich doch zu der heutigen Lage geführt.

Ein Fels stürzt nicht, bevor Wasser und Frost ihre Arbeit getan haben und ein die Menschen überraschender Vulkanausbruch hat seine geologische Vorgeschichte. Nicht anders ist es mit ähnlichen Erscheinungen in der Geschichte, mögen es Revolutionen oder weniger auffallende Vorgänge wie der gleichzeitige Kurswechsel in den USA und der Sowjetunion sein.

Für die USA begann das langsame Ansteuern des Wendepunktes von 1917 bereits nach dem Freiheitskrieg von 1775/76. In Nordamerika hatten sich unter englischer, französischer und holländischer Führung einige Kolonien gebildet, die auch Auswanderer anderer Länder — darunter viele aus dem raumarmen Deutschland — aufnahmen. Man gelangte in diesen reichen und fruchtbaren Gebieten nach anfänglich harter Arbeit zu Wohlstand und dies war für England ein ausreichender Grund, sich diese Kolonien zu unterwerfen. Im Unabhängigkeitskrieg machten sich die Kolonien von England frei und gründeten die USA. Hierdurch entstand ein Gegensatz zu England, der auch die Zeiten gelegentlicher Bündnisse, wie in beiden Weltkriegen, bis heute überdauert hat.

Im Jahre 1917 besaßen die USA eine sehr umfangreiche und leistungsfähige Industrie, die damals durch die Kriegslieferungen an unsere Gegner erheblich erweitert wurde. Wie aber sollte man diese aufgeblähte Industrie nach dem Kriege beschäftigen,

um eine sonst unvermeidliche Arbeitslosigkeit mit den zu erwartenden inneren Spannungen zu vermeiden? Die meisten Völker, besonders in Asien und Afrika, waren zu arm, um die amerikanischen Waren zu kaufen, und auch die am Krieg beteiligten Länder Europas und Rußland hatten ihren Reichtum eingebüßt. Außerdem hatte sich ja England im Welthandel fast ein Monopol geschaffen. Hier also mußte der Hebel angesetzt werden. Mit allen Mitteln des Wirtschaftskampfes mußte England von den Weltmärkten verdrängt werden. Der Gedanke war naheliegend, nach der wirtschaftlichen Eroberung der Überseegebiete und Interessenzonen des britischen Empire, diese auch politisch d. h. machtmäßig in den eigenen Bereich einzubeziehen. Kanada und Australien lagen zudem auch geographisch günstig für die USA.

Hier bot sich für die USA eine einzigartige und einmalige Gelegenheit, zur Weltherrschaft zu gelangen und dieses Ziel konnte sogar ohne Krieg erreicht werden. Es genügte, die Flotte so zu verstärken, daß sie der englischen überlegen war. 50 % des Goldes der ganzen Erde hatten die USA während des Krieges bei sich gehortet. Besser konnte man es also nicht anlegen, und Werften waren genügend vorhanden. England besaß aber noch seine Flottenstützpunkte und diese hätten erobert werden müssen, wenn nicht der unvorhergesehene Glücksfall eingeträten wäre, daß England einige davon zu Beginn des 2. Weltkrieges an die USA hatte veräußern müssen. Damit waren die Würfel gefallen, und anscheinend jetzt erst erkannte man in England das großangelegte Spiel der USA.

Besiegte Völker erholen sich meist bald nach ihrer Niederlage wie z. B. Rußland und Deutschland nach dem 1. Weltkrieg. Verliert aber England seinen über die ganze Erde verstreuten Besitz, dann ist dieser Vorgang ebenso unwiderruflich wie das Ende der Kolonialreiche Spaniens, Portugals und Hollands.

Nach dem 1. Weltkrieg hatte sich gegen alle Voraussezungen der westlichen Politiker der Bolschewismus in der Sowjetunion durchgesetzt und auf seine Art einen Staat errichtet, der im Gegensatz zu dem zaristischen Rußland sehr zielbewußt ans Werk ging.

Aber auch hier war die Oktoberrevolution nur das Endglied einer Folge von Vorgängen, deren Anfänge über hundert Jahre zurücklagen. Im Jahre 1813 waren russische Truppen im Verein mit den Völkern der „Heiligen Allianz" nach Frankreich gekommen. Sie staunten darüber, daß die Menschen dort ganz anders lebten, als sie es unter der Despotenherrschaft des Zaren gewohnt waren. Die Befreiung durch die Revolution von 1789 war noch in frischer Erinnerung und die unvermeidlichen Schäden, die jedes derartige Ereignis mit sich bringt, waren bereits beseitigt. Sie lebten also dort „wie der „Herrgott in Frankreich" und diese Eindrücke waren nachhaltig. Es war aber nicht der Muschik, auf den diese Anregungen besonders wirkten, sondern die Intelligenz des russischen Volkes und die adelige Jugend. Auch sie lebten ja in ihrer Heimat unter ständigem Druck und niemand war vor der Verschickung nach Sibirien sicher. Der De-

kabristenaufstand 1823 war das Ergebnis der in Frankreich gewonnenen Erfahrungen. Es folgten weitere ergebnislose Aufstände — zuletzt 1905 nach der Niederlage im Kriege gegen Japan — und erst 1917 war die Zeit reif für den Sturz der Zarenherrschaft.

Von zwei weit von einander entfernten Punkten der Erde nahmen gleichzeitig zwei Bewegungen ihren Anfang. Beide erstrebten die Weltherrschaft und ein Unterschied bestand nur in den Mitteln und Methoden, die man hierfür als notwendig erachtete. Während die Sowjetunion von Anfang an alle Möglichkeiten der Politik, der Wirtschaft nud der Rüstung voll ausnutzte, beschränkten sich die USA darauf, in aller Ruhe das Erbe des englischen Weltreiches anzutreten und glaubten so ihr Ziel zu erreichen. Eine Gefahr von den „primiviten" Völkern Asiens schien für sie nicht zu bestehen und erst nach 1945, als es zu spät war, wurde dieser Irrtum erkannt. Außerdem hatte ihr Reichtum sie zu dem Glauben verleitet, daß mit genügend Dollars jedes Problem zu lösen sei.

In der Rückschau ist es natürlich leicht zu erkennen, daß diese beiden Machtpole auf dem Wege zu dem gleichen Ziel einmal aufeinanderstoßen mußten. Das ist inzwischen geschehen, wenn sich auch der Kampf mit den Waffen vorläufig auf Korea und Vietnam beschränkt. Daß es dabei bleiben wird, ist unwahrscheinlich. Irgendwann wird in diesem Kampf die Entscheidung fallen müssen.

Der leidtragende Teil aber ist das zwischen diesen beiden Polen liegende, in sich zerrisene alte Europa, das hierbei in zwei sich bewaffnet gegenüberstehende Teile gespalten wurde. Soll es nun dabei bleiben, daß der Ostteil des Abendlandes dem Kreml für dessen Zwecke hörig wird und Westeuropa sich den USA verdingt als Vorspann für deren politische Ziele, oder wäre es nicht besser, wenn sich der alte Kontinent auf sich selbst, seine große Vergangenheit und sein eigenes Lebensrecht besänne. d. h. sich zusammenschließt und wieder nach beiden Seiten unabhängig macht?

England freilich wird dabei seine eigenen Wege gehen und das kann für Europa nur vorteilhaft sein, denn solange England noch Weltmacht war, beherrschte es auch Europa. Seit dem Ende des englischen Weltreiches ist erstmalig der Weg zu einem geeinten und unabhängigen Europa frei geworden.

Seit der im Jahre 1917 begonnenen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington, bei der die Sowjets zielbewußt und die Amerikaner, wie mit Blindheit geschlagen, gehandelt haben, steht die Entscheidung noch aus und hält die ganze Welt in Atem. So erklärt es sich, daß ein neuer geschichtlicherr Wendepunkt von ebenfalls großer Tragweite noch wenig beachtet wurde. Das seit Jahrhunderten infolge innerer Kämpfe nach außen machtlose China erlebte unter Mao Tse Tung eine durchgreifende Revolution und trat wieder auf die Weltbühne. Dieses älteste und noch unverbrauchte Kulturvolk der Welt mit seinen 700 Millionen Menschen ist die größte völkische Einheit der Erde und hat sich immer als das Reich der „Mitte" betrachtet. Heute braucht es die Hilfe der Sowjetunion nicht mehr. Das Eingreifen Chinas in den Koreakrieg dürfte mehr

auf eigenen Entschluß als auf eine Weisung oder gar einen Druck Moskaus zurückzuführen sein. Auf alle Fälle hat es sich hierdurch eine Gelegenheit geschaffen, den Kampf mit neuzeitlichen Waffen gründlich zu erlernen. Die USA spüren die Folgen heute schon und die Sowjetunion wird es vielleicht einmal bereuen müssen, China in den Sattel geholfen zu haben. Der Freiheitskampf Chinas ist gegen die „weißen Teufel", d. h. alle Fremden gerichtet und zu denen gehören auch die Russen. Chinas Parole lautet: „Asien den Asiaten", womit zugleich der Führungsanspruch in Asien erhoben wird. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion die bevorstehende Auseinandersetzung um die Macht in Asien erkannt hat und vielleicht geneigt ist, die in Europa besetzten Gebiete aufzugeben, um dort Rückenfreiheit zu erlangen. Die russischen Besatzungstruppen werden — soweit es möglich ist — von der einheimischen Bevölkerung isoliert. Trotzdem kann nicht verhindert werden, daß sie, wie 1813 in Frankreich, Eindrücken und Einflüssen ausgesetzt sind, die Zweifel an dem Ideal des Sowjet-Paradieses aufkommen lassen könnten.

6. England zwischen West und Ost

Ebenso wie in der UdSSR hatte man auch in England die Leistungsfähigkeit Deutschlands völlig unterschätzt. Der englische Plan wurde zunächst durch Stalin verdorben, der es aus den schon erörterten Gründen ablehnte, einen Pakt **gegen** Deutschland abzuschließen. Gegen alle Erwartung hatten die deutschen Truppen Frankreich in wenigen Wochen geschlagen und standen am Kanal. Es ist nur zu verständlich, daß man in dem altgewordenen England die Nerven verlor. Anstatt aber das deutsche Angebot anzunehmen und den Kampf einzustellen, erklärte Churchill, er würde sich mit dem Teufel verbinden, um Deutschland zu vernichten. Gemeint war der gleiche Stalin, gegen den England die Aufrüstung Deutschlands begünstigt hatte und zu dessen Sturz der ganze Krieg angezettelt worden war.

Nun wurde Stalin als Weltfeind Nr. 1 entthront und durch Hitler ersetzt. „Zuerst Deutschland" hieß jetzt die englische Parole. Wie schon im ersten Weltkrieg mußte England auch die Unterstützung der USA erbitten. Diesmal lieferten sie aber nicht auf Kredit, sondern verlangten Barzahlung in Form von Sachwerten, d. h. Stützpunkten. Jetzt erst, als es schon zu spät war, ging den Engländern ein Licht über die Absichten seines Bundesgenossen auf. Die USA übernahmen auch sogleich die Führung des gemeinsamen Kampfes, und England hatte sich zu fügen. So kam es auch, daß der Vorschlag Churchills, die Invasion Europas nicht an der Atlantikküste, sondern am Balkan anzusetzen, und dadurch einen Keil zwischen Europa und die Sowjetunion zu treiben, abgelehnt wurde. Abgesehen davon, daß eine Landung im dortigen Bereich viel weniger Schwierigkeiten bot und den Franzosen eine „Befreiung" auf amerikanische Art — sie verursachte größere Schäden als im Kampf mit Deutschland entstanden waren — erspart geblieben wäre, hätte es dann auch kaum zu der heutigen unheilvollen Lage in Europa kommen können.

Nach dem Kriege mußte man feststellen, daß das großmächtige Empire innerhalb eines Menschenalters in Grund und Boden gewirtschaftet worden war. Indien hatte sich unabhängig gemacht, aber die übrigen Teile des Empire schienen noch zusammenzuhalten. Macht und Ansehen waren aber unwiderruflich dahin und auch sein Reichtum, auf den es immer gepocht hatte. Churchill mußte von der Bühne abtreten und die Labour-Regierung versuchte durch Sozialisieren — fast im sowjetischen Stil — die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Was sollte nun werden? — Ebenso wie um die Jahrhundertwende bemüht man sich jetzt wieder, den Anschein nach bestehender Macht vorzutäuschen. Aus dem „Empire", das Weltherrschaft bedeutete, ist in aller Stille das „Commonwealth", eine Gemeinschaft gleichberechtigter Partner geworden. Es werden gemeinnsame Konferenzen abgehalten mit dem Bemühen, wirtschatflich unabhängig zu bleiben und gemeinsam das englische Pfund gegen den Dollar zu verteidigen. Ohne besonderen Anlaß wurde 1951 ein „Festival", ein Festjahr, organisiert und beim Eröffnungskonzert ertönten die Klänge des Rule Britannia", Herrsche Britannien. Die Festgäste mochten sich ihr Teil dabei denken, denn England war arm geworden und hungerte trotz des errungenen Sieges.

Ebenso wie einst der Prinz of Wales, wurde nun die jetzige Königin auf Propagandareisen geschickt und mehr, als ihr lieb war, in den Vordergrund gestellt. Man erwartet von ihr sehr viel und betont, daß gerade die Königinnen wie Elisabeth I .und Victoria I. in der englischen Geschichte eine bedeutsame und erfolgreiche Rolle gespielt haben. Früher, als die Königin Victoria I. — die Queen — regierte, sah man bei den englischen Kolonialvölkern unzählige Bilder, auf denen die Königin in prächtigem Gewande mit Krone und den Reichsinsignien dargestellt war. Bei Krönungsfeierlichkeiten und ähnlichen Anlässen in London waren stets Abgeordnete aller Kolonialvölker als Gäste zugegen, sahen den Glanz der Krone und glaubten an die scheinbar überirdische Macht Englands.

Königin Elisabeth II. bereiste die England noch verbliebenen Gebiete und die Eingeborenen waren vielleicht enttäuscht, daß sie statt der Krone einen schlichten Hut trug und nicht anders aussah, als andere Menschen auch.

Nachdem die Labour-Regierung abgewirtschaftet hatte, wurden die Konservativen wieder Regierungspartei und von ihnen wurde auch Churchill, das alte Schlachtroß — wie er sich selbst gern nannte — trotz seines hohen Alters wieder aus dem Stall gezogen.

Fehlt es der englischen Oberschicht nun auch an geeignetem Nachwuchs oder glaubte man, daß nur der alte Winston Churchill, der ja für Englands Abstieg in hohem Maße verantwortlich ist, noch Wege finden würde, aus der amerikanischen Umklammerung wieder herauszukommen?

Die europäischen Völker werden sich nicht mehr wie einst als „Festlanddegen" mißbrauchen lassen und nur noch im Osten konnte der Versuch gemacht werden, neue Bundesgenossen zu finden.

Schon vor seinem Amtsantritt hatte Churchill erklärt, er würde mit Stalin persönlich „ins Gespräch kommen". Aber Stalin hat diesen Wink anscheinend nicht verstanden. Man sieht, die Zeiten haben sich geändert. Als England noch seine Weltgeltung besaß, wäre eine derartige Äußerung seines Premiers-Ministers nicht unbeachtet geblieben.

Eine Reise nach Washinton aber konnten die Amerikaner ihm nicht abschlagen. Sein Wunsch war wohl, das alte „Gleichgewicht der Kräfte" wierderherzustellen, d. h. einen neuen englischen Block zwischen den USA und der Sowjetunion zu bilden. Natürlich blieben seine Bemühungen ohne Erfolg, und die USA stehen überall dort als Nachfolger bereit, wo England ausgespielt hat. Australien und Neuseeland haben mit den USA den Pazifikpakt abgeschlossen, da sie ja von England keinen Schutz mehr erwarten können und Kanada kann seinen Rückhalt schon wegen seiner natürlichen Lage als unmittelbarer Nachbar nur bei den USA finden.

So bleibt der englischen Politik zunächst nichts anderes übrig, als alle Bindungen — sei es mit den USA oder Europa — peinlichst zu vermeiden, und andererseits die Vorgänge im kalten Krieg zwischen Ost und West sorgfältig zu beobachten, um aus ihnen zu gegebener Zeit Nutzen zu ziehen. Ohne Rücksicht auf die Politik der USA erkannnte Egland die Regierung von Rotchina an und lieferte dorthin auch kriegswichtiges Material, obwohl einige englische Truppen in Korea gegen Rotchina eingesetzt waren.

Immerhin konnte man dort Kriegserfahrungen auf dem Gebiet des totalen Krieges sammeln. Es ist kein Zufall, daß Rotchina den Engländern die Insel Honkong noch belassen hat, denn sie spielt eine wichtige Rolle in der Belieferung mit Rohstoffen aus englischen Gebieten. Nach 1947 mußte auf eine Anfrage im Unterhaus zugegeben werden, daß modernste Triebwerke für Flugzeuge an die Sowjetunion geliefert wurden. Sie wurden dort weiterentwickelt und führten zur Konstruktion der den Amerikanern überlegenen sowjetischen Düsenjäger vom Typ MIG 15. Die USA beauftagten daraufhin die Nationalchinesen auf Formosa mit der Blockade Honkongs.

Als Persien die Engländer zwang, Abadan mit den dortigen Oelquellen zu verlassen, da glaubte man in London noch einmal auf seine frühere Stärke trumpfen zu können und drohte mit Waffengewalt. Es kam nicht dazu, aber es ist lehrreich, festzustellen, daß England es auf einen Krieg ankommen lassen wollte, denn Rußland war vertraglich berechtigt zu intervenieren, falls Persien angegriffen würde. Es wäre dann zum 3. Weltkrieg bzw. zur Fortsetzung des zweiten gekommen. Auch am Suezkanal wurde noch einmal versucht, den Sturz der Lawine aufzuhalten. Erst nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen um eine Verständigung mit Ägypten entschloß man sich, die Truppen vom Suez-Kanal zurückzuziehen. England und insbesondere ein Mann wie Churchill werden niemals ihren Traum von der Weltherrschaft freiwillig aufgeben. Für sie ist es untragbar, sich in den Block der westlichen Welt einzugliedern. Deshalb sorgte Churchill zunächst einmal dafür, daß die Rüstungsaufgaben verdreifacht wurden gegenüber 1951.

Mit diesen Mitteln sollte vor allem die rüstungstechnische Unabhängigkeit von den USA gewahrt werden; alle Waffen, vom Gewehr bis zur Atombombe sollen von England selbst entwickelt, erprobt und hergestellt werden.

Die Welt wurde schon längst nicht mehr „englischer" und die „Bürde des weißen Mannes" ist wesentlich leichter geworden. Statt englischer ist sie nur demokratischer geworden und diese Bewegung hat auch England erfaßt. Früher wurde es in mancher Hinsicht aristokratisch im Sinne Platons verwaltet, denn im Parlament gab es zwar zwei Parteien — die konservative und die liberale — aber alle Abgeordneten gehörten der führenden Schicht Englands an und waren sich in allen entscheidenden Fragen einig. Erst als die 1906 gegründete Labour-Partei 1923 erstmalig die Stimmenmehrheit errang und Regierungspartei wurde, wandelte sich die Aristokratie in eine Demokratie. Mit ihr begann auch die bisher über jeden Zweifel erhabene innere Festigkeit des Inselreiches zu wanken, die englischen Diplomaten Burgess und Maclean verließen über Nacht London und gingen nach der Sowjetunion. Spionage- und Sabotagefälle, besonders auf den Schiffen der Kriegs- und Handelsflotte häuften sich. Sie werden vom Ausland gesteuert, aber von Engländern ausgeführt. Noch ist die englische Kommunistische Partei verhältnismäßig klein, aber straff organisiert und sehr aktiv.

Der deutsche Geschichtsforscher Graf Yorck von Wartenburg *) sagte bereits 1897: „Engand hat immer schneller und immer weiter um sich greifend seine weltumspannende Macht ausgebaut, hat aber auch im Innern eine immer stärker sich geltend machende Richtung eingeschlagen, welche vielleicht der erste Schritt zum Verfalle des Weltreiches ist. Die Hauptschuld trägt daran, soweit dieses ein einzelner sein kann, Gladstone, ein Politiker wie unsere Fraktionshäupter, bereit, alles zu zerstören, wenn er nur selbst während seiner Lebenszeit am Ruder bleibt."

Wie würde Yorck, wenn er noch lebte, über Churchill und andere Staatsmänner unserer Zeit urteilen?

England lehnte jede Bindung in Europa ab, befürwortete aber seine Einigung. Man kann daraus wohl schließen, daß es die berüchtigte Politik des Gleichgewichtes in Europa aufgegeben hat und sich nun bemühen wird, den ganzen Kontinent im Sinne seiner eigenen Wünsche zu beeinflussen. Daher seine Bemühungen, in die sich bildenden europäischen Organisationen Beobachter zu entsenden. Die Montanunion hatte die Absicht erkannt und ebenso abgelehnt wie die Teilnehmerstaaten des Pazifik-Paktes.

Das Ende der englischen Weltherrschaft bedeutet auch das Ende des unheilvollen Einflusses auf den europäischen Kontinent. Die Macht des bösen Geistes ist gebrochen und den Völkern Europas bietet sich die Möglichkneit zur Einigung und damit auch der Weg in eine bessere Zukunft.

---

* Yorck von Wartenburg: „Weltgeschichte in Umrissen".

7. Was nun?

Auf der Konferenz von Casablanca erklärte der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt 1943:

„Die einzige Friedenshoffnung liegt darin, Deutschland und Japan jegliches Mittel zur Macht zu nehmen."

Sein Amtsvorgänger Hoover verkündete dagegen im Februar 1951 im Rundfunk: „Ich machte vor 3 Jahren den Vorschlag, Japan und Westdeutschland volle Unabhängigkeit zu gewähren unter demokratischen Regierungen. Hundert Jahre lang waren diese Nationen die großen Schutzdämme gegen die russischen Horden. Je schneller sie ihre Unabhängigkeit erhalten, desto schneller werden sie ihre einstige Aufgabe wieder übernehmen, im Interesse ihrer eigenen Sicherheit."

Zu dieser Erkenntnis kam Herbert Hoover aber erst lange nach Abschluß seiner Präsidentenschaft und wahrscheinlich war sie auch durch den Koreakrieg beeinflußt.

In diesen beiden vollkommen entgegengesetzten Meinungen spiegelt sich eine erstaunliche Unklarheit über die geschichtlichen Zusammenhänge und ihre Bedeutung für die Politik. Es scheint, daß die Staatsmänner ihr Amt ohne die notwendige Sachkenntnis antreten, und daß auch ihre amtlichen und persönlichen Berater nicht in der Lage waren, diesen Mangel auszugleichen. Dies dürften die eigentlichen Ursachen für die gefahrvolle Lage sein, in welche die USA und mit ihr die Völker der westlichen Welt sich seit dem Ende des Krieges hineintreiben ließen.

1945 waren die USA der Sowjetunion in jeder Hinsicht überlegen; denn sie allein verfügten über Atombomben und eine Luftwaffe, gegen die Rußland machtlos war. Rußland hatte außerdem einen großen Teil seiner Rüstungsindustrie eingebüßt und litt unter dem Mangel an Nahrungsmitteln. Allein durch politischen Druck hätte man die Russen zum Abzug ihrer Truppen aus Europa zwingen können. Das auch von den Sowjets anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre eine geeignete Verhandlungsgrundlage gewesen. Stattdessen wurde Moskau Zeit zum Aufrüsten und Aufstellen neuer Verbände gegeben, während die eigenen Truppen demobilisierten. Wie mit Blindheit geschlagen, glaubte man, den russischen Bären auch weiterhin für eigene Zwecke am Nasenring führen zu können. Erst der Koreakrieg brachte ein peinliches Erwachen aus diesem Traum.

In das Koreaabenteuer stürzten sich die USA ohne eine klare und militärische Zielsetzung. Korea sollte **ganz** befreit werden und als erkannt wurde, daß dies ohne das Risiko eines 3. Weltkrieges nicht möglich war, wurde nur noch von Südkorea gesprochen. Die UN, zur Teilnahme an diesem neuen Kreuzzug aufgeboten, lehnte fast geschlossen ab, und offenbarten damit die geringe Bedeutung dieser Institution. Damit sank auch das Ansehen der USA, die vorher schon in China ihren Einfluß verloren hatten, als die von ihnen unterstützte nationalchinesische Armee Tschian Kai Schek's zusammenbrach und nach Formosa ins Exil ging. Der neue kommunistische Machthaber Mao Tse-tung

beeilte sich, die Nordkoreaner mit seinen modern ausgerüsteten Truppen zu unterstützen und schuf dadurch eine für die USA ganz neue Lage, denn nun war ein Ende des Koreakrieges gar nicht mehr abzusehen. Man versuchte ihn daher abzubrechen und machte ein Waffenstillstandsangebot. Es ging von der UNO aus und wurde 48 Stunden lang in kurzen Zeitabständen von 100 Funksendern ausgestrahlt! Dieser Kunstfehler und die vor der Weltöffentlichkeit ausgetragene Kontroverse zwischen dem Präsidenten Truman und General Mac Arthur waren nicht dazu angetan, das Ansehen der USA zu festigen.

Vielleicht ist die Beteiligung Rotchinas am Koreakrieg auf den Einfluß des Kreml zurückzuführen. Der Gedanke kann aber auch von Mao ausgegangen sein, denn dieser Krieg gab ihm die Möglichkeit, eigene Truppen in größtem Umfange mit von Moskau gelieferten modernen Waffen auszurüsten und zu schulen.

Die Europäer in Korea, Indochina und Malaka haben von Anfang an auf verlorenem Posten gestanden, denn von diesen letzten Positionen in Asien wird es niemals wieder gelingen, Einfluß auf den Kontinent zu gewinnen. Der weiße Mann hat hier ausgespielt, politisch und wirtschaftlich. Die noch nicht unter Moskaus oder Pekings Einfluß stehenden Länder, wie Indien, Pakistan, Persien und Burma verhalten sich neutral, lehnen jede Bindung mit dem Westen ab und warten zunächst ab, ob Moskau oder Peking das zukünftige Machtzentrum Asiens sein wird.

Japan verlor 1945 seinen gesamten seit 1910 erworbenen Besitz und ist auf dem Raum zusammengedrängt, den es vor 100 Jahren besaß. Auf dem gleichen Gebiet, das damals 30 Millionen Menschen kümmerlich ernährte, muß heute die dreifache Anzahl leben. Japan mußte auch einen Kriegsverbrecherprozeß in Tokio über sich ergehen lassen; er forderte acht Todesurteile, die durch Erhängen vollstreckt wurden. Sieben Jahre später wurden diese Männer im Rahmen einer nationalen Kundgebung rehabilitiert und ihre Ehre wiederhergestellt. Ihre Seelen waren „heinmgekehrt". Die mit der Umerziehung der Japaner beschäftigten Amerikaner hielten es für geboten, diese Feier zuzulassen. Die Umerziehung ließen die Japaner gelassen über sich ergehen. Der Tenno zeigt sich mit seiner Familie in der Öffentlichkeit und trägt dabei schlichte Zivilkleidung. Die Erziehung des Thronfolgers wird durch eine amerikanische Lehrerin in demokratische Bahnen gelenkt. Zu allen diesen Vorgängen lächelt Japan verbindlich wie immer und unterzeichnete auch ein Friedensdiktat, das in seinen Auswirkungen einem nationalen Todesurteil gleichkommt; denn die Bevölkerungszahl steigt weiter an.

Zu „seiner eigenen Sicherheit" soll dieses asiatische Volk in die Verteidigungsfront der „westlichen Welt" nutzbringend eingegliedert werden. Vor 50 Jahren ließ sich Japan für englische Interessen zu einem Krieg gegen Rußland verleiten und wurde dann um seinen Lohn — einen Landgewinn — geprellt. Es wird diese Lehre und die Folgen der Atombomben wohl nicht vergessen.

Wie ist die heutige Lage Japans nach dem Kriege, und wie steht es bei uns?

Nach der Kapitulation wurde der damalige japanische Außenminister Shigemitsu als Kriegsverbrecher abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen. Nach zwei Jahren Haft wurde er entlassen und Ende 1954 wieder zum Außenminister ernannt. Diese Tatsache allein läßt erkennen, daß Japan wieder im Besitz seiner Unabhängigkeit ist, auch wenn die USA noch Truppen in Japan stehen haben, ohne dafür Besatzungskosten zu erhalten.

Man stelle sich vor, was geschehen würde, wenn der letzte deutsche Außenminister vor dem Kriege, Frhr. v. Neurath, wieder in sein Amt eingesetzt würde, nachdem einige Glückwunschschreiben, die v. Neurath 1954 nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Spandau erhielt, schon genügten, um einen Sturm der Entrüstung in der englischen Presse zu verursachen.

Das gleiche geschah, als deutsche Zeitungen ganz beiläufig daran erinnerten, daß 1955 die Haftzeit des Großadmirals Dönitz abgelaufen sein wird. In ihrem tief eingewurzelten Deutschenhaß verstiegen sich englische Blätter zu der Behauptung, Dönitz wolle Anspruch auf das Amt des Staatspräsidenten erheben und „deutscher Kaiser" werden. Diese sinnlose Hetze gegen Deutschland zeigt uns nur, wie die uns zugesagte „volle Souveränität" in Wirklichkeit aussehen wird.

Wenn wir wieder in der Welt geachtet sein wollen, dann müssen wir zunächst unsere Selbstachtung wiedergewinnen und uns mit allen Mitteln gegen die von der Geschichte längst widerlegte Legende von unserer angeblichen Kriegsschuld wehren. Die zahlreichen internationalen Konferenzen bieten hierzu günstige Gelegenheiten. Auch die Presse könnte sich in diesem Sinne mehr als bisher betätigen.

Auch in Europa ist die Zeit nicht stehen geblieben. Westdeutschland erlebte durch den Marshallplan und die Rütsungskonjunktur eine Scheinblüte, die nur zu leicht übersehen läßt, daß seine Ausplünderung und Auszehrung, wenn auch in anderer Form, unentwegt weitergeht. Die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße fand ihre Fortsetzung in dem Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland nach dem Bundesgebiet. In Bonn glaubte man diesen unerwünschten Bevölkerungszuwachs in außereuropäische Länder ableiten zu können und die USA scheinen diese Lösung begünstigen zu wollen. Die Aufnahme der Flüchtlinge ist auch so, daß viele den Wunsch haben, ihr Vaterland zu verlassen und manche sind in ihrer Verzweiflung sogar wieder in die Sowjetzone zurückgegangen. So sieht man tatenlos zu, daß der von Präsident Hoover geforderte deutsche „Schutzdamm" weiter abbröckelt, anstatt alles aufzubieten, um ihn zu verstärken. Auch innerlich ist dieser Damm unterwühlt; denn Millionen Deutsche haben nichts mehr zu verlieren und werden dem nachdrängenden Kommunismus keinen Widerstand mehr leisten.

Gleichzeitig geht die materielle Ausbeutung weiter. Millionen müssen für die Besatzungstruppen — 22 Jahre nach dem Kriege noch —, für Israel, das 1945 als Staat noch nicht bestanden hatte und für die Auslandsschulden von einem Volk aufgebracht

werden, das sehr hohe soziale Lasten zu tragen hat, durch den Krieg erschöpft ist, und an dessen Arbeitskraft Raubbau getrieben wird. Demgegenüber ist von einer Rückgabe der geraubten deutschen Werte, Auslandsvermögen, Patente usw. keine Rede. Bonn war mit allem einverstanden.

Die USA verkünden immer wieder, daß Europa verteidigt werden müsse und übersehen dabei ganz, daß der verbliebene Rest dieses Kontinents weder lebens- noch verteidigungsfähig ist. Es wurde viel von moralischer Aufrüstung gesprochen, aber es folgten keine Taten. Schon mit den Waffen des Kalten Krieges, in dem Moskau die Führung an sich gerissen hat, wäre es durchaus möglich, die Russen zum Abzug aus den Ostgebieten zu veranlassen. Die Lautstärke der sowjetischen Propaganda entspricht nicht den realen Machtmitteln, über die Moskau verfügt. Der Kreml wird sich auch kaum auf eine Auseinandersetzung mit dem Westen einlassen, ehe nicht der Kampf um die Macht in Asien entschieden und die Spannungen innerhalb der Sowjetunion beseitigt sind.

Europa wird auch dann, wenn die Ostgebiete einmal befreit sein werden, ein übervölkerter Kontinent sein, dessen überschüssige Menschen unwiederbringlich verloren gehen, wenn sie sich in alle Welt zerstreuen. Daher war es ein unverzeihlicher Fehler, Italien die Kolonien zu nehmen. Nordafrika ist für Europa lebenswichtig als Auffanggebiet für seinen Bevölkerungsüberschuß und für seine Ernährung. Es sollte gemeinsam erschlossen und verwaltet werden. Ungeahnte Möglichkeiten bietet eine teilweise Trockenlegung des Mittelmeeres, Bewässerung der Sahara und der Bau von Kraftwerken bei Gibraltar. Die Pläne sind schon vorhanden. *)

8. Asien

Der asiatische Kontinent ist im Begriff, sich zum stärksten Machtfaktor der Erde zusammenzuschließen. Die europäischen Völker, soweit sie sich dort früher als Machthaber betätigten und den Wunsch haben, diesen Zustand wiederherzustellen, werden sich hiergegen vergeblich anstemmen. Die Rechnung für politische Fehler muß, wie dieser Fall besonders deutlich zeigt, früher oder später beglichen werden.

Der Kern Asiens ist China. Man übersieht wegen der langen Zeit politischer und wirtschaftlicher Depression oft, daß China mit seinen 700 Millionen Menschen das größte und gleichzeitig das älteste Kulturvolk der Erde ist. Dazu kommt, daß es sich trotz häufiger Überflutung durch Nachbarvölker seine Reinheit der Rasse hat bewahren können, denn die Eroberer wurden nach kurzer Zeit völkisch immer aufgesogen. Diese Einheit der Rasse befähigt China auch zu kulturschöpferischen Leistungen, die seinen Nachbarvölkern versagt sind. Im Bereich der heutigen Sowjetunion ist infolge wechsel-

*) Hermann Sörgel, Atlantropa.

weiser Überflutung durch Slawen und Tataren eine Mischrasse entstanden und ebenso sind die Japaner eine Mischung von Mongolen und Indonesiern. Die Geschichte bestätigt, daß beide Völker nicht in der Lage waren, eine nennenswerte eigene Kultur zu entwickeln. Andererseits zeigten sie aber eine besondere Befähigung, sich die Leistungen anderer Völker auf dem Gebiet der Zivilisation sehr schnell anzueignen und durch Weiterentwicklung sogar zu überbieten.

So erklärt es sich, daß in Asien heute noch die politische und machtmäßige Überlegenheit in den Händen der Sowjetunion liegt. Auf weite Sicht betrachtet, dürfte aber die Führung China zufallen. Die frühere Abhängigkeit von der Sowjetunion war nur zeitbedingt, aber die Frage ist noch offen, ob sich der Kommunismus in China durchsetzen und halten wird. Schon heute steht fest, daß der Kommunismus in China sich eigenständig entwickelt und andere Wesenszüge hat als in der Sowjetunion. Beide Bewegungen haben aber das Gemeinsame der auf ausgeprägter Heimatliebe beruhenden betont nationalen Einstellung. Dies bedeutet natürlich auch einen unüberbrückbaren Gegensatz und schließt es aus, daß einer von beiden sich in die Abhängigkeit des anderen begibt.

Als sicher dürfte anzunehmen sein, daß die Periode der Ausbeutung Chinas durch europäische Völker ihr Ende gefunden hat. Mao Tse-tung denkt nicht daran, die überwundene Periode der Ausbeutung seitens der Europäer durch eine solche durch die Sowjetunion zuzulassen. Damit ist die Aufgabe der letzten europäischen Positionen in Asien nur noch eine Frage der Zeit.

Bei der Beurteilung einer Lage ist es immer zweckmäßig, sie zunächst einmal mit den Augen der Gegenseite zu betrachten. Man mindert dadurch die Gefahr, Schlüsse zu ziehen, die mehr den eigenen Wünschen als den Tatsachen entsprechen.

Seit über hundert Jahren wurde Asien von den „weißen" Völkern ausgebeutet. So entstand in China, insbesondere seit Englands Opiumkrieg, ein allgemeiner Haß gegen alle Fremden. Die Amerikaner hatten aus Konkurrenzneid immer den englischen Kolonialimperialismus in China bekämpft, aber dort machte man keinen Unterschied, auch sie gehören zu den „weißen Teufeln". China hatte sich im ersten Weltkrieg verleiten lassen, der Entente beizutreten. Es hoffte, als Lohn dafür seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen oder doch wenigstens eine Verbesserung seiner Lage zu erreichen, und wurde bitter enttäuscht. So war es kein Wunder, daß es nun dem kommunistischen Einfluß erlag, um auf diese Weise seine Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Damit waren aber die Würfel im fernen Osten gefallen.

Das von Asien ausgegangene politische Erdbeben hat sich auch auf Afrika ausgedehnt und im dortigen Kolonialbesitz Englands und Frankreichs war ein politischer Erdrutsch im Gange, der ebenfalls nicht aufzuhalten war. Auch hier handelt es sich um

die Quittung für früher begangene Fehler. In Afrika haben die USA es aber abgelehnt, helfend einzugreifen. Vielleicht geben sie sich dem Traum hin, auch hier zu gegebener Zeit als Erben auftreten zu können.

Ein Missionar, der 30 Jahre unter Chinesen gelebt hatte, bekannte, daß es ihm nur geglückt sei, einen kleinen Zipfel des Schleiers zu lüften, der die Seele dieses Volkes verhüllt. Solche Erfahrungen und Erkenntnisse bleiben unbeachtet, denn die Weltpresse überdeckt sie mit ihrer Flut gegensätzlicher Meinungen, die nur äußere Eindrücke widerspiegeln. Ein zünftiger Reporter glaubt ja nach einer Reise von wenigen Wochen, alle Lebensäußerungen und Probleme eines so großen Landes bis in die Wurzeln hinein erfaßt zu haben. Derartige Reportagen und die Berichte der auf ihren Amtsbereich beschränkten Diplomaten bilden dann die Unterlagen für politische Entscheidungen. Man sieht nur die Maske des ewig lächelnden Chinas, hinter der sich das wahre Gesicht Asiens verbirgt, das seit den Zeiten Dschingis-Chans unverändert geblieben ist.

Die Amerikaner hatten geglaubt, Tschiang Kai-scheck unterstützen zu müssen, weil er das „nationale" China vertrat und Sicherheit gegen die Gefahr des Kommunismus zu bieten schien. Aber auch von Moskau aus wurde er während des 2. Weltkrieges unterstützt, weil man nur ein nationales China für stark genug hielt, die japanische Gefahr zu bannen. Von beiden Seiten wurde verkannt, daß die mit dem Sturz der Mandschudynastie begonnene Revolution sich ihrem Ende näherte und daß Tschiang-Kai-scheck nur der letzte Vertreter des alten feudalen und korrupten China war, der sich vergeblich einer Neuordnung zu widersetzen versuchte. Diesem Bild widerspricht scheinbar die Tatsache, daß Mao Tse-tung sich am Koreakrieg beteiligte und die Hilfe der Sowjetunion annahm. Dies war sicher nur zweckbedingt und bedeutet für China auch keine Gefahr, dem politischen Einfluß der Sowjetunion zu verfallen. Solche Möglichkeiten bieten sich Moskau nur in den kleinen Satellitenstaaten Osteuropas, die es mit seinen Organen ganz durchsetzen und gefügig machen kann. In China oder Indien mit ihren ungeheuren Menschenmassen ist das in dieser Weise nicht möglich.

Mao Tse-tung hat in Europa studiert und dort die marxistischen Lehren in sich aufgenommen. Jetzt in China lehnt er jede marxistische Dogmatik schärfstens ab. Er ist Chinese und der anerkannte Führer eines wahrhaft nationalen China. Es ist auf dem Wege, eine eigene Staatsform zu finden, die der chinesischen Eigenart entspricht. Es ist im Grunde genommen auch gleichgültig, ob China kommunistisch oder demokratisch verwaltet wird; entscheidend dagegen ist, ob und wieweit es einen Machtfaktor darstellen wird.

Zwischen den beiden Polen, China und Sowjetrußland, werden sich die restlichen Völker Asiens entscheiden müssen, wem sie sich anschließen wollen. Die stärkere Anziehungskraft dürfte von China ausgehen!

Die USA haben versucht, die kleinen Randvölker Asiens zum gemeinsamen Widerstand gegen den vordringenden Kommunismus aufzurufen.

Aber auf der Südostasien-Konferenz Ende 1954 erschienen nur Pakistan, Siam und die Philippinen. Zwischen Pakistan und Siam klafft eine große Lücke, denn Indien, Ceylon und Indonesien, die aus naheliegenden Gründen keinem gegen das mächtige China gerichteten Pakt beitreten wollten, hatten auf die Teilnahme an der Konferenz verzichtet. Immerhin waren noch, außer Australien und Neuseeland, England und Frankreich mit ihren restlichen Besitzungen in Südostasien beteiligt. Aber nach den peinlichen Erfahrungen in Korea und Indochina ist es fraglich, ob diesem Versuch eine nennenswerte Wirkung zuzusprechen ist, oder ob er nicht eher dazu dient, die hoffnungslose Lage der letzten, von der „freien Welt" noch verteidigten Positionen im dortigen Bereich aufzuzeigen.

Während man sich hier noch mit Fragen beschäftigt, die praktisch schon der Vergangenheit angehören, ist man in Asien längst dabei, sich mit Zukunftsfragen zu befassen.

Moskau beginnt, einen umfangreichen Plan durchzuführen, in dem die Ansiedlung möglichst großer Menschenmassen in Sibirien vorgesehen ist. Sibirien hat zwar einen schlechten Ruf als Strafkolonie während der Zarenzeit, ist aber trotzdem ein sehr fruchtbares Land mit gesundem Klima.

Berücksichtigt man, daß Sibirien von dem zu den USA gehörenden Alaska nur durch die Beringstraße getrennt ist, dann wird die mit dem Besiedlungsplan verbundene Absicht verständlich. Nachdem man hüben und drüben rund zehn Jahre geglaubt hatte, alle strategischen Probleme mit Atom- und Wasserstoffbomben lösen zu können, entsinnt man sich nun wieder der alten Weisheit, daß eine Kriegsentscheidung nur durch Landtruppen erreicht werden kann, die allerdings infolge der Atomwaffen anders zusammengesetzt, ausgerüstet und geführt werden müssen, als es früher üblich war.

Seitdem die USA 1917 aktiv in die Weltpolitik eintraten, sind alle Entscheidungen auf kurze Sicht getroffen worden, ohne die später zu erwartenden Folgen zu berücksichtigen.

Der erste Weltkrieg sollte ein großes Geschäft werden und wurde es nicht, weil England seine Kriegsschulden nicht bezahlte, Europa durch das Versailler Diktat wirtschaftlich und politisch zerrüttet war, und hierdurch eine Welwirtschaftskrise ausgelöst wurde, von der auch die USA nicht verschont blieben.

Der zweite Weltkrieg sollte ein noch größeres Geschäft werden. Den Sowjets wurde die Osthälfte Europas in den Schoß geworfen, ohne die Folgen zu bedenken. An die Folgen wurde auch bei der Zertrümmerung Deutschlands nicht gedacht. Wer wußte in den USA, daß mit Deutschlands Untergang auch das Schicksal des Abendlandes besiegelt war?

1945 hätte der Schaden noch behoben werden können, aber die USA brauchten Jahre, bis sie die Absichten Moskaus erkannten und warteten ab, bis es, nachdem auch die Russen Atomwaffen hatten, zu spät war.

Der Mangel an Voraussicht und Entschlossenheit führte dazu, daß zuerst China und damit gleichzeitig Asien verloren ging.

Asien ist endgültig verloren, aber die Wiederherstellung Europas, nicht nur Deutschlands, liegt — wie schon früher angedeutet — durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Werden die USA auch hier warten, bis es für Europa und sie selbst zu spät ist?

9. Das Deutsche Wirtschaftswunder und seine Kehrseite

Entsprechend den Vereinbarungen von Yalta wurde Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Sie sollten aber nach den Weisungen des Kontrollrats wirtschaftlich miteinander verbunden bleiben. Außerdem wurde es nach Abtrennung des Gebiets östlich der Oder-Neiße-Linie in Länder aufgeteilt, um hierdurch die politische Einheit des Reiches für alle Zeiten zu beseitigen.

Sehr bald mußten die Westmächte erkennen, daß die Sowjetunion nicht beabsichtigte, sich durch den Kontrollrat hindern zu lassen, Mitteldeutschland ganz nach eigenem Gutdünken zu verwalten und auch das ostwärts der Oder-Neiße gelegene Gebiet entgegen den Vereinbarungen von Potsdam den Polen nicht zur vorläufigen Verwaltung, sondern als endgültigen Besitz zu übereignen.

Millionen deutscher Menschen wurden aus diesem Gebiet nach Westen getrieben. Diese Gewaltmaßnahme zeigte deutlich, daß die Sowjets nicht gewillt waren, in einem späteren Friedensvertrag die früheren Grenzen anzuerkennen.

Die Sowjetunion nahm sich nicht die Mühe, Mitteldeutschland selbst zu verwalten, sondern setzte hierfür eine deutsche Regierung ein, deren führende Stellen mit alten bewährten Kommunisten besetzt wurden, die 1933 nach Rußland flüchteten und dort für ihre Aufgaben sorgfältig vorbereitet wurden. Ihre Weisungen erhielten sie von der M. W. D. *), die ihrerseits ganz im Hintergrund blieb. Ihre Aufgabe war es, die Verwaltung und Wirtschaft genau nach dem Muster der Sowjetunion umzustellen. Äußerlich wurde, ebenso wie dort, die angeblich demokratische Staatsform verwirklicht. Man ging darin so weit, daß mehrere Parteien zugelassen wurden. Natürlich hatte nur die als SED getarnte kommunistische Partei allein zu bestimmen. Zunächst wurden alle politisch unerwünschten Elemente in Lagern der Ostzone interniert oder nach der Sowjetunion verschleppt. Es folgte die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Industrie. Diese Maßnahmen fanden natürlich bei den Nutznießern Beifall. Der Kommunismus schien

*) Ministerium für innere Angelegenheiten

nicht so schlimm zu sein, wie ihn die Propaganda des 3. Reiches dargestellt hatte. Nur die wenigsten Menschen wußten, daß es vor fast 30 Jahren in der Sowjetunion auch ganz harmlos angefangen hatte. Auf die Landnahme durch die Bauern folgte die Traktorenstation und dann zwangsläufig die Kolchose. Um zu erkennen, wie es dann weitergehen wird, braucht man nur die Entwicklung in Ungarn zu betrachten, die der unseren zeitlich etwa ein Jahr Vorsprung hat. Dort ist man jetzt bereits dabei, die bürgerliche Schicht „umzusiedeln", d. h. sie muß die Stadt verlassen und wird überall dort eingeschoben, wo Arbeitskräfte benötigt werden. Ob sie die verlangte Arbeit leisten kann, ist gleichgültig. Wer die Norm nicht erfüllt, erhält weniger Lebensmittel.. Auf diese einfache Weise entsteht in verhältnismäßig kurzer Zeit der klassenlose Staat sowjetischer Prägung.

Unmittelbar nachdem sich die M. W. D. unter großem Personalaufwand in der Sowjetzone eingerichtet hatte, begann sie mit dem Abbruch und dem Verladen aller irgendwie nützlich erscheinenden Industrieeinrichtungen durch die in ihrer Hand befindlichen Kriegsgefangenen. Diese Arbeiten wurden so überstürzt ausgeführt, daß ein großer Teil dabei zu Bruch ging oder noch vor dem Abtransport verottete. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Russen nur mit einem kurzen Verbleiben in dem von ihnen besetzten Gebiet gerechnet hatten. Dafür sprach auch der Abbau ganzer Bahnstrecken oder wenigstens der zweiten Geleise. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß die USA ihre Machtposition so schnell aufgeben würden. Als sie dies aber erkannt hatten, ließen sie die Fabriken als „volkseigene Betriebe" oder als sowjeteigene „Aktiengesellschaften" — z. B. die Uhrenindustrie in Glashütte — wieder aufbauen und für sich arbeiten.

In Westdeutschland hatten die Besatzungsmächte mit der Durchführung des Morgenthau-Planes begonnen und drei Besatzungszonen geschaffen. Auch Frankreich, das in Potsdam nicht als „Siegermacht" zugelassen worden war, wurde eine Zone zugesprochen und Zusagen wegen der Saar gemacht. Die USA, England und Frankreich bemühten sich, jeder in seiner Art, die faschistisch verseuchten Deutschen zu wahren Demokraten umzuerziehen. Sie glaubten anscheinend ernstlich, daß die Eigenart eines Volkes sich ändern ließe, und meinten, man brauche den deutschen Adler nur in einen Käfig zu sperren, um ihn dann mit Mitteln der Dressur in einer Taube verwandeln zu können. So wurden denn alle, die als Beamte oder Soldat ihrem Staat gedient hatten, wahllos in Lager gesperrt. Wie es dort zugegangen ist, wurde durch zahlreiche Veröffentlichungen erst allmählich bekannt. An der „Entnazifizierung" beteiligten sich mit großer Begeisterung die Nutznießer des Zusammenbruchs. Sie setzten diese üble Tätigkeit auch noch verbissen fort, als die Besatzer sie längst als unsinnig aufgegeben hatten. Dieser Vorgang ist eines der beschämendsten Kapitel der deutschen Geschichte.

Natürlich entsanden auch zwischen den Besatzern, die in rücksichtslosester Weise „demontierten" und „entflochten", um die deutsche Industrie als Konkurrenz für alle

Zeiten auszuschalten, erhebliche Reibungen. Deshalb wurden die drei Zonen gegen den Widerstand Frankreichs zu einem Verwaltungsgebiet vereinigt und auch eine deutsche Regierung eingesetzt. Wie aber sollten die Verwaltungsstellen der neuen Bundesregierung und außerdem noch 11 Länderregierungen besetzt werden, da doch fast alle hierfür geeigneten Persönlichkeiten „belastet" waren. Man nahm das, was übrig blieb und sich an die Krippe drängte. Wie 1918 waren „Widerstandskämpfer" oder mindestens solche, die schon „immer" dagegen gewesen waren, besonders gefragt. Diese „45er", wie sie bald genannt wurden. bedienten sich desselben Tricks wie Gambetta 1871 in Frankreich. Dort waren alle die von der Wählbarkeit ausgeschlossen, die nach dem 1. 12. 1851 in irgend einer Beziehung zur kaiserlichen Regierung gestanden hatten. Das war also die Mehrzahl derer, die ihrem Lande und der rechtmäßigen Regierung treu gedient hatten.

Die Bundesregierung in Bonn war eine Art politischer Kindergarten, in dem sich die drei Fronvögte nun gemeinsam als Gouvernanten betätigten. Sie reisten auch viel im Lande umher und sprachen von den Lehrstühlen der Universitäten mit schulmeisterisch erhobenem Zeigefinger. Sie bemühten sich ehrlich, die ihnen zugewiesenen Pflichten zu erfüllen.

Dann kam der Koreakrieg und mit ihm das Erwachen der Sieger aus dem schönen Traum von einer sorglosen Zukunft. Es war besonders für die USA eine ganz unerwartete und sehr ernste Lage entstanden, die zwar nicht sofort, aber doch verhältnismäßig schnell erkannt wurde, denn die Haltung der Sowjetunion ließ ja an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die USA hatten die bisherigen Bollwerke gegen Asien — Deutschland und Japan — beseitigt und außerdem noch selbst abgerüstet.

Erst leise angedeutet und dann aber immer dringender erging die Forderung an Deutschland, einen „Verteidigungsbeitrag" zu leisten. Man tat so, als sei dies ein uns großzügig zugedachtes Geschenk, für das wir eigentlich noch garnicht wieder würdig genug seien. Trotz dem Veitstanz, den Frankreich bei dieser Gelegenheit aufführte, wurde beschlossen, eine Europa-Armee aufzustellen, in die auch deutsche „Kontingente" eingebaut werden sollten. Natürlich sollte vorher auch eine Art Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden, der aber unter der eigenartigen Bezeichnung „Generalvertrag" vom Stapel gelassen wurde. Gleichzeitig liefen auch noch die Verhandlungen über den ominösen Schuman-Plan.

In dreifacher Weise sollte sich Deutschland binden! Und was wurde ihm dafür geboten? Eine Garantie! Diese Garantieerklärung war sehr allgemein gehalten und das hatte seinen guten Grund, denn mit den vorhandenen Mitteln war ja Westdeutschland weder am Rhein noch gar an der Elbe zu verteidigen.

Um diese so ungeheuerliche Zumutung ganz zu begreifen, muß man sich zunächst einmal ins Gedächtnis zurückrufen, was sich in Deutschland nach dem Kriege abgespielt hatte.

Seit ihrem Kriegseintritt hatten die USA die Führung auf dem westlichen Kriegsschauplatz übernommen und damit trugen sie auch die Verantwortung für die Auslieferung der Osthälfte Europas an die Sowjets. In unvorstellbarer politischer Kurzsichtigkeit ließen sie es dann auch zu, daß das westliche Deutschland weiter ausgeplündert und geschwächt wurde. Sie griffen nicht ein, als Frankreich in nicht zu verkennender Absicht seine Hand auf die Saar legte und mit dem Schuman-Plan hausieren ging. Holland glaubte sich das Gebiet von Selfkant und das Eltener Land als „Reichslande" aneignen zu können und Dänemark versuchte mit den schon nach 1918 angewandten Mitteln in den deutschen Lebensraum einzudringen. Belgien hatte sich wieder Eupen und Malmedy genommen.

Gewiß, der Morgenthau-Plan wurde durch den Marshall-Plan abgelöst. Aber das geschah ja nicht, um dem deutschen Volk zu helfen, sondern um seine Industrie für die eigenen Zwecke wieder leistungsfähig zu machen. Für Berlin wurde sogar eine Freiheitsglocke gestiftet. Sollten damit die sinnlosen Zerstörungen deutscher Städte abgegolten werden?

Es wäre für die USA als führende Besatzungsmacht leicht gewesen die Bundesregierung zu zwingen, die Umsiedlung der 10 Millionen Flüchtlinge und einen wirklichen Lastenausgleich herbeizuführen. Auch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wäre kein Problem gewesen, denn Arbeit gab es ja in Hülle und Fülle, und ebenso wäre eine der Lage entsprechende Finanz- und Wirtschaftspolitik zu erreichen gewesen. Aber dazu hätte man zunächst einmal die kostspieligen Länderregierungen beseitigen müssen. Es ist aber garnicht auszudenken, was Frankreich dazu gesagt hätte. Also begnügte man sich damit, den Deutschen endlich die Segnungen der Demokratie gebracht zu haben und freute sich, daß in Bonn nun wirklich demokratisch regiert wurde.

Man wußte in Bonn sehr wohl, daß mit der Ratifizierung des E.-V.-G.-Vertrages die Trennung von Ost und West in Deutschland eine endgültige Tatsache sein würde. Trotzdem wurde versichert, die Wiedervereinigung Deutschlands sei das vordringlichste außenpolitische Ziel. Die Bundesregierung wußte, daß die Westmächte zu ihrer eigenen Sicherheit **dringend** deutsche Truppen benötigten, und daß sie mit dieser Tatsache alle Trümpfe in der Hand hatte, um weitgehende Forderungen zu stellen.

Als Vergleich bieten sich Spanien und Jugoslawien an, das eine faschistisch und das andere kommunistisch, aber beide autoritär verwaltet. Sie wurden ebenfalls aufgefordert, „Verteidigungsbeiträge" zu leisten und verlangten ohne nennenswerte eigene Leistungen, daß die USA alle Kosten tragen müßten — was dann auch geschah.

Veshalb stellte die Bundesregierung gar keine Forderungen?

Sie verpflichtete sich, deutsche Truppen für die Verteidigung Westeuropas zu stellen, während deutsche Soldaten weiterhin in Zuchthäusern verbleiben sollten.

Bei jeder Gelegenheit wurde betont, daß wir in einem Rechtsstaat leben, weil die erlassenen Gesetze durchgeführt werden. Das stimmt, aber leider beruhen diese Gesetze nicht auf Gerechtigkeit. Noch immer werden die Menschen mit zweierlei Maß gemessen und der Gegensatz zwischen arm und reich wurde immer schärfer. Gerade das Elend der Flüchtlinge hätte Anlaß zu einem deutschen Sozialismus der Tat werden können.

Für rund 120 Minister und die dazugehörigen Ministerien werden Aufwendungen gemacht, die bei der Verarmung des Volkes unverantwortlich sind.

Auf dem Altar eines noch in nebelhafter Ferne liegenden Europa sollten die deutschen Menschen zunächst einmal ihr Deutschtum und ihr Vaterlandsgefühl aufgeben. Um dies zu erreichen, wurde sogar ernsthaft der Versuch gemacht, die Nationalhymne abzuschaffen, weil die Worte „Deutschland, Deutschland über alles", angeblich aufreizend und agressiv wirken. Man übersah geflissentlich, daß diese Worte nur der Ausruck unserer Vaterlandsliebe sind und weiter nichts. Im Deutschlandlied findet sich nicht die Aufforderung, „alle Weltmeere zu beherrschen", wie in der englischen Hymne „Rule Britannia" oder gar der Aufruf „die Bataillone antreten zu lassen gegen die sklavischen Horden, deren Blut den Boden Frankreichs tränken soll", wie es in der „Marseillaise" gefordert wird. Wer denkt noch daran, daß unser Deutschlandlied seine Weihe erhielt, als die deutsche Jugend bei Langemarck sich opferte?

Auch der 18. Januar 1871 als Gedenktag an die Reichsgründung wurde angegeben und dafür der 17. 6. zum Nationalfeiertag erklärt.

Schwerer noch als die bitteren Verluste an Menschen, Gütern und Kulturwerten wirkt sich für Deutschlands und des Abendlandes Zukunft die immer schärfer betriebene Trennung von Ost und West aus. Am beklagenswertesten ist aber die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Not der Ostflüchtlinge. Auch als der Strom der Flüchtlinge plötzlich zu einer Sturmflut anwuchs, begnügte man sich im Bundestag damit, diese Angelegenheit dem „Zuständigen Ausschuß" zu überweisen. Schließlich kam dann ein Gesetz, nach dem leere Räume und „unbebaute" Grundstücke für Flüchtlinge beschlagnahmt werden konnten.

Der moralische Tiefpunkt in dieser bedauerlichen Angelegenheit wurde mit der Äußerung eines Rundfunksprechers erreicht, der die Aufnahme der Ostflüchtlinge im Bundesgebiet als „selbstmörderische Humanität" bezeichnete!

Demgegenüber verdienen die Äußerungen des niedersächsischen Sozialministers Albertz festgehalten zu werden, der in einer Rundfunkansprache folgende Meinung vertrat:

„Wenn Deutschland in diesen nächsten Tagen und Wochen vor der Aufnahme dieser deutschen Menschen aus der Sowjetzone und Ost-Berlin versagt, wenn wir weiter mit kleinen und allzu bequemen Mitteln glauben uns an dieser Sache vorbeidrücken zu können, wenn wir meinen, Zustände, wie sie sich jetzt in Berlin abspielen, schweigend

ertragen zu können, dann wird die Grundlage der Bundesrepublik Deutschland unglaubwürdig. Dann ist das Grundgesetz dieser Republik ein Stück Papier, und dann ist der wichtigste Satz dieses Grundgesetzes, „die Würde des Menschen sei unantastbar", eine frivole Lüge."

Im Bundestag wird zweifellos sehr fleißig gearbeitet. Die vielen neuen Gesetze sind aber oft unklar und widerspruchsvoll. Dies gilt besonders für die Steuergesetze, zu deren Bewältigung das Personal der Finanzämter laufend vermehrt werden muß. Ein Heer von Steuerberatern bemüht sich, denjenigen, die es sich leisten können, durch das Gestrüpp der Paragraphen hindurchzuhelfen; die übrigen bleiben darin hängen.

Über das „deutsche Wunder" und den trotz aller Hemmungen durch das Besatzungsstatut erreichten Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft berichteten die Zeitungen laufend in Schlagzeilen. Dagegen fand man nur selten und unauffällig einige kurze Notizen über Vorgänge, die man als die Kehrseite des „deutschen Wunders" bezeichnen könnte.

An der Saar wurden deutsche Besitzer gezwungen, ihre Industriewerke an französische Unternehmer zu verkaufen, hinter denen der französische Staat stand. In die westdeutsche Industrie, die unter Kapitalmangel leidet, sickert laufend fremdes Geld ein. Dies ist eine Enteignung auf kaltem Wege. Die Erfahrungen aus beiden Weltkriegen bietem dem deutschen Bürger keinen Anreiz, dem Staat seine Ersparnisse als Anleihen anzuvertrauen. Lieber verbraucht er sie für Dinge, die er gar nicht nötig hat.

Während Mammutbauten für Ministerien und ihre nachgeordneten Dienststellen Bankpaläste, Theater usw. wie Pilze aus dem Boden schießen, mußten am 1. 7. 1951 noch 350 000 Flüchtlinge in Elendsquartieren wohnen.

Im Jahre 1949 wurden in Westdeutschland 8860 Selbstmorde festgestellt. Wieviel mögen es in der Sowjetzone gewesen sein? Immer noch wird von 18 Millionen in Mitteldeutschland gesprochen, obwohl es nur noch 16,9 Millionen sind. Der nur zum Teil auf die Flucht nach dem Westen zurückzuführende Bevölkerungsschwund erklärt sich durch die hohen Sterbeziffern, die ihre Ursache in dem Mangel an Ärzten, Arzneimitteln und Krankenhäusern haben. Die Zahl der Todesfälle ist höher als die der Geburten, auch die Eheschließungen haben abgenommen.

Aber auch im Bundesgebiet geht hinter den Kulissen des deutschen Wunders die Auszehrung und der Substanzverlust an Menschen und Sachwerten in aller Stille weiter. Hier nur einige Beispiele:

Durch Verkehrsunfälle verloren 1955 monatlich etwa 1000 Menschen ihr Leben, ohne daß bisher wirksame Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Die Verkehrsminister der Länder können sich nicht einigen und wollen erst weitere Erfahrungen sammeln. In Dortmund wurde ein „Unfallfreier Tag" proklamiert und zu diesem Zweck 100 000 Flugblätter verteilt, Lautsprecherwagen und 800 Polizeibeamte nebst 300 Helfern eingeestzt. Das Ergebnis war eine Rekordziffer an Unfällen.

Es wurde errechnet, daß allein in Nordrhein-Westfalen alle 4 Stunden ein Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verübt wird, darunter eine steigende Zahl von Lustmorden. Diese Zahl hat sich von 1947-1949 verdreifacht, aber die Todesstrafe wurde abgeschafft, weil sie nach statistischen Angaben keine abschreckende Wirkung habe. Bekanntlich gibt es die gewöhnliche Lüge, die gemeine Lüge und die Statistik, mit der man alles beweisen kann, was bewiesen werden soll.

Unentwegt werden von anderen Ländern deutsche Facharbeiter angeworben und deren Auswanderung begünstigt. Selbstverständlich werden nur junge und erstklassige Fachkräfte ausgewählt. An solchen war bei uns schon ein fühlbarer Mangel entstanden, noch bevor ein einziger Soldat eingezogen wurde.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die unzureichende Fürsorge für die deutsche Jugend. Tausende durch den Krieg und die Nachkriegszeit entwurzelte junge Menschen irren auf den Landstraßen umher und verkommen. An die Einrichtung eines Freiwilligen Arbeitsdienstes ist natürlich nicht zu denken; denn das wäre ja ein Rückfall in den Nazismus!

Als „Verteidigungsbeitrag" müssen monatlich 900 Millionen laufend aufgebracht werden, ständig wächst die Zahl der Übungsplätze und Fliegerhorste, während im gleichen Maße unsere landwirtschaftlichen Nutzungsflächen schrumpfen und durch Flurschäden bei Manövern Ernteschäden verursacht werden.

In der Lüneburger Heide verursachen die Britischen Besatzungstruppen besonders schwere Schäden durch Panzerfahrzeuge und Artilleriebeschuß. Ein Wanderverein stellte ein Plakat mit folgender Frage auf:

„Warum vernichtet Ihr unsere Naturschutzgebiete?"

Antwort der Engländer: „because we have won the war!" („Weil wir den Krieg gewonnen haben!")

Zusatz des Wandervereins: „and lost the Empire!" („Und das Weltreich verloren habt!")

Auch früher schon wurden deutsche Menschen für fremde Zwecke angeworben und mißbraucht.

Im Sommer 1817 kamen der Herzog von Weimar mit seinem Freunde Goethe und dem Freiherrn v. Stein auf vier Tage noch Köln, wo sie sich mit Ernst Moritz Arndt, dem Dichter des Liedes: „Der Gott der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte", trafen. Ernst Moritz Arndt berichtet in seinen Erinnerungen über diese Zusammenkunft *).

*) E. M. Arndt: Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich von Stein, Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1858.

„Da liefen denn auch die politischen Gespräche hin und her, zum Teil nur über Gerüchte, wie die Tagesblätter sie ausstreuten. Die Hamburger Zeitung unter anderem hatte gemeldet, „die Engländer fangen wieder an, bei ihnen für ihre Westindischen Kolonien die Werbetrommel zu rühren", und der Herzog meinte, das sei so recht gut, Deutschland werde dadurch manchen Wildfang und Taugenichts und auch wohl manchen tollen jakobinischen Wirrkopf los, wovon es jetzt wimmle. Da fiel ihm der Ritter ein: „Eure Hoheit mögen recht darin haben, daß es nicht schadet, daß mancher tolle Bursch sich in der Fremde den Wind um die Ohren sausen läßt, aber auch manches unschuldige Blut wird von solchen Werbern verführt und eingefangen um in den Sümpfen und in den Reisfeldern der heißen Weltteile jämmerlich umzukommen und sein Vaterland nimmer wieder zu sehen. Es ist aber noch ein Ehrenpunkt dabei, und der ist es, worauf ich Sie hinweise und welchen unsere deutschen Fürsten in diesen Tagen doch endlich einmal anfangen sollten von den Fremden zu lernen. Wer in England oder Frankreich solche Werbetrommel rühren wollte, der würde sogleich gefaßt und an Leib und Geld gestraft auch wohl zwei drei Jahre in ein Loch gesteckt werden, wo weder Sonne noch Mond hineinscheint."

Die christliche Regierungspartei in Bonn nahm keinen Anstoß an der uns angetanen Schmach und erklärte sogar, daß die von Deutschen in Indochina gebrachten Opfer zur Verteidigung der „freien Welt" notwendig wären, obwohl Frankreich selbst zugegeben hatte, daß es in Indochina einen „schmutzigen" Krieg führe.

Erst nach neun Jahren stillschweigender Duldung dieser Vorgänge und nachdem auch die beim Fall der Festung Dien Bien Phu bekannt gewordenen Zustände keinen Anlaß zum Einspruch gegen weitere Werbungen für die Fremdenlegion gegeben hatten, wurde dies beschämende Angelegenheit von einigen Parteien aufgegriffen.

Hierbei wurde die Werbung für die französische Fremdenlegion als die Kulturschande des 20. Jahrhunderts bezeichnet und die Regierung wurde aufgefordert, den „schmutzigen Kopfjägern" endlich das Handwerk zu legen. Seitens der Regierung wurde die Angelegenheit mit der Bemerkung abgetan, der französische Hohe Kommissar habe versichert, daß im Bundesgebiet keine Werber in französischem Auftrag tätig seien.

Das ritterliche Frankreich war auch nicht geneigt, die deutschen Opfer des schmutzigen Krieges zu versorgen, sondern bemühte sich, diese auf illegalem Wege in das Bundesgebiet abzuschieben.

In den „Vereinten Nationen" wurden 1945 die Menschenrechte verkündet und ihr Präsident bemühte sich persönlich nach Peking, um sich dort für elf verurteilte amerikanische Kriegsgefangene einzusetzen.

Auch in dieser UNO wird, wie im längst verblichenen Völkerbund, mit zweierlei Maß gemessen. Es wurde noch nie von den mindestens 30 000 Deutschen in der Fremdenlegion (nach anderen Schätzungen waren es über 200 000) gesprochen und für die zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen bestand damals wenig Interesse.

Als Substanzverlust muß es auch bezeichnet werden, wenn vom Staat und seinen Bürgern ein Aufwand getrieben wird, der weit über unsere Verhältnisse geht. Das gleiche gilt für den Konsum an Verbrauchsgütern und Luxuswaren.

Die „Entflechtung" der deutschen Industrie bleibt auch nach der Rückgabe der „vollen Souveränität" bestehen, denn ihr Zweck war, die deutsche Konkurrenz auszuschalten. Man kann über Zweckmäßigkeit starker Kapitalansammlungen in einzelnen Industrien verschiedener Ansicht sein. Sicher aber ist, daß nur sehr große Unternehmen, wie die „entflochtene" I. G. Farben, in der Lage sind, so große Mittel aufzubringen, wie sie für Aufgaben der Forschung notwendig sind. Ohne Forschung gibt es keinen Fortschritt. Die I. G. Farben waren einst mit ihren Arzneimitteln führend in der ganzen Welt und das soll für alle Zeiten verhindert werden. So wurden auch alle deutschen Patente enteignet und viele Wissenschaftler mußten mehr oder weniger freiwillig im Ausland ihre Arbeitskraft hergeben. Ende 1954 erhielten z. B. 38 deutsche Wissenschaftler, die an der Entwicklung der V-Waffen beteiligt waren, die amerikanische Staatsbürgerschaft. Genau so machten es die Russen im Bereich der Sowjetzone.

Die Gutgläubigkeit ist das Verhängnis des deutschen Volkes; sie zieht sich wie ein roter Faden durch seine Geschichte. Es hatte keine Bedenken, daß die Saar „vorläufig" bei Frankreich blieb, denn im Friedensvertrag — so wurde ihm versichert — bekommt es sie wieder, ebenso wie die Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße, die ja auch nur bis zum Friedensvertrag von Polen verwaltet werden sollen.

Wer sagt denn, daß es überhaupt zu einem Friedensvertrag kommt, an dem weder Frankreich noch Rußland auch nur das geringste Interesse haben?

Für ein Linsengericht oder genauer gesagt, für den Gutschein auf ein Linsengericht verschenkte der deutsche Michel seine durch geschichtlich bestätigte Leistungen erworbenen Rechte in Europa!

Gläubigen Herzens vernimmt er auch, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das vordringlichste Ziel seiner Regierung sei und staunt nicht einmal über die für die Ewigkeit errichteten Mammutbauten in Bonn.

Vergessen wir nicht, noch keinem Volk ist die Freiheit ohne eigene Bemühungen in den Schoß gefallen. Persien hat die Befreiung von englischer Ausbeutung, Hunger und innere Auseinandersetzungen gekostet. Nicht anders erreichte Ägypten den Abzug der Engländer vom Suez-Kanal. Auch Spanien hat viel Mühe aufwenden müssen, um als einziger noch „faschistischer" und damit geächteter Staat nach dem Kriege seine frühere Geltung wiederzugewinnen.

Nur uns will man einreden, daß wir lediglich brav sein müßten und alle Anmaßungen stillschweigend dulden, dann käme alles von selbst und auch die Wiedervereinigung.

Mit dem angeblichen deutschen Wunder werden die Menschen planmäßig eingelullt. Die Wiederbewaffnung als selbstverständliche Voraussetzung für die Sicherheit des Staates wurde in weiten Kreisen abgelehnt und sogar die bescheidenste Forderung nach einem zivilen Luftschutz wurde empört zurückgewiesen.

Das sind die Folgen systematisch betriebener Verdummung durch Staat und Parteien.

Auf die gleiche Weise wurde erreicht, daß in Westdeutschland kaum noch ein Interesse an der Wiedervereinigung besteht, denn der Aufbau der Sowjetzone könnte Kosten verursachen, zu deren Aufbringung kaum jemand bereit ist.

Das hat sich auch in der Sowjetzone herumgesprochen. Der Aufstand unbewaffneter Menschen vom 17. 6. 1953 hatte kein Echo gefunden, weder bei uns noch in den Ländern, die sich angeblich so sehr um die Wiedervereinigung Deutschlands bemühen.

Also schlafen wir ruhig weiter! Der alten Lehre: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott" wird die berüchtigte Parole nach der Niederlage von 1806: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" vorgezogen!

10. Europa den Europäern

Das heutige im Brennpunkt der Spannungen zwischen Ost und West liegende Europa bietet einen erschütternden Anblick. Es scheint, als ob die schon in seiner Glanzzeit vor 50 Jahren auftauchende Meinung vom Untergang des Abendlandes sich schneller verwirklichen soll, als es damals die ärgsten Pessimisten vermuteten. Die Osthälfte befindet sich völlig in der Gewalt Moskaus und bildet, trotz der scheinbar noch bestehenden Eigenstaatlichkeit der einzelnen Länder, heute schon einen fest gefügten Bestandteil der Sowjetunion.

Die Länder Westeuropas haben sich mit diesem Zustand abgefunden und klammern sich ihrerseits an die USA, von denen sie wirtschaftliche Unterstützung und militärische Hilfe gegen die Gefahr eines sowjetischen Angriffs erwarten. Die USA wollen aber im Höchstfall nur 6 Divisionen in Europa stationieren und verlangen, daß die Länder Westeuropas beschleunigt ihre Verteidigung selbst organisieren, da die Mittel zu einer dauernden Unterstützung nicht ausreichen. General Eisenhower hatte sich als Befehlshaber aller europäischen Truppen redliche Mühe gegeben, die Verteidigung zu organisieren. Er hatte zu vermehrten Anstrengungen aufgerufen und insbesondere verlangt, daß auch deutsche Truppen wieder aufgestellt werden sollten. Nennenswerte Fortschritte konnte er infolge der Passivität der einzelnen Länder und ihrer Gegensätze untereinander nicht erreichen.

Zwischen Siegern und Besiegten besteht materiell kaum noch ein Unterschied; denn sie werden von der gleichen wirtschaftlichen Not betroffen und ebenso von der Gefahr eines sowjetischen Angriffs.

Wo liegen nun die Widerstände gegen die so notwendige und allgemein auch anerkannte Vereinigung der westeuropäischen Länder und wie sind sie zu beseitigen?

Abgesehen von England, das sich aus naheliegenden Gründen in Europa nicht binden will, liegt das Schwergewicht bei den vier großen Ländern Deutschland, Italien Frankreich und Spanien. Sie müßten beispielgebend vorangehen und gerade bei ihnen bestehen nach wie vor die schärfsten Gegensätze, und die kleineren Länder verhalten sich deshalb und aus anderen Gründen abwartend.

Der entscheidende Grund, daß bisher so viel kostbare Zeit in unzähligen Verhandlungen und Konferenzen nutzlos vergeudet wurde, liegt in der starren Haltungs Frankreichs, das man mit Recht als den „Mühlstein am Halse Europas" bezeichnet hat. *)

Französische Staatsmänner haben eingesehen und bekundet, daß deutsche Truppen im eigensten Interesse Frankreichs notwendig sind. Trotzdem verharrt es nach wie vor an der seit den Zeiten Richelieus Deutschland gegenüber bekundeten Machtpolitik. Dazu kommt eine fast hysterische Angst, ein wiederaufgerüstetes Deutschland könnte Rache für das Unglück nehmen, in das es durch Frankreichs Kriegserklärung geraten ist, denn ohne diese wäre es ja nicht zu einem neuen Weltkrieg gekommen. Die hier bestehenden Gegensätze könnten nur beseitigt werden, wenn Frankreich sein völlig sinnloses Mißtrauen aufgeben würde.

Ein starker Gegensatz besteht auch zwischen Frankreich und Spanien. Im spanischen Bürgerkrieg hatte Frankreich gemeinsam mit England die Kommunisten unterstützt und nur durch das opfervolle Eingreifen Deutschlands und Italiens konnte verhindert werden, daß Spanien bolschewistisch wurde. Man stelle sich die heutige Lage Frankreichs und Europas vor, wenn es damals anders gekommen wäre! Trotzdem lehnt es ein Zusammengehen mit Spanien ab, weil es „faschistisch" regiert wird. Es maßt sich also Rechte in die inneren Angelegenheiten Spaniens an, wie es das schon 1870 anläßlich der Thronkandidatur eines Hohenzollern getan hatte.

Die übrigen kleineren Länder glauben sich wie bisher den kommenden großen Auseinandersetzungen durch Neutralität entziehen zu können. Nur Belgien, Holland und Luxemburg bilden eine Ausnahme. Die geplante regionale Vereinigung dieser drei Länder (Benelux) hatte keine Aussicht auf Erfolg; denn sie scheiterte schon an den Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, und nun beteiligen sie sich gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und Italien an einer Einigung Europas, die der Europarat vorbereiten soll.

---

*) Freda Utley: Kostspielige Rache.

Hierdurch beeinflußt, bildeten Schweden, Norwegen und Dänemark den „nordischen Rat", ohne jedoch ihre grundsätzliche Neutralität aufzugeben. Im ersten Weltkrieg hatten diese Länder sich noch dem Kampf fernhalten können und machten dabei sehr gute Geschäfte. Im 2. Weltkrieg gelang dies nur noch Schweden. Aber immer noch gibt man sich der Illusion hin, die Sowjets würden gegebenenfalls diese Neutralität respektieren.

Der Abschuß von zwei schwedischen Flugzeugen durch die Sowjets und insbesondere die Antworten, die Schweden auf seine Protestnoten erhielt, dürften aber eine Lehre gewesen sein. Ob sie verstanden worden ist, bleibt fraglich; denn Schweden hat angekündigt, daß es seinen Flugzeugen in Zukunft bewaffneten Schutz mitgeben wird.

Schweden hat nicht die Macht, sich der Sowjetunion zu widersetzen, sonst hätte es auch nicht 1945 internierte deutsche Soldaten entgegen dem Völkerrecht an die Sowjetunon ausgeliefert.

Die Schweiz bleibt ebenfalls bei ihrer traditionellen Neutralität und glaubt sich selbst verteidigen zu können. Ist ihr nicht 1815 im Wiener Kongreß „ewige" Neutralität zugesichert worden und war in diesem Kongreß nicht auch Rußland vertreten? In langer Friedenszeit ist die Schweiz ein reiches Land geworden. Durch seine besondere Lage wurde es Sitz der Genfer Konvention und auch des inzwischen verblichenen Völkerbundes. Hierdurch, und weil sehr viele entscheidende Konferenzen in der Schweiz abgehalten wurden, ist in diesem kleinen Land ein Gefühl der Erhabenheit über die anderen Länder Europas entstanden und der Glaube, daß man sich politisch isolieren könne.

Über den Begriff „Neutralität" gehen die Meinungen auseinander. Die geschichtliche Erfahrung lehrt aber, daß ein Land nur dann Anspruch auf Neutralität hat, wenn es selbst die Mittel besitzt, seine Neutralität unter allen Umständen zu verteidigen. Da diese Bedingungen bei keinem der kleineren Länder zutrafen, glaubte man sich durch Neutralitätsabkommen mit den Nachbarstaaten sichern zu können. So besaß Belgien vor dem ersten Weltkrieg einen Neutralitätsvertrag mit England, Holland, Frankreich und Deutschland. Es hielt diesen Vertrag aber nicht ein, errichtete Grenzbefestigungen einseitig gegen Deutschland und hatte außerdem Generalstabsvereinbarungen mit Frtnkreich und England getroffen. So hatte es seinen Neutralitätspakt schon gebrochen, ehe die deutschen Truppen einmarschierten. Dies Beispiel zeigt auch, daß es eine wirkliche Neutralität im kleinräumigen Europa gar nicht geben kann. Immer werden die Sympathien eines neutralen Landes bei einer von zwei im Kampf befindlichen Nationen sein. Man hat hierfür den Begriff der „wohlwollenden" Neutralität gefunden, der sich ja schon in Friedenszeiten bei rein politischen Auseinandersetzungen erkennen läßt. Hierdurch werden die kleinen angeblich neutralen Staaten sogar zu einer Gefahr für den Frieden zwischen den Großmächten. So waren vor dem zweiten Weltkrieg die meisten

Kleinstaaten trotz ihrer betonten Neutralität gegen Deutschland eingestellt. Typisch war die Haltung Luxemburgs. Dieser Zwergstaat benutzte seinen Rundfunksender, um ganz besonders gegen Deutschland zu hetzen. Es hatte sich damit von vornherein für die Alliierten entschieden.

Eine weitere Gefahr bildeten die kleinen Neutralen, weil sie politisch gefährlichen Elementen Unterschlupf gewährten und ihnen die Möglichkeit boten, aus sicherer Dekkung ihre zersetzende Tätigkeit fortzusetzen. Lenin und seine Anhänger bereiteten in der Schweiz die Revolution in Rußland vor und die italienischen Kommunisten gingen nach Luxemburg, um Anschläge gegen Mussolini anzuzetteln.

Auch dem Fluchtkapital eigensüchtiger Kapitalisten bot besonders die Schweiz eine stets offene Tür, zum Schaden des Landes, aus dem es ausgeführt wurde.

Des ist nichts anderes als politische Hehlerei.

Gefährlich für den Frieden ist es auch, wenn kleine Länder die Rolle von Großmächten spielen wollen. Meist ist eine solche Großmannssucht, wie sie besonders in Polen, der Tschechei und auch in Ungarn zu beobachten war, auf eine verhältnismäßig kleine Oberschicht beschränkt. Die Polen und Tschechen wurden in diesem Wahn noch durch den Gebietszuwachs bestärkt, den sie nach dem Versailler Diktat auf Kosten Deutschlands erhielten. Sie fühlten sich auch geschmeichelt durch die ihnen als der „Kleinen Entente" zugedachte Rolle zur Verewigung der Einkreisung Deutschlands.

Gerade ihr Schicksal, das sie schließlich unter die Knute der Sowjetunion führte, sollte wirklich eine Lehre für ganz Europa sein, daß die Zeit der Kleinstaaten endgültig abgelaufen ist. Sie werden zwischen den Großmächten wie zwischen Mühlsteinen zermahlen.

Westeuropa hat stillschweigend die Überlegenheit der USA anerkannt und damit auch seine Führung. Nur England zeigte sich entrüstet, daß die Atlantikflotte, deren besondere Aufgabe der Schutz des englischen Mutterlandes und seiner Seeverbindungen ist, unter amerikanischem Kommando stehen soll. Das kann man verstehen, denn England glaubt auf Grund seiner großen Tradition auf dem Gebiet der Seekriegführung sagen zu können, daß ein englischer Admiral hierzu besser geeignet sei. Außerdem wird ihm hierdurch in besonders bitterer Weise klar gemacht, daß seine frühere Seeherrschaft nun ihr Ende gefunden hat.

Aber auch uns stimmt dieser Vorgang nachdenklich. Nach dem EVG-Vertrag sollen Deutschland 12 Divisionen, einige Luftwaffenverbände und eine geringe Zahl von kleinen Kriegsschiffen für den Küstenschutz „zugestanden" werden. Die Form dieses Angebots und die sich ständig wiederholenden Forderungen Frankreichs, daß Deutschland sich hierfür erst wieder „würdig" erweisen müsse, können über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Verteidgungsmöglichkeit des westdeutschen Gebietes mit der

Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht steht und fällt. Diese deutschen Truppen sollen aber unter Führung eines französischen Generals und unter amerikanischen Oberbefehl stehen. Es wurde bisher wohlweislich nichts darüber gesagt, ob die Verteidigung an der Elbe oder am Rhein beabsichtigt ist. Das war auch garnicht notwendig; denn in Deutschland weiß jedes Kind, daß im Falle eines sowjetischen Angriffs die Engländer wie üblich nach Dünkirchen gehen werden, während die US-Truppen in der Bretagne verladen werden sollen, damit sie für andere Aufgaben erhalten bleiben. Den deutschen Truppen würde also die ehrenvolle Aufgabe zufallen, diese Absetzbewegung zu decken. In diesem Zusammenhang ist häufig von einem „Korea" auf europäischen Boden gesprochen worden. Natürlich werden bei dieser Gelegenheit die US-Luftstreitkräfte zum Ensatz kommen und ihre Bomben auf deutschem Gebiet abwerfen.

Die Winkelzüge der französischen Regierung bei den Verhandlungen über die EVG und das Saargebiet können über seine tatsächlichen politischen Absichten nicht hinwegtäuschen. Frankreichs Blick ist nach wie vor auf den Rhein gerichtet! Deshalb besteht auch heute noch der erst 1944 geschlossene Freundschafts- und Bündnispakt mit der Sowjetunion und es war keineswegs nur eine Formsache, daß Frankreich beim Ableben Stalins die Flaggen mit Trauerfloren auf Halbmast setzte und einen Platz in Paris nach ihm benannte. Es glaubt immer noch an eine Verständigung mit der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands. Als Tarnung wird offiziell verlangt, daß die deutschen Truppen denen der Sowjets gewachsen sein müßten — aber selbstverständlich dürften sie auch nicht stärker sein als die französischen Verbände!

Der von Frankreich vorgeschlagene Vertrag einer Europäischen Verteidgungsgemeinschaft (EVG) wurde zwar 1952 unterzeichnet, trat aber nicht in Kraft, weil Frankreich die „integrierte" Form dieser Streitmacht nicht zusagte. Es folgte dann für kurze Zeit die Westeuropäische Union (WEU), in der sich die beteiligten Länder zu gemeinsamem Beistand verpflichteten, bis schließlich unter Führung der USA der Atlantikpakt (NATO) wirksam wurde, in den 1955 auch die Bundesrepublik aufgenommen wurde. Doch auch dieses Bündnis verlor an Wert, weil Frankreich kürzlich austrat und die USA immer mehr in Vietnam gebunden sind.

Gewiß haben die USA noch ihr sehr großes Rüstungspotential. Aber der Stahlarbeiterstreik erinnerte daran, daß auch auf diesem Gebiet Gefahren drohen, die man in den Ländern des Ostens nicht kennt. Dort gibt es keine Streiks und die Arbeitskräfte sind so zahlreich und billig, daß sie die produktivere Arbeitsweise des Westens mehr als nur ausgleichen können. Die totale Staatsform ist auf allen entscheidenden Gebieten, wie Wirtschaft, Rüstung und Wehrmacht der Demokratie überlegen. Diese vielleicht bedauerliche Tatsache muß man in Rechnung stellen, wenn man Enttäuschungen vermeiden will. Da ja ein im Krieg befindliches Land infolge unvermeidlicher Sondervollmachten praktisch diktatorisch verwaltet wird, sollte man sich schon im „kalten Krieg"

rechtzeitig entschließen, alle Kräfte des Staates zu äußerster Leistungsfähigkeit zusammenzufassen. Es ist keine Zeit zu verlieren, denn sie arbeitet eindeutig für den Osten.

Auch auf Grund dieser Überlegungen kommen wir zu dem Schluß, daß ganz Europa wiederhergestellt werden muß, denn hier fällt die Entscheidung über Sein und Nichtsein, auch der USA.

Wenn es gelingt, den Widerstand Frankreichs auszuschalten und die alte Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes wiederherzustellen, dann wird der Weg zu einem geeinten Europa frei sein.

Die politische Einigung muß dabei das **erste** Ziel sein. Sie ist die Voraussetzung **für den Zusammenschluß auf den Gebieten der Landesverteidigung und der Wirtschaft.**

Im Jahre 1917 traten die USA erstmalig aus ihrer Isolation heraus und griffen in das Schicksal Europas ein. Sie wollten auch auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons eine vernünftige Ordnung in Europa hinterlassen. Dann aber duldeten sie widerspruchslos, daß Deutschland den hemmungslosen Raub- und Rachegelüsten Frankreichs ausgeliefert wurde. Diese folgenschwere Unterlassung zum Schaden Deutschlands ließ Spannungen entstehen, die mit friedlichen Mitteln nicht zu beseitigen waren.

Auch in den zweiten Weltkrieg griffen die USA ein und übernahmen damit die Verantwortung für seine Folgen. Auch diesmal scheint man die seit Jahrhunderten betriebene destruktive Politik Frankreichs dulden zu wollen. Die Folgen dieser Duldung werden aber viel schwerwiegender sein als 1918, denn sie treffen außer Deutschland ganz Europa und die USA selbst.

Nach dem Tode Stalins lebte die Hoffnung auf, daß die sehr großen inneren Spannungen dieses Riesenreiches zur Entladung kommen und die Macht der Sowjetherrschaft brechen könnten. Durch innere Unruhen gebunden, wäre Moskau gezwungen, auf seine Welteroberungspläne — wenn auch nur zeitweilig — zu verzichten und auch seine gefährdeten Außenpositionen in Europa aufzugeben. Wenn sich nach dem Tode Stalins derartige Schwierigkeiten nicht bemerkbar machten, dann lag das daran, daß die Masse des russischen Volkes den Versprechungen auf eine glückliche Zukunft noch gläubig gegenüberstand. Das ist heute anders, denn das goldene Zeitalter, das unmittelbar nach Kriegsschluß beginnen sollte, ist ausgeblieben und der Terror wütet stärker als je. Noch immer sind große Reiche, die nur mit Gewalt errichtet wurden, bald wieder zerfallen; besonders dann, wenn die ganze Macht — wie zuletzt bei Stalin — ganz in einer Hand lag. Für den weiteren Gang der Dinge in Rußland wird das Verhalten der obersten Führer der Wehrmacht entscheidend sein. Tuchatschweski blieb 1937 der Erfolg versagt, denn die Partei und die NKWD waren stärker.

Der „Wehrbeitrag“ von 12 deutschen Divisionen wird Moskau nicht erschüttern und es wird sich auch nicht verleiten lassen, selbst einzugreifen. Das hat der Kreml in Korea ja auch nicht getan. Also wartet man, bis sich hinter dem Eisernen Vorhang beiderseits deutsche Truppen gegenüberstehen. Grenzzwischenfälle werden sich ereignen und der Bürgerkrieg — Deutsche gegen Deutsche — beginnt! Es erscheint zwar undenkbar, daß Deutsche gegen Deutsche kämpfen werden, aber die Geschichte früherer Bürgerkriege — man denke nur an Spanien — lehrt es anders. Moskau wird dies als innerdeutsche Angelegenheit erklären und weiter seine Friedensliebe beteuern. Ein deutscher Bürgerkrieg würde das Ende Deutschlands und auch Europas sein.

Sollte es aber einmal dazu kommen, daß die aus dem Osten drohende akute Gefahr nachläßt oder wie 1918 scheinbar beseitigt ist, dann steht zu befürchten, daß man ebenso kurzsichtig wie damals glauben könnte, Deutschland gegenüber wieder die Politik von Versailles anwenden zu können. Das wäre mehr als gefährlich, denn das Gewicht Asiens mit seinen unverbrauchten Menschenmassen wird immer eine Bedrohung der westlichen Welt bleiben.

Daher muß die unter dem Druck der Not eingeleitete Einigung Europas unter allen Umständen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

Die Fehler der Vergangenheit und die ungeheuer großen Opfer der letzten Kriege verpflichten zu uneigennützigem und vorausschauendem Handeln!

In keinem Lande Westeuropas ist der Wunsch nach einer echten europäischen Gemeinschaft so stark ausgeprägt wie in Deutschland und nirgendwo ist auch die Bereitschaft, für dieses Ziel Opfer zu bringen, größer als hier.

Das deutsche Volk bekennt sich leidenschaftlich zum Europagedanken, denn es sieht in ihm die einzige Möglichkeit zur Rettung der vom Untergang bedrohten abendländischen Kultur. Sein Gefühl für Recht und Selbstachtung macht es ihm aber unmöglich, hierbei unwürdige Verpflichtungen einzugehen, wie sie im Generalvertrag und im EVG-Vertrag vorgesehen waren.

Wir wünschen ein auf gegenseitigem Vertrauen gegründetes Europa. Dazu genügt nicht, daß von uns Vertrauen gefordert wird, während uns gegenüber das Mißtrauen, besonders Frankreichs, bestehen bleibt und in verletztender Form zum Ausdruck gebracht wird.

Statt kleinlicher Rechthaberei sollte ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden, um den Weg für eine neue Zukunft frei zu machen.

Trotz aller Not sind wir bereit, zu diesem Zweck Opfer zu bringen, fordern aber, daß die moralischen und materiellen Belastungen beseitigt werden.

Dazu gehören:

1) die formelle Aufhebung des Versailler Diktats einschließlich der Kriegsschuldlüge, die im Locarno-Pakt von 1925 nicht eindeutig und klar genug beseitigt wurde,

2) die Ungültigkeitserklärung der Nürnberger Urteile, weil sie ein einseitiger Racheakt ohne rechtliche Grundlage waren,

Die Ehre des deutschen Soldaten ist durch die entwürdigende Behandlung in der Gefangenschaft und durch die jedem gesunden Rechtsempfinden hohnsprechenden Urteilssprüche mit Füßen getreten worden.

Für alle Zeiten soll durch den einseitigen und jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Racheakt von Nürnberg den deutschen Soldaten das Schandmal des Verbrechertums aufgedrückt werden. Das bedeutet aber auch eine Ächtung des ganzen deutschen Volkes, das nun zum Kampf für seine bisherigen Gegner aufgerufen wird.

Der neue deutsche Soldat müßte also auf sein ihm überliefertes Soldatentum, das durch die Begriffe von Ehre und Kameradschaft gekennzeichnet ist, bewußt verzichten und wäre gleichzeitig auch der Verachtung der Soldaten anderer Länder ausgesetzt, mit denen er eine europäische Kampfgemeinschaft bilden soll. Glaubt man ernstlich, auf diese Weise eine leistungsfähige europäische Wehrmacht schaffen zu können?

Auch heute, wie seit 300 Jahren, beansprucht Frankreich eine Vormachtstellung in Europa, die sich insbesondere auf Deutschland beziehen soll und gleichzeitig fordert es Sicherheit gegen eine deutsche „Bedrohung". Ein Rückblick auf die Geschichte führt zu der Frage, wer denn Sicherheit braucht: Frankreich vor Deutschland oder umgekehrt?

In einem geeinigten Europa ist der Anspruch auf Vorherrschaft eines einzelnen Landes nicht mehr zeitgemäß und daher sinnlos. Andererseits kann Europa nicht darauf verzichten, daß ein hierzubefugtes Land die Führung übernimmt. Führen bedeutet etwas ganz anderes als herrschen, denn es setzt Uneigennützigkeit voraus.

Fast alle europäischen Völker haben nacheinander der Versuch gemacht, eine Weltherrschaft zu errichten. Mit Rom begann es im Altertum, es folgten Spanien, Portugal und die Niederlande im Mittelalter, und in der Neuzeit war es England. Lediglich Deutschland brachte Opfer zur Verteidigung Europas und verzichtete auf jeden Machtanspruch.

Die Erkenntnis dieser geschichtlichen Wahrheit ist dringend notwendig und könnte viel zur Verständigung beitragen.

Unsere westlichen Nachbarn scheinen sich nicht mehr daran zu erinnern, daß die Türken 1683 bereits vor Wien standen und nur mit großer Mühe von den Deutschen unter Graf Starhemberg aufgehalten werden konnten, während Frankreich den Türken Pioniere und Gerät zur Erstürmung der Stadt schickten.

955 drangen die Ungarn sogar bis zum Lech vor und konnten erst dort durch König Otto I. auf dem Lechfeld bei Augsburg geschlagen werden.

Seit mehr als 1000 Jahren waren es die Deutschen, die Europa gegen die Angriffe asiatischer Völker schützten, zu denen auch Rußland gehört. Den letzten Abwehrkampf gegen dieses Land führte Deutschland im 1. Weltkrieg und bekam als „Dank" dafür das Versailler Diktat!

Der außenpolitische Grundsatz Lenins, daß sich die kapitalistischen, d. h. antikommunistischen Völker gegenseitig vernichten werden, hat seinen Tod und den seines Nachfolgers überlebt. Der heutige Zustand in Europa ist leider so, daß sich seine Voraussage bestätigen wird, falls die beteiligten Völker sich nicht auf sich selbst besinnen. Das Wort Kaiser Wilhelm II. „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter" ist ungehört verhallt und ebenso seine Warnung vor der „gelben" Gefahr.

Der letzte deutsche Kaiser war sicher kein geschickter Diplomat, aber an staatsmännischer Voraussicht hat es ihm nicht gefehlt.

Europa sollte nicht so kurzsichtig sein und sich auf den von den USA zugesagten Schutz verlassen, denn es läßt sich nicht voraussehen, ob die USA immer in der Lage sein werden, uns Schutz zu bieten. Durch das Bündnis mit den USA verliert Europa auch seine Unabhängigkeit und kann von den USA ebenso mißbraucht werden, wie einst von England.

Die Einigungsformel sollte daher heißen:

Europa den Europäern!

Aber noch ist es nicht so weit!

Wir sollten auch nicht vergessen, daß unser Land seit mehr als zwei Jahrzehnten um Hunderte von Milliarden an direkten und indirekten Tributen geschädigt wurde:

Raub aller Patente und Erfindungen, Wegnahme großer Gebiete, Enteignung unseres Auslandsvermögens, Demontage, Besatzungskosten, Stationierungkosten, Devisenausgleich, Wiedergutmachung, Entwicklungshilfe, Stützung fremden Währungen usw.

Ein Volk, das in sich dieser Weise widerstandslos erpressen läßt, muß damit rechnen, daß es auch in Zukunft weiter ausgebeutet wird, insbesondere bei einem etwaigen Friedensvertrag.

Das Versailler Diktat sollte uns eine Lehre sein!